



# Plenarprotokoll

## 103. Sitzung

Kiel, Dienstag, 21. Dezember 1999

**Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages gemäß § 64 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung in die Veräußerung des in Kiel, Hummelwiese/Ecke Königsweg (ehem. Landesblindenheim), belegenen unbebauten Grundstücks zu einem Preis von 1.100.000 DM**

Antrag des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Drucksache 14/1241

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 14/2621

Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....

7797

**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2000 (Haushaltsgesetz 2000)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/2320

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 14/2556

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/2599

Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/2629

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/2631

**b) Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages gemäß § 64 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung in die Veräußerung des in Kiel, Hummelwiese/Ecke Königsweg (ehem. Landesblindenheim), belegenen unbebauten Grundstücks zu einem Preis von 1.100.000 DM**

Antrag des Ministeriums für Finanzen  
und Energie

Drucksache 14/1241

Bericht und Beschlussempfehlung des Fi-  
nanzausschusses

Drucksache 14/2621

Ursula Kähler [SPD], Berichterstatterin 7797

Lothar Hay [SPD] ..... 7799

Martin Kayenburg [CDU] ..... 7805

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN] ..... 7818

Wolfgang Kubicki [F.D.P.] ..... 7824, 7857, 7869

Anke Spoorendonk [SSW] ..... 7833, 7859

Heide Simonis, Ministerpräsidentin ..... 7838

Thomas Stritzl [CDU] ..... 7846

Günter Neugebauer [SPD] ..... 7849

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN] ..... 7854

Claus Möller, Minister für Finanzen und  
Energie ..... 7863

Meinhard Füllner [CDU] ..... 7870

Beschluss: Verabschiedung ..... 7872

\* \* \*

### Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und  
Europaangelegenheiten

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-  
senschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend,  
Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft,  
Technologie und Verkehr

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Land-  
wirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit  
und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur  
und Forsten

\* \* \* \*

**Beginn: 10:01 Uhr**

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 41. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Ich habe diese Tagung gemäß § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages auf Antrag der Landesregierung sowie der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als außerordentliche Tagung einberufen. Die Einberufung ist ordnungsgemäß erfolgt. Das Haus ist beschlussfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Herr Gerckens, Frau Hars, Frau Röper und Frau Schmitz-Hübsch. Ich wünsche allen - ich denke, auch in Ihrem Namen - eine schnelle und gute Genesung.

(Beifall)

Beurlaubt ist Herr Abgeordneter Geerdts.

Bevor ich zur Tagesordnung komme, möchte ich Gelegenheit nehmen, Herrn Abgeordneten Saxe für seine Wahl zum Bürgermeister der Stadt Lübeck ganz herzlich zu gratulieren.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich wünsche Ihnen, Herr Abgeordneter, stets eine gute Amtsführung und dabei eine glückliche Hand.

Meine Damen und Herren, der Finanzausschuss hat eine Beschlussempfehlung eingereicht.

**Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages gemäß § 64 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung in die Veräußerung des in Kiel, Hummelwiese/Ecke Königsweg (ehem. Landesblindenheim), belegenen unbebauten Grundstücks zu einem Preis von 1.100.000 DM**

Antrag des Ministeriums für Finanzen und Energie

Drucksache 14/1241

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzaus-  
schusses

Drucksache 14/2621

Wir können diese Beschlussempfehlung in der heutigen Tagung nur als Dringlichkeitsvorlage behandeln. Da der Beschluss im Ausschuss einstimmig gefasst wurde, gehe ich davon aus, dass zur Begründung der Dringlichkeit das Wort nicht gewünscht wird und ich daher gleich über die Dringlichkeit abstimmen lassen kann. - Ich sehe Zustimmung. Dann verweise ich auf § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung, wonach eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, um die Dringlichkeit zu bejahen.

Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Damit ist die Dringlichkeit bejaht.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Wir werden unter Einschluss einer einstündigen Mittagspause heute bis längstens 18:00 Uhr tagen. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2000 (Haushaltsgesetz 2000)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/2320

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 14/2556

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/2599

Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/2629

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/2631

**b) Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages gemäß § 64 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung in die Veräußerung des in Kiel, Hummelwiese/Ecke Königsweg (ehem. Landesblindenheim), belegenen unbebauten Grundstücks zu einem Preis von 1.100.000 DM**

Antrag des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Drucksache 14/1241

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 14/2621

Ich erteile zunächst der Berichterstatterin des Finanzausschusses, der Frau Abgeordneten Kähler, das Wort.

**Ursula Kähler [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der **Finanzausschuss** hat den ihm durch Plenarbeschluss vom 15. September 1999 überwiesenen Gesetzentwurf in elf zum Teil ganztägigen Sitzungen beraten. An den Beratungen der Einzelpläne waren die jeweils zuständigen Fachausschüsse beteiligt.

Waren es im vergangenen Jahr noch 150 Umdrucke zum Haushaltsentwurf 1999, die beraten und beschlossen werden mussten, beschränkte sich die Zahl in diesem Jahr auf 58 Umdrucke.

In zum Teil zeitlichem, zum Teil inhaltlichem Zusammenhang mit dem Entwurf 2000 wurden unter anderem beraten: der Antrag der Fraktion der CDU zu den Schülerbeförderungskosten, das Gesetz der Abgeordneten des SSW zur Änderung des Schulgesetzes, der Antrag der Fraktion der CDU zur Unabhängigkeit und zum Bestand der Verbraucherarbeit, das Finanzausgleichsgesetz, die Liegenschaftsübertragung und das Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystem, ein Thema, mit dem sich der Finanzausschuss in einer Sitzung im Januar ausschließlich befassen wird. Daneben hat sich der Finanzausschuss noch mit rund 20 anderen Vorlagen befasst, die die unterschiedlichsten Themen nebst der Kenntnisnahme des Finanzplanes des Landes bis zum Jahre 2003 zum Inhalt haben.

Zum ersten Mal konnte der Finanzausschuss von Beginn der Beratung des Haushaltsentwurfs an die am 20. Mai einvernehmlich beschlossene Zeitplanung und die Vorgehensweise umsetzen und somit den Fraktionen zusätzliche Beratungszeit vorgeben, weil Fragen zu den Einzelplänen von den Fraktionen - und hier insbesondere von der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion - schriftlich in den Ausschuss eingebracht und innerhalb von 14 Tagen schriftlich von der Landesregierung beantwortet wurden, also alles in allem ein rationelles und zeitsparendes Beratungsverfahren für alle Beteiligten.

Am 2. Dezember 1999 schloss der Ausschuss seine Beratung wie vorgesehen in dem Wissen ab, nach Abschluss des Vermittlungsausschussverfahrens in Berlin am 17. Dezember 1999 möglicherweise Korrekturen vornehmen zu müssen. Mit der Drucksache 14/2556 legt der Finanzausschuss die Beschlussempfehlung zum Haushaltsentwurf 2000 vor und empfiehlt Ihnen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P., den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen. Ferner schlägt der Ausschuss vor, den Gesamtplan - Anlage zum Gesetz - in der Neufassung der Anlage der Drucksache, die Einzelpläne des Haushalts einschließlich der verbindlichen Erläuterungen mit den in den Anlagen 1 bis 15 zusammengefassten Änderungen und Ergänzungen und den als Anlage 16 beigefügten Änderungsvorschlag zum Haushaltsentwurf 2000 - Stellenpläne und Übersichten - anzunehmen.

Vorsorglich war bereits für die zu erwartenden Belastungen durch das Sparpaket der Bundesregierung eine pauschale Reserve in Höhe von rund 57 Millionen DM in den Haushaltsentwurf eingeplant worden. Damit die Ergebnisse des Vermittlungsausschussverfahrens noch in den Haushalt 2000 aufgenommen werden können, wurde vorsorglich für den heutigen Tag eine Sondertagung des Landtages einberufen. Unter Berücksichti-

gung des § 51 unserer Geschäftsordnung nahm der Finanzausschuss die Ergebnisse des Verfahrens lediglich zur Kenntnis. Dies ist schon eine etwas ungewöhnliche Situation. Schleswig-Holstein ist das einzige Bundesland, das diese Ergebnisse noch in diesem Jahr konkret in den Haushalt 2000 einbringt.

Eine ungewöhnliche Situation entstand auch im laufenden Beratungsverfahren des Haushaltsentwurfs 2000. Hatten sich die Fraktionen noch im September darauf verständigt, die Änderungsanträge der Fraktionen am 25. November auszutauschen, musste der Finanzausschuss zur Kenntnis nehmen, dass die CDU-Fraktion zu diesem Termin keine Änderungsanträge einbracht hatte, dies jedoch zum 9. Dezember 1999 avisierter. Zum 9. Dezember lagen weder Änderungsanträge der CDU-Fraktion noch der später dem Plenum zugeleitete Entschließungsantrag der CDU-Fraktion vor, sodass es dem Finanzausschuss leider unmöglich war, wenigstens zu dem Entschließungsantrag der CDU Stellung zu nehmen.

Das **Vermittlungsausschussverfahren** hatte insbesondere drei Schwerpunkte, die wir am Freitag, dem 17. Dezember, zur Kenntnis genommen haben: erstens das Familienförderungsgesetz, zweitens das Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes und drittens das Steuerbereinigungsgesetz.

Der Finanzausschuss hat die Ergebnisse wie folgt zur Kenntnis genommen.

Zu 1: Die Länder erhalten als Ausgleich für die Lasten durch die **Erhöhung des Kindergeldes** 0,25 Prozentpunkte des **Umsatzsteueraufkommens**. Für Schleswig-Holstein macht dies Mehreinnahmen in Höhe von 21,1 Millionen DM aus. Hieran sind die Kommunen mit 26 % und über den kommunalen Finanzausgleich mit insgesamt 8,4 Millionen DM zu beteiligen. Die Nettoentlastung des Landes beträgt somit 12,7 Millionen DM. Das erhöhte Kindergeld wird nicht auf die Sozialhilfe angerechnet. Die im Haushalt 2000 bereits eingeplante Einsparung durch eine Erhöhung des Kindergeldes kann deshalb nicht realisiert werden. Der Ansatz für die Sozialhilfe muss um 3,54 Millionen DM erhöht werden.

Zu 2, Änderung des **Wohngeldgesetzes**: Das Vermittlungsausschussverfahren zu diesem Gesetz hat zu folgendem Ergebnis geführt. Die Finanzierung des pauschalierten Wohngeldes bleibt - wie bisher - zu 50 % beim Bund. Die bisherige zusätzliche Leistung des Bundes im Zusammenhang mit seinem früheren Rückzug aus der Krankenhausfinanzierung entfällt jedoch. Schleswig-Holstein verliert dadurch Einnahmen in Höhe von 11 Millionen DM. Der vom Bund vorgesehene Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe wird aus dem zustimmungspflichtigen Gesetz zur Än-

derung des Wohngeldgesetzes ausgeklammert und als Einspruchsgesetz behandelt. Da mit einem Einspruch des Bundesrates nicht zu rechnen sein wird, entstehen für Land und Kommunen erhöhte Sozialhilfeausgaben. Der Landeshaushalt wird unter Berücksichtigung des auf einen Inflationsausgleich begrenzten Rentenanstiegs mit 7,1 Millionen DM belastet. Der Bund reduziert seine Beteiligung an den Aufwendungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz auf ein Drittel. Den Ländern wird die Möglichkeit eröffnet, die Kommunen an den Lasten angemessen zu beteiligen. Durch die Verringerung der Bundesbeteiligung verliert das Land netto 7,7 Millionen DM an Einnahmen. Bei der Eigenheimzulage wird die Kinderkomponente der Einkommensgrenzen erhöht. Die Einkommensgrenzen für die Gewährung einer Eigenheimzulage betragen jetzt bei Ledigen 80.000 DM, bei Verheirateten 160.000 DM, pro Kind 30.000 DM;

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

bisher waren es 10.000 DM. Dies führt zu einer geringfügigen Verringerung der bisher errechneten Mehreinnahmen des Landes auf 1,2 Millionen DM; bisher waren 1,9 Millionen DM geplant.

Zu 3, **Steuerbereinigungsgesetz** und die Auswirkungen der Ergebnisse des Vermittlungsausschusses auf den Landeshaushalt: Im Zusammenhang mit der Lastenverschiebung beim Unterhaltsvorschussgesetz hat der Vermittlungsausschuss den Ländern eine angemessene Aufteilung der Belastungen auf Länder und Kommunen freigestellt. Dementsprechend wird vorgeschlagen, die Nettobelastung durch das Unterhaltsvorschussgesetz zukünftig in voller Höhe jeweils zu einem Drittel von Bund, Ländern und Gemeinden tragen zu lassen. Dies müsste im Jahr 2000 mit Wirkung vom Jahr 2001 landesgesetzlich geregelt werden. Für das Haushaltsjahr 2000 ist eine dauerhaft gesetzliche Regelung nicht mehr erreichbar. Für dieses Jahr sollten deshalb die Kommunen im Vorgriff auf eine spätere landesgesetzliche Regelung durch eine Kürzung der Finanzausgleichsmasse um ein Drittel der Gesamtausgaben nach Gegenrechnung der Rückflüsse - das sind 15,4 Millionen DM - beteiligt werden. Der Landeshaushalt wird, da das Land gleichzeitig Bundeseinnahmen in Höhe von 7,5 Millionen DM verliert, um 7,7 Millionen DM entlastet.

Ich möchte keine weiteren Details ausführen, weil ich ein bisschen in Zeitnot bin, und verweise deshalb auf die Ihnen heute vorgelegte Drucksache 14/2629. Sie basiert auf dem Umdruck, den die Landesregierung dem Finanzausschuss am Freitag vorgelegt hat.

Mir bleibt abschließend zunächst einmal, unserem Finanzminister ganz herzlich für sein Verhandlungsgeschick in Berlin im Vermittlungsausschuss zu danken.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe gehört, man bezeichnet ihn dort inzwischen als Wegelagerer.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Als was? - Meinhard Füllner [CDU]: Wegelagerer sind immer lästig!)

Ich habe auch noch die angenehme Aufgabe, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien ebenso für die gute Zusammenarbeit während der Haushaltsberatungen zu danken wie auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung und hier ganz besonders Herrn Breitkopf, der es mit dem Finanzausschuss nicht immer leicht hatte. Manchmal hatte ich den Eindruck, er würde liebend gern eher einen Sack Flöhe hüten, als die Protokolle über manch turbulente Finanzausschusssitzung anfertigen zu müssen.

Mein persönlicher Dank geht auch an die Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich hoffe, dass wir nach dem noch vor uns liegenden Abstimmungsmarathon einen Grundstein für eine gute Zukunft in das 21. Jahrhundert gelegt haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wird das Wort zum Bericht gewünscht? - Dies ist nicht der Fall.

Bevor wir in die Beratung eintreten, will ich der Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren und Ihr alles Gute wünschen.

(Beifall)

Sie haben sicherlich Verständnis dafür, dass ich mit diesen Glückwünschen gewartet habe, bis das Haus vollzählig versammelt ist.

(Heiterkeit)

Aus demselben Grund werden die Blumen ein wenig später kommen.

Ich will noch Besucher begrüßen. Auf der Besuchertribüne sitzen Schülerinnen und Schüler sowohl der Hauptschule Nusse als auch des Heinrich-Heine-Gymnasiums Heikendorf mit ihren Lehrerinnen und Lehrern. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Schließlich begrüßen wir in der Besucherloge zu ebener Erde den Landesbeauftragten für das Grenzland, Herrn Kurt Schulz, den Landesbezirksvorsitzenden des DGB Nordmark, Herrn Peter Deutschland, und den Landesvorsitzenden der SPD, Herrn Franz Thönes. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir befinden uns nun in der Beratung. Ich erteile zunächst dem Herrn Abgeordneten Hay das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein „Killer-Hay“ ist das! Der „Killer-Hay“ ist jetzt dran!)

#### Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich an dieser Stelle zunächst einmal Bernd Saxe herzlich zu dem hervorragenden Ergebnis in Lübeck gratuliere.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Saxe hat am eigenen Leibe erfahren, wie weit häufig Meinungsumfragen und Ergebnisse auseinander klaffen können. Er hat vor allem folgende Erfahrung gemacht: Es lohnt sich immer zu kämpfen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen kann ich mir vorstellen, dass bei anderen manchmal der Eindruck entsteht - wenn ich den Kollegen Kubicki ansehe -, dass Empfehlungen aus Kiel nicht immer unbedingt hilfreich sein müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik ist deutlich geworden, dass die SPD das Problem der Verschuldung angepackt hat, und zwar als erste Regierung seit über 16 Jahren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstmals wurde mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2000 eine **Reduzierung der Neuverschuldung** um rund 28 Milliarden DM erreicht. Die Bürgerinnen und Bürger haben verstanden, dass für die Sozialdemokraten soziale Gerechtigkeit immer noch einen hohen Stellenwert hat. Nicht erst seit dem Einsatz von Bundeskanzler Schröder für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Philipp-Holzmann-Konzerns wurde dies wieder nachdrücklich unter Beweis gestellt.

Wer sich an dieser Stelle darüber mokiert, der sollte sich ins Bewusstsein rufen, dass es hierbei um insge-

samt 60.000 **Arbeitsplätze** innerhalb der Bundesrepublik Deutschland geht, die unmittelbar oder mittelbar von der **Firma Holzmann** abhängen. Dies ist keine Zahl, die ich erfunden habe, sondern sie war nachzulesen im „Handelsblatt“, das ja nicht im Verdacht steht, eine sozialdemokratische Zeitung zu sein. Das bedeutet, für jeden Arbeitsplatz werden 4.000 DM von der Bundesregierung aufgewendet. Ich meine, das ist eine sinnvolle und höchst lobenswerte Initiative für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen darf ich darauf hinweisen: Er war nicht der einzige Politiker, der versucht hat, diesen Konzern zu retten; es soll auch einen CDU-Ministerpräsidenten in Hessen gegeben haben. Das heißt, hier hat die Politik gemeinsam an einem Strang gezogen.

(Beifall bei der SPD)

Aber - und das will ich auch selbstkritisch sagen - die Rettung des Holzmann-Konzerns darf nicht davon ablenken, dass wir im Bereich der Bauwirtschaft Probleme haben. Ich gehe davon aus, dass bei allen Sanierungsmaßnahmen, die diesen Konzern betreffen, auch berücksichtigt werden muss, dass mit bestimmten Preisen die mittelständische Bauwirtschaft nicht in eine Krise geraten darf. Das muss immer Grundlage sozialdemokratischen Handelns bleiben. Wir brauchen auch diese Arbeitsplätze im Bereich der **mittelständischen Bauwirtschaft**.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bürgerinnen und Bürger haben wahrgenommen, dass die SPD entschlossen ist, die Lasten endlich wieder so zu verteilen, dass die breiten Schultern in der Tat mehr zu tragen haben als die schwachen. Dies haben wir mit unserem Parteitagbeschluss zur Erbschaftsteuer mehr als deutlich gemacht. Ich freue mich, dass ich zumindest in diesem Fall im Sommer dieses Jahres die richtige Richtung erkannt und dabei vielleicht auch noch eine Wette gewonnen habe.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger haben erkannt, dass die SPD auf ihrem Parteitag zur Geschlossenheit zurückgefunden hat. Der Ablauf des Parteitages und das hervorragende Ergebnis bei der Wahl von Gerhard Schröder zum Parteivorsitzenden haben dies eindeutig unter Beweis gestellt. Aber ich möchte an dieser Stelle auch das hervorragende Ergebnis nennen, das unsere Ministerpräsidentin und Spitzenkandidatin Heide Simonis bei der Wahl in den Bundesvorstand erzielt hat.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

Nicht nur die Sozialdemokraten in diesem Land, sondern die gesamte Bundespartei möchte, dass am 27. Februar des nächsten Jahres klar wird: Heide Simonis bleibt Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Diesem Ziel sind wir in den letzten Wochen ein großes Stück näher gekommen.

(Zurufe von der CDU)

Wir werden in der heißen Wahlkampfphase - im Januar des nächsten Jahres beginnend - selbstbewusst auftreten. Wenn man gewinnen will, muss man gewinnen und wir werden gewinnen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Unterstützung verdient die Bundesregierung bei dem Ergebnis der Verhandlungen über die **Entschädigung für Zwangsarbeiter**. Hier hat die Bundesregierung erneut Verantwortung für einen Bereich übernommen, der im Grunde durch die deutsche Industrie insgesamt hätte abgedeckt werden müssen. Es ist mehr als beschämend, dass deutsche Unternehmen nach wie vor nicht bereit sind, ihre Verantwortung für die Ausnutzung und Ausbeutung von Zwangsarbeitern bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zu übernehmen. Ich finde den Vorschlag von Ministerpräsidentin Heide Simonis gut, dass sich auch Schleswig-Holstein bereit erklärt, im Namen der Solidarität aller Länder einen Anteil zu übernehmen, um damit unsere historische Schuld an den noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern und ihren Familienangehörigen ein Stück weit abzutragen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Positiv ist in diesem Zusammenhang die Firma Dräger aus Lübeck zu nennen, die sich ihrer historischen Verantwortung bewusst ist und sich dieser Verantwortung stellt.

Welche Auswirkungen die **aktuellen Affären** - und ich spreche bewusst im Plural - kurzfristig auf Wahlergebnisse haben, ist für mich weit weniger wichtig als die Frage: Wie verändert sich dadurch das Ansehen der Politik, der Politikerinnen und Politiker bei den Menschen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dazu trägt ihr auch erheblich bei!)

Eines ist für mich sicher: Keine Partei wird dabei letztlich einen großen Vorteil für sich erhoffen können. Vielmehr wird das dazu führen, dass die Menschen sich angewidert von der Politik abwenden. Die aktuellen Geschehnisse sind Wasser auf die Mühlen derer, die schon immer gewusst haben, dass die da oben nur

alle in ihre eigene Tasche wirtschaften, dass die da oben immer zuerst nur ihr eigenes Bestes im Blick haben und dass die Parteien insgesamt nichts aus der Flick-Affäre gelernt haben. Wenn wir dieser Entwicklung vonseiten aller demokratischen Parteien nicht mit Nachdruck im eigenen Bereich entgegenzutreten, wird dies mittelfristig zu einem Aufschwung der Rechtsextremen führen. Was das für die Demokratie bedeutet, haben wir vier Jahre lang in diesem hohen Haus erleben dürfen.

Wir werden die Wahrnehmung von **Politik** durch Wählerinnen und Wähler nur dann verändern, wenn wir die **Maßstäbe**, die für alle anderen gelten, zuallererst für uns selbst gelten lassen. Sie können und dürfen nicht nach Belieben gedehnt, gestreckt und erweitert werden, wie es gerade für das eigene oder das vermeintliche Interesse der Partei nutzbar gemacht werden kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um es sehr deutlich zu sagen: Als Maßstab für die Politik kann doch nur das gelten, was wir beispielsweise auch von einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter des mittleren Dienstes in der Bau- oder Finanzverwaltung erwarten. Nur wenn in dieser Situation die Selbstreinigung bei den demokratischen Parteien funktioniert, können wir die Voraussetzungen schaffen, dass dauerhaft Vertrauen in die Politik zurückgewonnen wird.

Gleichzeitig möchte ich mich an dieser Stelle schützend vor die vielen Tausend ehrenamtlich tätigen Politiker auf der kommunalen Ebene stellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe in letzter Zeit Gespräche geführt auf Veranstaltungen, wobei immer wieder gesagt wurde: Wir werden mit in diesen Topf geworfen. - Das sind die Politikerinnen und Politiker, die ihren Feierabend und viel Zeit darüber hinaus für kommunalpolitische und parteipolitische Tätigkeit zur Verfügung stellen und die sich nun ebenfalls auf der Anklagebank wiederfinden.

So kann es, zumindest aus meiner Sicht, nicht weitergehen. Wie wollen wir es in der Zukunft schaffen, dass Menschen bereit sind, sich gerade auch im politischen Bereich ehrenamtlich zu engagieren? Dies können wir nur erreichen durch eine schnellstmögliche Aufklärung der aktuellen Skandale. Dort sind die gefordert, die der Öffentlichkeit etwas preiszugeben und mitzuteilen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich kurz eingehen auf die **Ergebnisse des Vermittlungsausschusses**. Es sind aus meiner Sicht positive Ergebnisse für Schleswig-Holstein. Ich möchte mich beim Finanzminister Claus Möller, der noch in die letzten Gespräche vertieft ist, für seinen Einsatz im Vermittlungsausschuss bedanken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kompromiss, der zwischen Bundesregierung auf der einen und A- und B-Ländern auf der anderen Seite am Ende gefunden wurde, führte zu einem brauchbaren Ergebnis. Der wichtigste Punkt, die Finanzierung des pauschalierten Wohngeldes, bleibt im Kern wie bisher: 50 % kommen vom Bund. Das ist zu begrüßen. Der Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe führt zu einer Mehrbelastung des Landeshaushalts von 7,8 Millionen DM.

Was das Familienförderungsgesetz angeht, so wird das erhöhte Kindergeld nicht, wie ursprünglich geplant, auf die Sozialhilfe angerechnet, da der Bundesrat dies nicht für sachgerecht hält. Eine andere Entscheidung hätte auch nicht die Zustimmung der Sozialdemokraten dieses Hauses gefunden. Die Länder erhalten als Ausgleich für die Erhöhung des Kindergeldes 0,25 Prozentpunkte des Umsatzsteueraufkommens, was für Schleswig-Holstein Mehreinnahmen in Höhe von 21,1 Millionen DM ausmacht. Die Kommunen werden über den kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 8,4 Millionen DM beteiligt.

Insgesamt beträgt die **Belastung** durch das Sparpaket für das Land **Schleswig-Holstein** 63,7 Millionen DM. Die eingeplante Reserve von 57 Millionen DM sowie die Einsparung bei der Sozialhilfe von 36 Millionen DM reichen bei weitem aus. Über den verbleibenden Betrag von 29,3 Millionen DM haben die Regierungsfractionen gemeinsam mit der Regierung Beschlüsse gefasst, die heute auch vorgelegt werden.

Ich will die wesentlichen vier Punkte nennen: Erstens. Wir wollen eine weitere Aufstockung der **Bürgerschaftsmittel** um 5 Millionen DM. Zweitens. Wir wollen den **Küstenschutz** um 3,5 Millionen DM stärken. Drittens. Wir wollen die **Krankenhausfinanzierung** mit 9 Millionen DM von 2001 auf 2000 vorziehen. Viertens. Wir wollen **Steuermehreinnahmen** schon im Haushaltsjahr 2000 an die **Kommunen** weitergeben, was einen Betrag von 10 Millionen DM ausmacht.

Lassen Sie mich kurz auf zwei wesentliche Punkte der mittelfristigen Finanzplanung eingehen. Ein Punkt ist das **Wettbewerbshilfeprogramm** des Bundes für die **Werften**. Wir haben immer gesagt - mehrfach auch an dieser Stelle -: Wir tragen das Sparpaket der Bundes-

regierung mit, aber wir sind nicht bereit, einen Wegfall der Hilfe für die Werften mitzutragen. In einer gemeinsamen Anstrengung konnte erreicht werden, dass die Finanzierung des Bundes auch für die nächsten Jahre gesichert wird. Die notwendigen zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen plus 20 Millionen DM können Sie den Vorlagen entnehmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber wir schöpfen nicht voll aus!)

Gleichzeitig kann, wenn möglich, mit dem Bau einer **Veranstaltungshalle in Flensburg** bereits im Jahre 2000 begonnen werden. Dies erreichen wir durch einen Antrag zum Haushaltsgesetz. Wir bringen das Grundstück ein.

Aber lassen Sie mich an dieser Stelle - weil dies doch ein landesweites Thema ist - eines mit aller Deutlichkeit sagen: Erwartet werden muss eine angemessene Beteiligung des Kreises Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg nicht nur an den Baukosten, sondern auch die vollständige Übernahme der Betriebskosten. Eine „Fielmann-Lösung“ wird es mit der SPD-Landtagsfraktion nicht geben.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war ja ein guter Witz!)

Ich möchte jetzt kurz auf einige **Schwerpunkte des Haushalts 2000** eingehen. Die Änderungsanträge sind im Finanzausschuss beraten worden. Lassen Sie mich feststellen: Die Koalition von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat kein Jahr-2000-Problem. Insbesondere der Opposition - da spreche ich natürlich gezielt die CDU an - kann ich nur sagen: Meine Damen und Herren dieser großen Oppositionspartei, Sie haben Ihr Jahr-2000-Problem noch vor sich!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind mit den Ergebnissen zufrieden, sind stolz auf das, was wir in den letzten Wochen, Monaten und Jahren auf den Weg gebracht haben. Dabei geht es nicht allein um die Entscheidung über den Haushalt 2000, sondern auch um das, was darüber hinausreicht. Wir sind zuallererst stolz auf eine **Wirtschaftspolitik**, die das Ziel umgesetzt hat, die Infrastruktur des Landes voranzutreiben. Dazu gehören Forschung und Technologiepolitik ebenso wie eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sowie intelligente Finanzierungsinstrumente in der Wirtschaftsförderung und noch vieles mehr, was man nennen könnte.

Da die Naturressourcen endlich sind - was selbst die Opposition wissen könnte -, setzen wir auf eine nachhaltige integrierte und qualitative Entwicklung. Eine solche Politik macht unser Land zukunftsfähig, weil

sie der Wirtschaft auch zukünftig die Nutzung der Ressourcen sichert. Gleichzeitig steigen die Chancen, auf neuen internationalen Märkten umweltverträglichen Produkten und Technologien zum Durchbruch zu verhelfen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies kommt insbesondere der klein- und mittelständischen Struktur unserer Wirtschaft in Schleswig-Holstein zugute; das ist eine große Chance. Denn kleine und mittlere Unternehmen können hochflexibel, innovativ und trotzdem arbeitsplatzintensiv sein. Wir Sozialdemokraten waren es letztlich, die mit der **Technologiepolitik** in Schleswig-Holstein erst begonnen haben.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Wer etwas anderes behauptet, kennt das Land nicht oder ignoriert einfach die Tatsachen, die jeden Tag gesehen werden können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrter Herr Kollege Wolfgang Kubicki, wir brauchen uns in diesem Falle nicht selbst zu loben; ich will vielmehr einmal den Präsidenten der schleswig-holsteinischen Unternehmensverbände, Herrn Driftmann, zitieren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Muss der schon wieder herhalten?)

Wir waren ja beide mit Herrn Kayenburg am 21. September des letzten Jahres bei dieser Veranstaltung. Herr Driftmann sagte im letzten Jahr:

„Wir haben einiges auszusetzen an dieser oder jener politischen Entscheidung der Landesregierung.“

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

„Wir haben wenig auszusetzen an wichtigen Entscheidungen in der Infrastrukturpolitik, wir haben kaum etwas auszusetzen an der Bereitschaft dieser Regierung, mit uns zusammenzuarbeiten, sich mit uns zu beraten, auf uns zu hören. Wir sind mit der Technologiepolitik hierzulande im Großen und Ganzen einverstanden.“

(Martin Kayenburg [CDU]: Alles Allgemeinplätze!)

Und weiter sagte Präsident Driftmann:

„In der Telekommunikation haben wir national und international erfolgreiche Unterneh-

men im Lande und es gibt eine große Anzahl junger, intelligenter Gründer - zarte Pflänzchen -, denen wir die Wege in den Markt ebnen müssen.“

Recht hat Präsident Driftmann!

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn Sie immer noch Beispiele dafür brauchen, lade ich Sie gern nach Flensburg ein, Kollege Kubicki; dort können Sie die Firma Motorola besichtigen. Der Kollege Neugebauer ist gern bereit, Ihnen die Firma MobilCom in Büdelsdorf zu zeigen. Das sind nur zwei Beispiele dafür, wie Technologiepolitik in diesem Lande erfolgreich umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Aber dass sich Plattdeutsch und Hightech in Schleswig-Holstein hervorragend ergänzen, dafür bedarf es nicht des Präsidenten Driftmann, sondern dafür gibt es noch eine weitere Aussage, die ich Ihnen ebenfalls gern zitieren möchte, nämlich eine Aussage des Chefs des Danfoss-Konzerns, Jürgen Clausen, vom 6. November dieses Jahres. Ich zitiere aus dem „Nord-schleswiger“:

„Schleswig-Holstein hat eine reelle Chance, sich zu etwas ‘Silicon-Valley-Ähnlichem’ im Norden zu entwickeln. Wir erkennen an und begrüßen, dass sich die Landesregierung von Schleswig-Holstein sehr aktiv um die Neuan-siedlung neuer zukunftsweisender Technologieunternehmen bemüht.“

(Beifall bei der SPD - Holger Astrup [SPD]:  
Recht hat er!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, der neue Aufbruch, den Sie wollen, hat schon längst begonnen und für den werden Sie in der Tat auch nach dem 27. Februar weiterhin benötigt - in der Opposition!

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schauen wir mal!)

Das neue Jahrtausend beginnt in Schleswig-Holstein mit einem kräftigen Investitionsschub.

(Frauke Tengler [CDU]: Ja?)

Ich meine damit das Programm „Ziel“ - Zukunft im eigenen Lande. Weit mehr als 2 Milliarden DM Bundesmittel, EU-Mittel, Landesmittel und kommunale Mittel werden in die Zukunft unseres Landes investiert. Die drei Programme „Arbeit für Schleswig-Holstein“,

(Beifall bei der SPD)

das Regionalprogramm und das Programm „Zukunft auf dem Lande“ werden dabei sinnvoll gebündelt.

Dies macht doch nur eines deutlich: Die **Schaffung von Arbeitsplätzen** steht bei uns auf der politischen Skala nach wie vor ganz oben. Wir wollen Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben eine einmalige Chance dazu, nicht nur deshalb, weil wir 2,35 Milliarden DM bekommen, sondern - ich habe es an dieser Stelle oft genug gesagt - unsere Chance liegt in der Wachstumsregion, die zwischen Hamburg, Schleswig-Holstein, Kopenhagen und Südschweden liegt. Das ist unser Bereich. Wenn wir es schaffen, hier Verträge zu schließen und intensive Beziehungen herzustellen, dann ist das für uns die entscheidende Zukunftschance und dann werden Jürgen Clausen und andere Recht haben: Dann ist Schleswig-Holstein auf dem richtigen Weg ins nächste Jahrtausend!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich kurz auf die **Bildungspolitik** eingehen. Nach dem für mich selbst überraschenden Schwenk in der Rechtschreibfrage lassen wir uns trotzdem kein X für ein U vormachen. Wir haben mit dem Haushalt 2000, der heute verabschiedet wird, die Basis für weitere 200 neue **Planstellen** im Bildungsbereich geschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Der Koalitionsvertrag hat dieses Ziel mit den 450 Stellen beschrieben; sie werden umgesetzt. Bis zum Jahre 2004 werden wir weitere 800 Planstellen im schulischen Bereich schaffen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Eine konsequente Politik!)

Zusammen mit den 4.200 frei werdenden Stellen in den nächsten fünf Jahren werden weit mehr als 5.000 neue Lehrer bis zum Jahre 2005 in die schleswig-holsteinischen Schulen kommen, was bedeutet, dass dann jeder vierte Lehrer jünger ist als 35 Jahre. Das ist, meine ich, die richtige Investition in die Zukunft unserer Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Was den Bereich der **Hochschulpolitik** betrifft, so weiß ich, dass auch von Ihrer Seite mit Freude zur Kenntnis genommen wurde, dass in diesem Bereich

noch einmal wesentliche finanzielle Mittel in Millionenhöhe bewegt wurden, nicht nur für die CAU, sondern auch für die Bildungswissenschaftliche Hochschule/Universität Flensburg und für die Fachhochschulen. Dazu wird nachher Herr Kollege Weber sicherlich noch Details ausführen.

Aber gestatten Sie, dass ich mich jetzt noch einmal mit den Zuwendungsempfängern beschäftige. Wir haben in dem einen oder anderen Bereich noch etwas draufgelegt. Wir haben den Grundsatzbeschluss gemeinsam mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN getragen: Die Zuwendungsempfänger - das sind **Vereine und Verbände** - sollen im Jahre 2000 das bekommen, was sie 1999 erhalten haben. Deshalb haben wir die Kürzung der Mittel für die Verbraucherzentrale zurückgenommen - ich schätze, mit großer Zustimmung des gesamten Hauses.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben den Landesverband der Volkshochschulen um 56.000 DM gestärkt, weil wir wollen, dass noch mehr Menschen in diesem Lande nachträglich den Hauptschulabschluss erwerben, weil ein Schulabschluss wichtig ist für die Teilnahme am Arbeitsleben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn die Sinti und Roma nicht ausdrücklich in der Landesverfassung genannt worden sind, meinen wir, dass es uns gut tut, die Unterstützung der Arbeit des Verbandes der Sinti und Roma um einen kleinen finanziellen Betrag anzuheben, damit diese Arbeit auch für die Zukunft sichergestellt werden kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann schlagen wir noch eine Mittelerhöhung für das Freiwillige Soziale und das Freiwillige Ökologische Jahr vor.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese beiden freiwilligen Jahre, die auf große Zustimmung bei jungen Menschen stoßen, müssen auch für die Zukunft abgesichert werden, damit noch mehr junge Menschen erkennen, wie wichtig die freiwillige Arbeit im sozialen und ökologischen Bereich ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich jetzt kurz mit den **Haushaltsvorschlägen** der Opposition auseinander setzen. Ich weiß, dass mir es die CDU etwas einfacher gemacht hat. Schon im Juli wurde das so genannte finanzpolitische

Konzept der CDU vorgestellt, das schon im Sommer als handwerklich völlig untauglich entlarvt wurde. Nachdem Sie nun keine Haushaltsanträge vorgelegt haben, wurde dieses Konzept noch einmal vorgestellt, an der einen oder anderen Stelle kosmetisch leicht verändert. Ich kann Ihnen nur deutlich sagen: Ihr Konzept ist auch in der neu vorgelegten Form nicht zukunftsfähig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Konrad Nabel [SPD]: Das ist gar kein Konzept!)

Bei allem Verständnis muss ich doch sagen: Ich halte es für einen unglaublichen Vorgang, dass die CDU-Fraktion keine Haushaltsanträge gestellt hat.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wählertäuschung ist das! - Konrad Nabel [SPD]: Parlamentarische Pflichterfüllung! - Unruhe)

Ist das Überheblichkeit oder ist das Unfähigkeit? Darüber sollten andere entscheiden. Ich jedenfalls finde das einen ganz schlechten parlamentarischen Stil.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich schätze, dass ich da auch die Unterstützung des Kollegen Wolfgang Kubicki aus alter parlamentarischer Tradition habe.

Lassen Sie mich einmal einen Punkt herausgreifen: Durch den Verkauf der WOB AU Schleswig-Holstein wollen Sie 500 Millionen DM einnehmen. Ich habe gestern mit großer Aufmerksamkeit das „Flensburger Tageblatt“ gelesen. Demnach scheint bei Ihrem Konzept einiges nicht richtig durchgerechnet zu sein. Ich erinnere mich daran, dass es da schon einmal ein paar Rechenfehler gab. Wenn Sie wirklich einen Verkaufserlös von 500 Millionen erreichen wollen, müssen Sie einen Verkaufspreis von 2,35 Milliarden DM erzielen, was einem Quadratmeterpreis von 2.350 DM entspricht. Ich halte das für nicht unbedingt realisierbar.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ingrid Franzen [SPD]: Lächerlich ist das!)

Vielleicht sollte die CDU-Fraktion auch die steuerrechtliche Seite eines solchen Verkaufes einmal prüfen; vielleicht tauchen da noch weitere Schwierigkeiten auf.

Für die Sozialdemokraten erkläre ich von dieser Stelle aus deutlich: Mit uns wird es keinen Verkauf der WOB AU Schleswig-Holstein geben.

(Beifall bei der SPD)

Das Land darf sich nicht aus dem Wohnungsbau verabschieden. Wir brauchen Wohnungen, die vom Land Schleswig-Holstein gebaut werden, gerade für einkommenschwache Familien, Familien mit Kindern und vor allen Dingen auch für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, gleich welcher Hautfarbe.

(Beifall bei der SPD)

Aber die eigenwilligste Idee haben Sie bei den Zuwendungsempfängern entwickelt.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich darf um Ruhe auf der Regierungsbank bitten.

**Lothar Hay [SPD]:**

Sprachen Sie im Juli noch von einer Kürzung um 5 %, so nennen Sie jetzt in dem kosmetisch veränderten Gesamtkonzept einen Betrag von 65 Millionen DM. Irgendjemand muss Ihnen da wohl den Hinweis gegeben haben, dass in realistischer Einschätzung der tatsächlichen Sachlage eine Kürzung um 65 Millionen DM im Grunde eine Kürzung um mehr als 20 % bedeuten würde, da großzügig gerechnet allenfalls 250 Millionen DM als freiwillige, nichtinvestive Zuwendungen aus der Gesamtsumme von 4,89 Milliarden DM verbleiben. Man muss natürlich in den Haushalt hineingucken, um das zu erkennen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! Gucken Sie mal rein!)

Jeder, der in einem Verein, in einem Verband tätig ist - ich bin selbst Vorsitzender eines Grenzverbandes -, der weiß, was ein Überrollen des Ansatzes - also ein Haushaltsansatz, der in den Jahren nicht verändert worden ist - gerade im Personalbereich bedeutet. Herr Kayenburg, ich hoffe, dass Sie bei Ihren vielen Besuchen, die Sie gemeinsam mit Ihrem ehemaligen Generalsekretär bei den **Vereinen und Verbänden** gemacht haben, auch darauf aufmerksam gemacht haben, wenn Sie denn am 27. Februar die Regierung bilden sollten - was immer weniger wahrscheinlich wird -, dass auf die Vereine und Verbände Kürzungen von 20 % zukämen - 20 %! Ich halte das für eine unglaubliche Vorstellung. Aber so unglaublich scheint sie nicht zu sein, wenn man ihre finanzpolitischen Vorschläge sieht.

Ein letzter Punkt aus Ihrem vorgelegten Papier, mit dem ich mich gern beschäftigt habe! Ich habe bei Ihnen einen Haushaltsantrag vermisst:

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die Aufnahme eines dreistelligen Millionenbetrages für die Einführung einer eigenständigen schleswig-holsteinischen Küstenwache. Folge ich nämlich in puncto „Pallas“ Ihrer Argumentation der vergangenen Tage, so müssten Sie doch - gestützt auf das Gutachten von Professor Ziemske - eigentlich eigene Landesmittel für eine eigenständige **Küstenwache** in Schleswig-Holstein vorschlagen. Wo ist Ihr Antrag?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich interpretiere das einmal so, dass Sie die Äußerungen Ihrer Ausschussmitglieder genauso wenig ernst nehmen, wie wir es tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn es die Opposition nicht gern hört: Der **Haushalt 2000** ist solide finanziert, zukunftsgerichtet und realistisch. Gerade weil im Jahr 2000 eine Landtagswahl stattfindet, haben wir der Versuchung widerstanden, unseriöse Wahlgeschenke oder Zusagen an verschiedene Gruppen unserer Gesellschaft zu machen, die wir nicht einlösen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit diesem Haushalt sind die wichtigsten Projekte aus dem Koalitionsvertrag abgearbeitet worden. Trotz allem Krisengemunkel: Rot-Grün hat in diesem Lande solide und zukunftsgerichtet zusammengearbeitet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir versprechen nichts, was wir nicht halten können. Für Luftbuchungen und Shownummern war in diesem Hause bei den vielen Anträgen immer die CDU-Opposition zuständig und daran wird sich auch nach dem 27. Februar des nächsten Jahres nichts ändern.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hay, Sie haben sich ja ziemlich lange mit Bundespolitik befasst, weil über die Landespolitik in der Tat wenig Rühmliches zu sagen ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In einem Punkt haben Sie natürlich Recht: Es lohnt sich zu kämpfen. Und wir werden kämpfen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir setzen uns für eine schnelle **Aufklärung der Spendenaffäre** ein, wir sind für Klarheit und wir werden mit unserem Spitzenkandidaten Volker Rühle um den Wahlsieg am 27. Februar erfolgreich kämpfen. Das ist die Botschaft.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Landesregierung hat am 15. September in der ersten Lesung einen **Haushaltsentwurf 2000** vorgelegt, der mit Sicherheit in die finanzpolitische Sackgasse führt. - Da kann Herr Möller ruhig lachen. Frau Simonis, Sie sind vor zwölf Jahren als bundesweit hoch gelobte Finanzexpertin und als Saniererin der öffentlichen Verwaltung angetreten.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Das ist sie heute noch! - Lachen bei der CDU)

Seitdem - -

(Zurufe von der SPD)

- Leider können wir Ihnen diesen Wunschtraum nicht erfüllen. Seitdem haben Sie die höchst solide Haushaltslage unseres Landes, die viele Jahre die Handschrift Gerhard Stoltenbergs trug, bis an die Grenze der **Zahlungsunfähigkeit** verschlechtert.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

- Meine Damen und Herren von der SPD, Ihnen wird das Lachen bald vergehen! Alle, aber auch wirklich alle finanzpolitischen Indikatoren zeigen inzwischen in Schleswig-Holstein in die falsche Richtung.

(Widerspruch von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will hier nur einige wesentliche Punkte noch einmal nennen. Ich mache das ganz kursorisch: Die Finanzlage des Landes hat sich trotz tatsächlich gestiegener Landeseinnahmen verschlechtert. Die **Gesamt-schulden** sind von rund 18 Milliarden DM 1988 bis heute auf über 30 Milliarden DM gestiegen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fröhlich, also um rund 66%! Das Verschuldungstempo hat sich nahezu verdoppelt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die **Pro-Kopf-Verschuldung** erreicht die Höhe von 11.000 DM und wird nur noch von dem fast zahlungsunfähigen Saarland übertroffen. Die **Investitionsquote** ist von über 16 % im Jahre 1987 auf den traurigen

historischen Tiefstand von 9,6 % im Jahr 1998 gesunken. Ich darf Sie daran erinnern, dass 1975, zu Zeiten von Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, die Investitionsquote 20,33 % betrug.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist Wirtschaftspolitik und da ist noch gestaltet worden.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Und schließlich ist die **Personalkostenquote** mit knapp 40 % natürlich weiterhin viel zu hoch.

Damit will ich es zunächst einmal bewenden lassen, denn die dramatische finanzielle Entwicklung unseres Landes - trotz gestiegener Einnahmen - können Sie unserem Entschließungsantrag in allen Einzelheiten entnehmen.

(Lachen des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Ich weiß gar nicht, warum Sie lachen. Ihr Fiasko wird doch sogar regierungsamtlich bestätigt. Sie sollten dazu einmal den **Bericht des Finanzministers** vom 15. Juni 1998 lesen.

(Zurufe von der SPD)

Ich bringe daraus zwei oder drei kurze Zitate. Darin steht:

„Die jährliche Pro-Kopf-Neu-Verschuldung des Landes ist seit 1988 ständig höher als in den alten Flächenländern gewesen, sodass der Abstand der Pro-Kopf-Verschuldung gegenüber dem Durchschnitt der alten Flächenländer immer weiter gewachsen ist.“

Das ist die Situation hier im Land.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auf Seite 12 steht:

„Die Haushaltsstruktur des Landes hat sich in den letzten zehn Jahren verschlechtert.“

- Nicht etwa verbessert! Das sagt Herr Möller, nicht ich!

„Die Investitionsquote des Landeshaushalts ist von 15,8 % im Jahr 1988“

- er hat eine etwas andere Zahl -

„auf nur noch 10,9 % 1998 ... zurückgegangen.“

Im Haushaltsvollzug waren es dann allerdings im Ist nur noch 9,6 %. Also selbst Herr Möller hat erkannt, dass die Karre in den Dreck gefahren ist.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Nun will ich Ihnen, Frau Simonis, zugestehen, dass Sie den Ernst der Lage durchaus erkannt haben. So haben Sie in Ihrer **Regierungserklärung** zu Beginn der 14. Legislaturperiode am 23. Mai 1996 bemerkenswerte finanzpolitische **Zielvorgaben** gesetzt. Leider - das muss ich heute, am Ende der 14. Legislaturperiode feststellen - haben Sie kein einziges Ihrer selbst gesetzten Ziele erreicht.

Das möchte ich auch beweisen. Die Nettokreditaufnahme sollte schrittweise auf 800 Millionen DM zurückgeführt werden. - Fehlanzeige! Wir stehen heute bei 1,2 Milliarden DM. Die unerwarteten Mehreinnahmen sollten mindestens zu zwei Drittel zur zusätzlichen Senkung der Neuverschuldung verwendet werden. - Fehlanzeige! Unerwartete Mehreinnahmen, zum Beispiel aus einem Erbschaftsteuerfall in Höhe von 170 Millionen DM, aber auch sonstige unerwartete Mehreinnahmen wurden eben nicht zur Senkung der Neuverschuldung verwendet. Die Nettoausgaben sollten im Jahresdurchschnitt um höchstens 1,5 % steigen. - Fehlanzeige! 1998 stiegen sie um 2,1 %, 1999 um 2,0 %. Die Personalausgaben sollten bis zum Jahr 2000 auf unter 39 % sinken. - Fehlanzeige! Sie lagen 1999 bei 40,3 %; im Haushaltsentwurf 2000 sollen es immerhin noch 39,8 % sein, aber nicht unter 39 %. Ein erster Schritt zum Personalabbau sollte 1.600 Stellen umfassen, die früher als bisher geplant wegfallen sollten. - Fehlanzeige! Die kw-Vermerke zum Beispiel im Einzelplan 09 des Justizministers laufen immerhin bis zum Jahr 2035 oder 2039. Ich weiß gar nicht, ob Sie diesen Horizont überhaupt erfasst haben. Die Budgetierung sollte schrittweise in der gesamten Landesverwaltung eingeführt werden. - Auch hier Fehlanzeige. Bis auf einige Ansätze bei den Hochschulen ist in der übrigen Landesverwaltung alles beim Alten geblieben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir müssen also als Ergebnis festhalten: Sie haben Ihre Zielvorgaben aus der Regierungserklärung glatt verfehlt, Frau Simonis!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nachdem es als Finanzpolitikerin um Sie, Frau Simonis, still geworden ist, versuchen Sie sich seit geraumer Zeit auf dem Feld der Wirtschaftspolitik. Sie versuchen, den Schleswig-Holsteinern vorzumachen, dass sich unser Land mit rot-grüner Unterstützung vom Agrarland mit hübschen Rapsfeldern und schwarzen

bunten Kühen zum Hightech-Standort Nummer eins in Deutschland entwickelt hat.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr richtig!)

- Herr Hay, aber auch da sprechen die harten, nachprüfbaren Fakten eine andere Sprache.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Die entscheidende Kennziffer für die Zukunftsfähigkeit des Landes ist die Entwicklung des **Bruttoinlandsprodukts**. Herr Hay, das sollten auch Sie wissen. Das Wachstumstempo des Bruttoinlandsprodukts ist im Trend während Ihrer Regierungsverantwortung, Frau Simonis, langsamer geworden. Mit einem Wachstum 1998 gegenüber 1997 von nominal nur 2,4 % lag Schleswig-Holstein im Vergleich aller Bundesländer - wohlgemerkt aller Bundesländer! - an vorletzter Stelle; nur Thüringen war noch schlechter als Schleswig-Holstein. Das sind die Fakten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nun werden Sie sicher gleich darauf hinweisen, dass im ersten Halbjahr 1999 die Situation erheblich besser war und Schleswig-Holstein sich gegenüber 1998 verbessern konnte. Dabei verschweigen Sie aber, von welchem niedrigem Ausgangsniveau in 1998 diese Berechnung ausgeht. Das Bruttoinlandsprodukt lag in Schleswig-Holstein im tiefsten Keller und wird 1999 lediglich ein wenig besser ausfallen. Und beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 1998 sieht es auch nicht besser aus. Hier haben wir nur eine etwas andere Situation. Hier streitet sich Schleswig-Holstein ausnahmsweise nicht mit Thüringen, sondern mit Mecklenburg-Vorpommern um den letzten Platz. Das ist das Ergebnis Ihrer Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Während in diesen beiden Ländern das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner um 1,4 % stieg, waren es in Bayern immerhin 3,4 %. Das ist die Zielmarke, die auch wir anpeilen.

Ein weiterer, durchaus wichtiger Indikator für den wirtschaftlichen Zustand eines Landes sind die **Patentanmeldungen**. Sie sind ein Gradmesser für die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Bürger eines Landes. Sie dokumentieren die Fähigkeit des Menschen, Erlerntes und Erforschtes umzusetzen und mit eigener Kreativität zu verbinden. In Schleswig-Holstein haben wir - ich behaupte, als Preis einer falschen Bildungs- und Technologiepolitik - eine eindeutige **Innovationslücke**. Während 1998 auf je 100.000 Einwohner in Baden-Württemberg 105 und in Bayern 97 Patentanmeldungen kamen, bewegt sich Schleswig-Holstein mit 24 Anmeldungen am Ende der

westdeutschen Länder und in Gesellschaft mit den ostdeutschen Ländern. Sicherlich sind Patentanmeldungen nicht allein Indikator für die wirtschaftliche Situation eines Landes, sie sind aber durchaus der entscheidende Maßstab für die Innovationsfähigkeit.

Die Ursachen von Innovationslücken in Schleswig-Holstein liegen vor allem, Herr Hay, in der Bildungs- und insbesondere in der Wissenschafts- und Forschungspolitik der Landesregierung. Pro Kopf gab die rot-grüne Landesregierung nämlich für Wissenschaft und Forschung 1998 gerade einmal 358 DM aus. Nur Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg gaben noch weniger aus. Die Bayern und die Baden-Württemberger hingegen gaben 472 DM oder 458 DM aus. Ich kann nur sagen: Ein Glück, dass Sie an der Stelle wenigstens ein bisschen nachgebessert haben!

Aber auch die **Exportzahlen** unseres Landes sind für Sie, Frau Simonis, kein Ruhmesblatt. Mit 17,1 Milliarden DM Ausfuhren im Jahr 1998 und damit einer Steigerung von 3,6 % gegenüber dem Vorjahr, lag Schleswig-Holstein auch hier am Ende der westdeutschen Länder. Nur das Saarland hatte in Westdeutschland eine noch schlechtere Position als wir. Im Vergleich der westdeutschen Länder war die Situation je Einwohner sogar noch schlechter.

Wir haben 6.186 DM je Einwohner zu verzeichnen. Damit nehmen wir den letzten Platz unter den westdeutschen Ländern ein; der Bundesdurchschnitt liegt allerdings wesentlich höher.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das hat Hay in seiner Rede alles zu vertuschen versucht!)

Nun werden Sie sicherlich gleich sagen, Herr Hay, dass die **Arbeitslosenquote** in Schleswig-Holstein Ende November doch die niedrigste in Norddeutschland gewesen sei.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die Zahl der offenen Stellen ist gestiegen! Das sollten Sie nicht verschweigen!)

- Auch wenn die Zahl der offenen Stellen gestiegen ist, gilt das. Ich bestreite ja gar nicht, dass die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein in Norddeutschland am niedrigsten war.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr erfreulich!)

Nur, dann müssen Sie diesen „Gesamtschulvergleich“ einmal deutlich machen! Wollen Sie sich, Frau Fröhlich, denn wirklich mit Mecklenburg-Vorpommern vergleichen? Was heißt denn überhaupt „Arbeitslosenquote“? Haben Sie sich einmal angeschaut,

(Ingrid Franzen [SPD]: Gerade wie es passt!)

wie sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entwickelt hat? - Wir haben in Schleswig-Holstein eine Abnahme und keine Zunahme! Das ist Folge Ihrer Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Eine CDU-Landesregierung wird künftig nicht die Einäugige unter den Blinden sein. Wir wollen auch da, was die Arbeitslosenquote anlangt, zu Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz aufschließen.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Wir sehen dort unseren Platz in der Zukunft.

Außerdem will ich gern anmerken, dass die geringere Arbeitslosigkeit natürlich auch ein Ergebnis der mittelständischen Struktur unseres Landes ist.

(Lothar Hay [SPD]: Gott sei Dank!)

- Gern unterstreiche ich: Gott sei Dank! Das ist das Ergebnis der mittelständischen Struktur. Das ist kein Verdienst von Rot-Grün, Herr Hay, das müssen Sie auch so sagen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Nun wäre diese Aufzählung aber sicherlich nicht vollständig, wenn man nicht auch von einer Spitzenstellung Schleswig-Holsteins berichten könnte. So bewegt sich der Anteil der **Sozialhilfeempfänger** an der Bevölkerung in Schleswig-Holstein mit 4,6 % im oberen Bereich aller Bundesländer. Noch höher ist der Anteil nur im Saarland, in Berlin, in Hamburg und in Bremen. Das hat dann zur Folge, dass Schleswig-Holstein 1998 je Einwohner 630 DM an Sozialhilfe zahlen musste. Wenn Sie das auf die Steuerpflichtigen hier im Land umrechnen, Herr Hay, dann ist dieser Betrag noch um ein Wesentliches höher. Alle Flächenländer, sogar die ostdeutschen, gaben weniger für Sozialhilfe je Einwohner aus als wir hier in Schleswig-Holstein. Dies ist das Ergebnis Ihrer Wirtschaftspolitik.

Bei dieser deprimierenden Bilanz für das Land wird auch unmittelbar deutlich, dass diese **Landesregierung** finanzpolitisch und wirtschaftspolitisch versagt hat und offensichtlich auch nicht mehr in der Lage ist, durch nachhaltige strukturelle Veränderungen im Haushalt eine verlässliche **Finanz- und Wirtschaftspolitik** für Schleswig-Holstein zu gestalten.

Diese Landesregierung ist am Ende! Bei einem Regierungswechsel wird es deswegen unsere wichtigste Aufgabe sein, dem Land wieder Zukunft zu geben, den Haushalt zu sanieren und mit einer Trendwende für

Schleswig-Holstein den Anschluss an die bundesweite Entwicklung herzustellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wer nun aber glaubt, wenigstens die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätten ihre **Landesregierung** seit dem 15. September auf Kurs gebracht, sieht sich ein weiteres Mal enttäuscht. Dafür hat zunächst einmal die Landesregierung mit einer **Nachschiebeliste** an ihrem zweifelhaften Entwurf herumgebastelt.

Dabei bestand die größte Tat des Finanzministers darin, die globalen Minderausgaben um stolze 90.000 DM zu senken. So blieb der Haushaltsentwurf trotz der Nachschiebeliste weiterhin mit 166 Millionen DM unausgeglichen. 66 Millionen DM **globale Minderausgaben** und 100 Millionen DM **globale Mehreinnahmen** - so wollten Sie einen Ausgleich künstlich herbeiführen! Für diese 100 Millionen DM muss bei Ihnen wieder einmal der angebliche Verkauf von LEG-Anteilen herhalten. Jahr für Jahr hat uns Herr Möller schon erzählt, dass er nun wirklich einen stark interessierten Käufer für die Anteile an der LEG habe. Ich habe eher den Eindruck, Herr Möller, dass das eine fadenscheinige Begründung für Ihre alljährliche globale Mehreinnahme ist. In Wirklichkeit wollen Sie die Anteile gar nicht verkaufen. Im Gegenteil! Sie rechnen doch jetzt schon damit, dass es im Haushaltsvollzug wieder einmal gut gehen möge.

(Lachen des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Als weiteres Zeichen kraftvollen Handelns wurden damals auch gleich noch die Investitionsausgaben um 8,3 Millionen DM gesenkt. In der Nachschiebeliste wurde dann deutlich, dass die GMSH, die ja eigentlich den Landeshaushalt in Millionenhöhe um 6,1 Millionen DM insgesamt entlasten sollte, zusätzlich 6,1 Millionen DM benötigt, weil Sie offenbar bei den Erstattungen an die **GMSH** für die Bewirtschaftungskosten unter anderem übersehen hatten, dass Umsatzsteuer, Abschreibungen und Versicherungsleistungen zu bezahlen sind, die im Landeshaushalt jedenfalls bisher nicht veranschlagt waren.

Aufgrund der Entscheidung der EU-Kommission, die für die WestLB einen Vergütungssatz von 12 % für die **Inanspruchnahme von öffentlichem Haftkapital** für angemessen gehalten hatte, war der Vergütungssatz von Ihnen im Haushaltsentwurf immerhin auf 1,8 % heraufgesetzt worden. Offenbar hat aber in der Zwischenzeit Friedel Neuber von der WestLB Frau Simonis klargemacht - ich weiß nur nicht, auf welchem Flug -, dass er diesen unfreundlichen Akt zulasten der **Landesbank** gar nicht gern sieht. Flugs hat der Fi-

nanzminister den Vergütungssatz also gesenkt und verzichtet auf 40 Millionen zusätzliche Einnahmen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Im Übrigen macht die Nachschiebeliste deutlich, dass aus dem damals laufenden **Vermittlungsausschussverfahren** zwischen Bundestag und Bundesrat zum Haushaltssanierungsgesetz, zur steuerlichen Familienförderung und zum Steuerbereinigungsgesetz noch mit einer **Landesbelastung** in Höhe von 192,9 Millionen DM hätte gerechnet werden müssen. Von einem wirklich verabschiedungsreifen Haushaltsentwurf 2000 konnte also zum Zeitpunkt Ihrer Nachschiebeliste weiß Gott nicht die Rede sein, Herr Möller!

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Aber auch die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Nabel, waren mit ihren **Änderungsanträgen** zum **Haushaltsentwurf 2000** nicht fähig, beherzt einzugreifen, um den finanzpolitischen Kurs noch rechtzeitig vor der Landtagswahl zu ändern.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Mutlos und kraftlos haben Sie den Entwurf der Landesregierung passieren lassen, Herr Hay, ohne eigene finanzpolitische Akzente zu setzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Da kann ich doch nur sagen: peinlich! Sie haben Anträge vorgelegt, Sie von Rot und Grün, bei denen die Fraktionsvorsitzenden auf Journalistenfragen nicht einmal das Gesamtvolumen dieser Anträge wussten. Sie machen sich schlichtweg lächerlich und machen deutlich, dass dies lediglich eine Alibifunktion darstellt.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Warten Sie es doch einmal ab, Herr Neugebauer! Wenn Sie dann Änderungsanträge mit einem Volumen von insgesamt 1,8 Millionen DM bei einem Haushalt mit über alles von 18 Milliarden DM stellen, dann sind das lediglich 0,01 %. Das zeugt nun wirklich nicht von Auseinandersetzung mit dem Haushalt.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Kähler, ich weiß, 1,8 Millionen DM sind viel

Geld. Aber in diesem Haushalt sind das wirklich „Peanuts“. Das ist der Inhalt Ihrer Anträge.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was haben Sie denn da beantragt? - 5.000 DM für allgemeine Kulturpflege,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

9.000 DM für Mieten und Pachten für Geräte - und dies dann unter anderem auch noch durch Erhöhung der globalen Minderausgabe. Das ist Ihre **Haushaltspolitik**. Sie haben damit im Grunde das eigentliche **Defizit** vergrößert. Von finanzpolitischen Schwerpunkten

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- ach, Herr Nabel, doch nicht Sie! - kann da ja nun wirklich nicht die Rede sein.

(Ingrid Franzen [SPD]: Aber bei Ihnen, was? Das ist ja lachhaft!)

Und ob nun gerade die Aufstockung

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

des Titels für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit, das heißt die Förderung von entwicklungspolitischen Maßnahmen sowie für Selbsthilfeprojekte in Afrika, in Asien und in Lateinamerika unser Land voranbringt, ist nun mehr als zweifelhaft.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wenn man bedenkt, dass fast 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Finanzministerium Rot-Grün beratend zur Seite stehen, sind die **handwerklichen Fehler** dieses Antrages schon peinlich, Frau Heinold! Minus 6,5 Millionen DM plus 50.000 DM sind bei mir jedenfalls minus 6,45 Millionen DM und nicht 6,55 Millionen DM. Also, die Unterscheidung zwischen Plus und Minus, zwischen Guthaben und Defizit, war bei Ihnen noch nie eine Stärke Ihrer Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Aber das muss uns ja nun auch nicht wundern, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn im „SIB“ vom 8. Oktober steht: Merke: „Die Null hinter dem Komma ist entscheidend, sonst wird eine Nullnummer daraus! Nullen haben wir genug. Es kommt immer darauf an,

wo sie sitzen.“ Ich kann nur sagen: Sie haben Recht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU - Konrad Nabel [SPD]: Auf der rechten Seite des Hauses!)

Frau Heinold, da Sie eine Expertin sind: Mir ist jedenfalls neu, dass man Verpflichtungsermächtigungen im Jahr 2000 für die Jahre 2001 bis 2005 beschließen kann. Herr Neugebauer, dieses Beispiel zeigt mir deutlich, dass Sie - als langjähriges Mitglied des Finanzausschusses - bis heute offenbar den Sinn von Verpflichtungsermächtigungen noch nicht kapiert haben. Sonst wäre Ihnen dies nicht passiert. Ich kann dazu nur sagen: Bevor Sie dicke Backen machen

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

und sich über die Anträge anderer aufregen, sollten Sie Ihre eigenen Schularbeiten erst einmal von Finanzminister Möller begutachten lassen.

(Beifall bei der CDU - Klaus Schlie [CDU]: So ist das!)

Dies mögen haushaltstechnische Kleinigkeiten sein. Sie werfen jedoch ein bezeichnendes Licht auf die Arbeit der anderen Fraktionen und machen deutlich, wie wenig die sich wirklich mit dem Entwurf der Landesregierung beschäftigt haben.

Wir sind jedoch der Meinung, dass die Finanzen des Landes eine viel zu ernsthafte Sache sind, um nur haushaltstechnischen Turnübungen im Finanzausschuss zu dienen. Deswegen ist die CDU-Landtagsfraktion vor dem Hintergrund der total verfehlten Haushaltsentwürfe und der im Ergebnis katastrophalen Finanzlage nach wie vor der Auffassung, dass es im Gegensatz zu den Vorjahren jetzt am Ende der Legislaturperiode absolut keinen Sinn mehr macht, am Haushalt mit detaillierten Einzelanträgen herumreparieren zu wollen. Wir machen den Bürgerinnen und Bürgern mit unserem **Entschließungsantrag** deutlich, wie eine künftige solide Finanzpolitik aussehen wird.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was Schleswig-Holstein braucht,

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

ist eine komplette Umkehr in der **Finanzpolitik**, eine **Trendwende**, wenn unser Land Zukunft gewinnen will.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von

der CDU - Meinhard Füllner [CDU]: Frau Fröhlich, Sie haben gar nichts begriffen!

- Frau Fröhlich, wir können gern über schwarze Kasernen reden. Wir können aber auch über den Politikstil hier im Hause reden. Ich denke, da haben wir Ihnen gegenüber sicherlich kein Defizit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Welchen Haushaltsantrag der Landesregierung wir beraten und welche Anträge hierzu zu stellen wären, wissen wir genau genommen erst seit verganginem Freitag, seitdem feststeht, welche Auswirkungen das **Vermittlungsausschussverfahren** auf den Landeshaushalt hat. Es ist schon eine Zumutung und Missachtung des Parlaments durch die Landesregierung, wenn die Veränderungen sozusagen mal eben übers Wochenende zur Kenntnis gegeben werden und der Haushalt dann heute, am Dienstag, verabschiedet werden soll.

Doch nun zu Ihrer Kritik an unserem Entschließungsantrag. Frau Heinold, es freut uns natürlich, dass sich die Regierung und die anderen Fraktionen des Hauses mit großem Eifer auf diesen Haushaltsantrag gestürzt haben und offenbar so begeistert sind, dass sie hierüber am liebsten schon in der vergangenen Landtagstagung in der vorigen Woche diskutiert hätten. Das ehrt uns und es ist schön zu sehen, dass die Regierung und die sie tragenden Parteien darüber völlig vergessen haben, offensiv ihre eigenen Vorschläge in die Öffentlichkeit zu bringen. Prima, offenbar gehen Sie davon aus, dass Sie sich in den kommenden Jahren nur noch mit unseren Haushalten auseinandersetzen müssen. Dafür werden wir kämpfen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist auch schön zu sehen, wie im Laufe der vergangenen Jahre die Vorschläge der CDU-Fraktion nach einer gewissen Schamfrist Stück für Stück von der Regierung Simonis/Steenblock übernommen und als eigene Ideen verkauft wurden.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Herr Nabel, auch wenn Sie einzuschlafen drohen, will ich Ihnen ein paar Beispiele nennen. - Ihre Müdigkeit liegt wahrscheinlich am gestrigen Abend und nicht an meiner Haushaltsrede.

(Beifall bei der CDU)

Jüngstes Beispiel ist das **Kieler Schloss**. Wir hatten bereits 1997 vorgeschlagen, das Kieler Schloss - allerdings ohne Rantzaubau - zu veräußern. Am 30. November dieses Jahres hat das Kabinett Simonis diesen Vorschlag nunmehr aufgenommen und den Gesamt-

verkauf inklusive Rantzaubau - was wir für falsch halten - beschlossen.

Frau Simonis, besonders bemerkenswert ist der missionarische Eifer in der **Beamtungspolitik**, den Sie bis vor kurzem an den Tag gelegt haben. Kurz vor Ende der Legislaturperiode sind Sie - zumindest im Schulbereich - eingeknickt und greifen unseren Vorschlag auf.

(Beifall bei der CDU)

Nach einem Eiertanz und Übergangstechniken, die den Steuerzahler wieder Millionen kosten, sind Sie bei diesem Thema endlich zur Vernunft gekommen, wenngleich die Lösung noch optimiert werden muss. Von Herrn Kubicki wird Ihnen zu Recht vorgeworfen, dass Sie wiederum 326 Millionen DM unnötige Kosten auf das Land gehäuft haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Hay, gefreut hat uns natürlich auch, dass unser Haushaltsvorschlag nach einer verstärkten **Zusammenarbeit der norddeutschen Behörden** Gegenstand und Ergebnis eines Treffens der norddeutschen SPD-Fraktionsvorsitzenden wurde. Das Statistische Landesamt sei danach ein gutes Beispiel dafür. Schön, dass unsere Vorschläge - die überwiegend schon in unserem Papier „Schlanker Staat“ von 1997 enthalten sind - auch über Kiel hinaus diskutiert werden und nun offenbar auch Eingang in die Reihen der SPD hier im Lande gefunden haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

So kann man die Reihe der klammheimlich übernommenen Haushaltsvorschläge immer weiter fortsetzen, sei es unser Vorschlag, Abteilungen und Referate in den Ministerien zusammenzulegen, oder auch so kleine Vorschläge wie zum Beispiel Einsparungen bei den mechanisch-biologischen Abfallanlagen vorzunehmen oder den Jugendcampingplatz Noer nicht mehr zu finanzieren. Hier sind Sie uns gefolgt und das finden wir gut so. Sie sollten nur ehrlich genug sein zu sagen, dass Sie keine Ideen haben und auf unsere Vorschläge angewiesen waren.

(Beifall bei der CDU - Lachen des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Mit unserem **Haushaltsantrag** ziehen wir einerseits **Bilanz** über das Gewesene und zeigen andererseits die **Perspektiven** einer neuen Haushaltspolitik einer von Volker Rühle geführten Landesregierung auf.

Bei unseren Einsparvorschlägen greifen wir natürlich einen alten Hut auf, nämlich die sofortige Beendigung der Entbeamtungspolitik, insbesondere im Schulbereich. Wie ich eben sagte, hat sich Frau Simonis die-

sen alten Hut inzwischen aufgesetzt. Er zielt sie nur nicht besonders. Frau Simonis, offenbar scheuen Sie sich, den noch in der Öffentlichkeit zu zeigen.

Nachdem die Landesregierung selbst nur zögerlich mit dieser Aktion begonnen hat, schrumpft der zur Verfügung stehende Einsparbetrag allmählich, was sehr bedauerlich ist. Mit verschiedenen weiteren Einsparungen im Personalbereich - von der Führungsebene bis zur Ebene der Vertretungs- und Aushilfskräfte - werden wir die Personalkostenquote senken. Insbesondere mit einer Wiederbesetzungssperre - mit Ausnahme der Tabubereiche Schulen, Hochschulen, Polizei, Justiz und Finanzverwaltung - werden wir kurzfristig Personalausgaben einsparen.

(Lachen der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das 1.600-Stellen-Programm der Landesregierung wird hingegen erst im Jahre 2040 finanzwirksam, wenn die letzten kw-Vermerke im Justizministerium endlich greifen. Bisher gibt es also bei Ihnen keine **Einsparpolitik**.

Wir wollen Kommissionen, Beiräte und alle sonstigen nebulösen Gremien, die noch zusätzlich mit und neben der Landesregierung agieren, konsequent auflösen. Das bringt sicher nicht die großen Einsparungen, ist aber ein Signal in die richtige Richtung. Gleiches gilt für das in zwölf Jahren sozialdemokratischer Politik eingerissene **Beauftragtenunwesen**.

(Beifall der Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU] und Peter Jensen-Nissen [CDU])

Dabei wird man natürlich den Landesbeauftragten für Datenschutz erhalten müssen. Meine Damen und Herren von Rot-Grün, es fragt sich jedoch, ob gerade der Haushalt des Datenschutzbeauftragten Jahr für Jahr erheblich stärker steigen muss als der Landshaushalt insgesamt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum? Ist der Datenschutz nicht auch Chefsache?)

- Frau Fröhlich, was nach der Übernahme der Landesregierung alles zur Chefsache wird, darüber reden wir noch. Sie werden sich noch wundern, wie konsequent wir hier im Lande eine Haushalts-, Finanz- und Konsolidierungspolitik betreiben werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe der Abgeordneten Holger Astrup [SPD], Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie Volker Rühle es angekündigt hat, werden wir den Grenzlandbeauftragten ebenfalls ausnehmen. Bei unserem weiteren Vorschlag, einen Titel für Ausgabereise aus Vorjahren zu streichen oder zumindest einzukürzen, ist es schon interessant zu beobachten, wie Sie diesen Titel Jahr für Jahr für Einsparungen nutzen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jüngstes Beispiel ist gerade der Änderungsantrag zum Haushalt 2000 von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei dem dieser Titel wieder mit 50.000 DM zur Deckung von Mehrausgaben erhalten muss. Ich frage mich bis heute, warum Sie diesen Titel nicht herausnehmen.

Bei der Durchforstung der **sächlichen Verwaltungsausgaben** hat sich im Haushaltsvollzug immer wieder gezeigt, dass darin noch beachtliche Luft ist: Durch Kürzungen bei Betriebsausgaben, Gutachten, Öffentlichkeitsarbeit, Werkverträge und so weiter sind weitere Einsparungen in großem Umfang möglich, die Sie bis heute nicht realisiert haben. Ich will in diesem Zusammenhang aber auch darauf hinweisen, dass die Sachausgaben bei der **GMSH** die Kosten für die Ministerien natürlich wieder hochtreiben werden. Dabei stelle ich mir dann doch die Frage, ob die GMSH wirklich schlank genug organisiert ist oder ob wir mit einer Privatisierung nicht weiteres Einsparpotential realisieren können.

Bei allem verstärkten Einsatz von Kommunikations- und Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung, den wir ausdrücklich fördern wollen, werden wir jedoch das Management und die Beschaffung effizienter und sparsamer gestalten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ebenso werden wir die **Datenzentrale** einer kritischen Betrachtung bei ihren öffentlichen Leistungsentgelten unterziehen. Denn auch bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts wollen wir, dass sie sich den frischen Wind des Wettbewerbs um die Nase wehen lässt.

Bei unserem Vorschlag, die Ausgaben für **Zuweisungen und Zuschüsse** ebenfalls nicht zu verschonen, war Ihr Aufschrei erwartungsgemäß groß. Wir wissen sehr wohl, dass aus den Titeln der Hauptgruppe 6 zahlreiche gesetzliche Leistungen an die Kommunen - zum Beispiel der kommunale Finanzausgleich - und an sonstige Träger zu leisten sind. Die Kürzungsmöglichkeiten werden dadurch natürlich erheblich eingeschränkt. Aber so manche Leistung, die von der Regierung als vertraglich unumstößlich dargestellt wird,

kann bei kritischer Betrachtung dennoch infrage gestellt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So könnte zum Beispiel die Unterbringung von Asylbewerbern, Frau Fröhlich, durch die freien Wohlfahrtsverbände durchaus günstiger gestaltet werden, wenn man diese Leistungen ausschreiben würde.

(Ingrid Franzen [SPD]: Gehen Sie einmal hin und erzählen ihnen das! - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei den Einsparungen werden wir allerdings von einer generellen Kürzung absehen. Vielmehr werden wir den Umfang der jeweiligen Förderung von einer Einzelfallprüfung auf **Effektivität** der Maßnahme und **Effizienz** der Verwaltung abhängig machen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber die Verwaltung kann man nicht einsparen!)

Dabei kann es durchaus vorkommen, Frau Fröhlich, dass einzelne Empfänger überhaupt nichts mehr bekommen - wie zum Beispiel die Naturschutzverbände neben dem Landesnaturschutzverband,

(Ingrid Franzen [SPD]: Ah! Das ist interessant! - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

der nach wie vor und umfänglich gefördert werden soll -, dass andere, wie ich oben bereits sagte, eine Kürzung hinnehmen müssen und dass wiederum andere Gruppierungen den gleichen Betrag wie bisher erhalten sollen wie zum Beispiel die hier schon erwähnte Verbraucherzentrale. Insofern also: Kein Rasenmäher, sondern eine konsequente Durchforstung mit dem Einsparpotential, das wir hier deutlich gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] )

Mit unserem weiteren Vorschlag, den Landesanteil an der **Sozialhilfe** um 40 Millionen DM zu kürzen, ist uns offenbar eine Punktlandung gelungen. Ministerin Moser hat gerade in der vergangenen Woche erklärt, dass das Land bei der Sozialhilfe 1999 rund 43,7 Millionen DM sparen werde und auch im Jahr 2000 Einsparungen in Höhe von 44,8 Millionen DM zu erwarten seien. Finanzminister Möller hat dies natürlich gleich wieder in den Topf für sein Vermittlungsausschussverfahren gesteckt. Aber immerhin, die Einsparung ist da.

Immer wieder wird von Ihnen angezweifelt, ob der **Verkauf der NordwestLotto** 130 Millionen DM

bringt. Frech behaupten Sie immer wieder, dass das zu schweren Verlusten bei den Verbänden führen würde, die nichts mehr aus den Zweckerträgen erhielten.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ich will Ihnen das noch einmal erklären: Das ist absolut falsch! Wir werden die Lottogesellschaft unter Beibehaltung der Zweckerträge verkaufen. Dass diese Lösung machbar ist, hat Niedersachsen bewiesen. Selbst Finanzminister Möller

(Zuruf von Minister Claus Möller)

- Natürlich, Herr Finanzminister! In der mittelfristigen - -

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wenn Sie Niedersachsen nicht glauben - Herr Aller versteht ein bisschen mehr von Finanzpolitik als Sie hoch drei, Herr Hentschel!

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt doch nicht, was Sie da sagen!)

Aber wenn Sie ihm nicht glauben, dann glauben Sie doch Ihrer eigenen Regierung. Selbst Finanzminister Möller hat in seine mittelfristige Finanzplanung eine Einnahme von 100 Millionen DM eingestellt. Unsere eigenen Recherchen haben ergeben, dass durchaus mehr als 100 Millionen DM möglich sind.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht mit der Lottogesellschaft! Das haben Sie falsch verstanden! - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wenn Sie von der **LEG** und der **WOBAU** hören wollen, Frau Heinold, gehe ich gern darauf ein. Das hat offenbar Ihre Fantasie so angeregt, dass Frau Kollegin Gröpel schon in der Landtagstagung der letzten Woche kaum an sich halten konnte, dieses Thema zu diskutieren. Immer wieder behaupten Sie - ohne das bis jetzt belegen zu können -, dass die 500 Millionen DM nicht zu erzielen seien. Wir haben uns daraufhin noch einmal den Umdruck 14/1815 angesehen, der Gegenstand der Beratung in der Finanzausschusssitzung am 23. April 1998 war. In diesem Umdruck wird unter der schönen Überschrift - Herr Möller! - „Betriebswirtschaftliche Optimierung des LEG-Unternehmensverbundes“ wortreich dargestellt, wie die LEG letztlich um 250 Millionen DM erleichtert werden soll. Bei der Refinanzierung der WOBAU/LEG sollten mit dem Verkauf von 1.000 Wohnungen netto 46 Millionen DM erzielt werden.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Nun kann ich Ihnen eine Milchmädchenrechnung auf-tun, die ganz einfach ist: Wenn 1.000 Wohnungen 46 Millionen DM bringen - -

(Zuruf von der SPD)

- Nein, wir sind ja nicht so unseriös wie Sie, aber damit es so schlichte Gemüter wie Sie verstehen, will ich Ihnen das sagen:

(Beifall bei der CDU)

Wenn 1.000 Wohnungen 46 Millionen DM bringen, dann bringen 11.000 Wohnungen nach Ihrer Dreisatzrechnung rund 500 Millionen DM.

(Holger Astrup [SPD]: Wenn das Leben so einfach wäre! - Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die LEG hat 18.800 Wohnungen; jedenfalls weist das ihr Geschäftsbericht aus. Frau Gröpel hat ja halbwegs richtig von 18.000 Wohnungen geredet. Die LEG spricht von 16.000 Wohnungen, weil sie 2.000 Wohnungen in ein Leasingverfahren überführt hat, aber damit sind sie doch nicht aus dem Vermögen herausgenommen.

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hentschel?

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herrn Hentschel gebe ich lieber irgendwann einmal ein Privatissimum. Nein! - Die LEG hat zurzeit mindestens 18.000 Wohnungen verfügbar.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Dazu lade ich Sie gern ein, Herr Hentschel! Im Übrigen weiß ich genau, dass 16.000 Wohnungen kurzfristig nicht realisierbar sind. Sie müssten aber nach einer normalen Rechnung etwa 736 Millionen DM für das Land ergeben. Da dieser Betrag aber kurzfristig nicht realisierbar ist, haben wir vorsichtig

(Holger Astrup [SPD]: Der Satz ist aber neu!)

500 Millionen DM eingestellt. Die stehen in unserem Entschließungsantrag drin. Herr Astrup, wenn Sie unseren Entschließungsantrag richtig lesen,

(Holger Astrup [SPD]: Den habe ich gerade vor mir liegen!)

- dann schauen Sie bitte da rein -, werden Sie sehen, dass da steht: nach dem KWG-Modell. Das bedeutet

ja im Zweifel nicht einmal einen Einzelverkauf der Wohnungen, sondern das kann auch einen Verkauf zur Gesamthand bedeuten.

(Holger Astrup [SPD]: Das genau ist das Problem!)

Nun jammern Sie nicht, dass irgendwelche sozialen Probleme entstünden oder das Mietrecht eingeschränkt würde. Das Mietrecht steht durch. Soziale Probleme entstehen nicht. Bei der KWG haben wir festgestellt, dass die Wohnungen saniert und die Mieten gleichzeitig gesenkt worden sind, dass also Vorteile für die Mieter entstanden sind und nicht etwa das Gegenteil.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Selbst wenn Sie die KWG hochrechnen, Herr Minister, müssen Sie bitte einmal darauf schauen, dass der Erwerber auch Sanierungsverpflichtungen übernommen hat. Daher sind Ihre Rechnungen, wonach ein Quadratmeterpreis in einer Größenordnung von in etwa 13.300 Mark erzielt worden sei, absolut falsch.

(Holger Astrup [SPD]: 2.350 DM!)

Sie müssen natürlich den Sanierungsstau draufpacken. Dann kommen Sie bei der KWG auf weitaus höhere Sätze. - Im Übrigen stimmen die 2.350 DM für den Quadratmeterpreis dann, Herr Astrup, wenn ich einen Vollerlös von Wohnungen bei der Veräußerung der LEG erzielen will, aber vergesse - und das tun Sie leicht -, dass von den Steuern, die Sie mit fiktiv 48 % angenommen haben, die Hälfte dem Land wieder zufließt. Im Übrigen sollten Sie wissen, dass das, was im Buchwert erlöst wird, steuerfrei bleibt, und dass das, was an Schulden abgelöst wird, ebenfalls nicht der Steuer unterfällt. Das heißt: Nur der den Buchwert übersteigende Betrag wird bei der LEG steuerpflichtig.

Wenn Sie nun - das ist der Punkt, natürlich! - einen Durchschnittspreis - damit Sie es auch kapierten, zunächst einmal folgendes -, einen Durchschnittsbuchwert von 74.000 DM pro Wohnung zugrunde legen, - -

(Günter Neugebauer [SPD]: Das wird immer schlimmer! - Caroline Schwarz [CDU]: Passen Sie mal auf!)

- Sie müssen einmal nachrechnen, Herr Neugebauer! Sie behaupten nur; Sie rechnen nicht. Wir haben gerechnet. Das ist der Unterschied.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nennen Sie mal einen Quadratmeterpreis!)

Wenn Sie also einen **Buchwert** von 74.000 DM zugrunde legen, durchschnittliche Schulden von rundweg 63.000 DM abziehen, bleibt Ihnen immer noch eine

freie Spitze von 11.000 DM, die nicht zu versteuern ist. Wenn ich von den 11.000 DM bis zu den 46.000 DM netto pro Wohnung kommen will, muss ich weitere 35.000 DM netto erzielen. Nun ist das keine Vom-, sondern eine In-Hundert-Rechnung, Herr Lehrer Astrup! Das bedeutet, ich müsste die 48 % in Hundert draufrechnen und käme damit auf etwas über 90.000 DM.

(Konrad Nabel [SPD]: Ist das hier wirklich eine Haushaltsdebatte?)

- Sie brauchen diese finanzpolitische Nachhilfestunde offenbar, weil Sie im Finanzausschuss nicht in der Lage sind zu kapierten.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese In-Hundert-Rechnung müssen Sie wieder reduzieren, Herr Astrup,

(Holger Astrup [SPD]: Ich bin gerade dabei!)

nämlich um die 50 % Steuern, die dem Land aus der Körperschaftsteuer oder der Einkommensteuer zufließen. Dann kommen wir zu realistischen Größenordnungen.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Weil Sie offenbar zum einen Teil nicht in der Lage und zum anderen Teil nicht willens sind, das nachzuvollziehen, geben wir Ihnen das noch einmal schriftlich. Wir haben eine seriöse Rechnung vorgelegt. Wir sind davon überzeugt, dass wir diese 500 Millionen DM mit Leichtigkeit erwirtschaften werden.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Kayenburg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann reduziert sich Ihr Gewinn um 17 %!)

**Martin Kayenburg** [CDU]:

Erstens: Keine Zwischenfrage!

Zweitens zum Zwischenruf: Wenn es 17 % sind, ist unsere Rechnung noch sicherer! Vielen Dank, Herr Hentschel!

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie mal den Quadratmeterpreis, den Sie erzielen müssten!)

- Der Quadratmeterpreis liegt bei der Komplettrechnung auf Hundert - da haben Sie Ihren Fehler gemacht; ich habe den Zwischenruf wohl gehört - bei 2.350 DM. Aber wenn Sie die Steuern abrechnen, die dieses Land aus dem Steuerausgleich bekommt, kommen Sie in eine Größenordnung von etwa 2.100 und ein bisschen Mark.

(Ingrid Franzen [SPD]: Das müssen Sie netto drauflegen! Prima!)

Wir haben das berechnet. Wenn Sie dann den **Sanierungsstau**, der bei der KWG da war und der bei diesen Wohnungen nicht vorhanden ist, abrechnen, kommen Sie auf deutlich unter 2.000 DM pro Quadratmeter pro Wohnung.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist gewagt, Herr Kayenburg!)

- Das ist nicht gewagt; das ist realistisch! - Wir sind davon überzeugt - wir wissen es auch -, dass für diesen Preis Anbieter auf dem Markt vorhanden sind. Kapital - ich erinnere nur an die Eisenbahnerwohnungen - ist zur Genüge vorhanden.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da gab es eine kräftige Nachhilfe! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Sie sehen, wie wenig Probleme wir mit Eisenbahnerwohnungen haben!

Ich erkläre mich bereit, Ihnen eine finanzpolitische Nachhilfestunde im Ausschuss zu geben.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eisenbahnerwohnungen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Wir haben weiteres Einsparpotential. Wegen des Rückgangs der Asylbewerberzahlen wollen wir **Kostenreduzierungen** im Ausländerbereich vornehmen und ebenfalls auf Eine-Welt-Projekte verzichten. Es kann nicht Aufgabe des Landes sein, bei einer derart desolaten Finanzlage des Landes - die ich eben erwähnt habe - entwicklungspolitische Maßnahmen zu finanzieren.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit den 300.000 DM sanieren Sie den Haushalt! Das ist die Lösung!)

Zweifellos ist Entwicklungspolitik jetzt richtig und die

Projekte sind gut, aber Entwicklungspolitik ist Aufgabe des Bundes und dem sollten wir sie überlassen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Diese 300.000 DM sollen es bringen, oder wie?)

Die mechanisch-biologische Abfallbehandlung habe ich erwähnt. Wir können da leider nur noch eine Million DM sparen, weil Sie da inzwischen ein bisschen einsichtig geworden sind.

Für nicht vertretbar halten wir die Grundstücksankäufe für den **Naturschutz** in dem bisherigen Rahmen. Die Behauptung, dass die Ankäufe aus zweckgebundenen Einnahmen der Lotterie 77 und der Grundwasserabgabe finanziert würden und damit nicht entfallen könnten, ist nur teilweise richtig. Sie finanzieren darüber hinaus Grundstücksankäufe aus originären Haushaltsmitteln. Das muss in der derzeitigen Haushaltssituation wirklich nicht sein. Wir werden Vertragsnaturschutz fördern und dafür die zweckgebundenen Einnahmen verwenden.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich sind wir der Auffassung, dass auch die Leistungsentgelte für Verwaltungsaufgaben, unter anderem für die Investitionsbank, kritisch unter die Lupe genommen werden müssen. Wir sind davon überzeugt: Hier gibt es weitere Einsparpotentiale.

Im Übrigen verweise ich noch einmal auf unseren Entschließungsantrag. Vielleicht haben Sie ihn an dieser Stelle ein bisschen besser gelesen. Darin kommen wir auf Umstrukturierungs- und Einsparvorschläge in Höhe von 900 Millionen DM. Ich will einmal den Vergleich ziehen zwischen 900 Millionen DM und den von Ihnen benannten mickrigen 1,8 Millionen DM. Das nenne ich finanzpolitisches Umsteuern, nicht Ihre Peanuts-Anträge!

(Beifall bei der CDU - Zurufe der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind überzeugt, Frau Heinold, dass die Perspektiven unserer neuen Haushaltspolitik gerade in den großen Linien deutlich werden. Das Herumwurschteln in Kleinklein mit 1.000-DM-Anträgen führt uns nämlich wirklich nicht weiter.

(Holger Astrup [SPD]: Dann lieber Luft! - Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das von mir aufgezeigte **Einsparvolumen** beziehungsweise die Umstrukturierung ermöglichen es uns darüber hinaus, im Haushalt 2000 Schwerpunkte zu

setzen. So gestalten wir den Haushalt zukunfts- und wachstumsorientiert. So eröffnen wir neue Perspektiven für die Erhaltung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. So schaffen wir die Grundlage für eine gerechte Ausgestaltung einer auf Chancengleichheit bedachten und wettbewerbsorientierten Bildung.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie privatisieren die Landesforsten!)

So können wir die von Bürgerinnen und Bürgern zu Recht erwartete innere Sicherheit im Land garantieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich will nicht im Einzelnen auf die **Senkung der Netto-neuverschuldung**, auf die 1.000 neuen Lehrerinnen und Lehrer - die sie bei uns abgeschrieben haben - eingehen beziehungsweise - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Olle Kamellen, Herr Kayenburg! - Zurufe der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wenn Sie das möchten, gehe ich auch darauf gern ein, Frau Heinold! Wir haben eine Senkung der Netto-neuverschuldung um 400 Millionen DM vorgesehen und wir wollen Altschulden in der Größenordnung von 200 Millionen DM abbauen. Für diese insgesamt 600 Millionen DM werden wir die Mittel aus dem Verkauf der WOBAU-Wohnungen und dem Verkauf der NordwestLotto einsetzen. Wenn Sie an diesen 600 Millionen DM dann noch Zweifel haben, will ich deutlich machen, dass wir natürlich - dann wird es für Sie plausibel; das haben wir aber immer gesagt - den Verzicht auf die 250 Millionen DM aus dem Immobiliendeal einrechnen. Dann sollte dieses Einsparvolumen auch für Sie nachvollziehbar sein. Wenn nicht, bekommen Sie auch das schriftlich.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können keine Schulden abbauen, solange Sie neue machen!)

- Das haben wir Ihnen doch in unserem Entschließungsantrag gezeigt! Das Sie es nicht kapiert haben, haben Ihre Zwischenrufe deutlich gemacht.

Wir wollen außerdem Schluss machen mit dem Griff in die Taschen der Kommunen. Wir werden den Finanzausgleich nicht um 50 Millionen DM kürzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden ein Zukunftsprogramm für **Wachstum** und **Technologie** „Schleswig-Holstein 21“ mit

150 Millionen DM zur Verfügung stellen. Ich betone ausdrücklich, dass es sich dabei um ersparte 150 Millionen DM handelt. Zusammen mit den angekündigten EU-Mitteln und Bundesmitteln und den bereits vorhandenen Landesmitteln werden wir dann das gesamte Zukunftsprogramm gestalten. Während Frau Simonis ihr Zukunftsprogramm schon einmal mit dem hübschen Namen „ziel“ - Zukunft im eigenen Land - versieht, ohne genau zu wissen, wie viel EU-Mittel wirklich kommen, frage ich mich überhaupt: wieso „Zukunft im eigenen Land“? Sie haben dafür 11 ½ Jahre Zeit gehabt. Nichts ist passiert! Das ist doch Ihr Problem.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir werden diese Zukunft gestalten. Sie hätten lieber mehr Phantasie darauf verwenden sollen, wie Sie diesen Landeshaushalt mit Einsparungen hätten sanieren können, statt neue Begriffe zu erfinden.

Zukunftsinvestitionen in die Bereiche Hochschulen, Bildung und innere Sicherheit habe ich erwähnt. Die Budgets der Hochschulen werden wir deutlich verbessern.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Um wie viel?)

- Wie oft soll ich Ihnen die Zahlen denn noch vorbeuten? Wir haben sie Ihnen doch schon genannt.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wir sind bei der CAU besser als Sie. Es hilft doch nichts, dass ich Ihnen alle Zahlen einzeln vorbete. Ich kann Ihnen das auch für den Bereich der inneren Sicherheit sagen.

Es ist doch nicht so, dass wir uns bei dem Entschließungsantrag nicht genau überlegt haben, was dahinter steht. Wenn Sie es unbedingt wollen - ich habe die Unterlagen hier -, kann ich Ihnen vielleicht die eine oder andere Zahl nennen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Holger Astrup [SPD]: Herr Rühle hat 25 Millionen DM in Flensburg versprochen! Wie soll das denn passieren?)

- Sie sollten sich lieber überlegen, wie Sie die Halle in Flensburg finanzieren wollen, Herr Astrup. Der Sportverein hat inzwischen gesagt, er gehe da nicht rein.

Wir haben solide finanziert und hinter unserem Entschließungsantrag stehen Einzelanträge.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir haben genug Mittel für die Bildung, wir haben genug Mittel für die innere Sicherheit und wir haben genug Mittel für Wachstum und **Arbeitsplätze**.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Nur um schnell an einem kleinen Beispiel deutlich zu machen, was hinter diesem Antrag steht: für mehr Polizeibeamte, für Stellenhebungen im mittleren Dienst, für Stellenhebungen im Vollzugsdienst,

(Zurufe von der SPD)

für mehr Investitionen für die Polizei, vor allem Kommunikationstechnik und Fahrzeuge, für die Einrichtung einer zusätzlichen Strafkammer - was hätten Sie denn dazu gesagt? -, für die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft im Einzelnen aufgeschlüsselt! Nur macht es doch keinen Sinn, solche Vorschläge mit Ihnen zu diskutieren, die Sie ohnehin nicht realisieren,

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die wir aber mit unserem nächsten Haushalt für die Zukunft dieses Landes realisieren wollen.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich betone nochmals: Schleswig-Holstein braucht in der Finanzpolitik einen Neuanfang. Die Bürgerinnen und Bürger haben am 27. Februar zu entscheiden. Und da gilt natürlich, Herr Hay, was Sie gesagt haben: „Liebe Heide, auch am 27. Februar werden die Bürgerinnen und Bürger des Landes nach der Qualität des Geleisteten und nicht nach Versprechen und Kraftmeierei entscheiden.“

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: So ist es! Dann ist es ja gut! - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer zuletzt lacht, lacht am besten, und wer zuletzt kämpft, wird den Sieg davontragen. Und das Geleistete? Das kann ich Ihnen sagen, wohin das führt. Das führt weiterhin auf das Abstellgleis. Das führt weiterhin dazu, dass Schleswig-Holstein mit Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland und Thüringen um die rote Laterne des Wachstumszuges kämpft. Das ist Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik!

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat denn zuerst gelacht, Herr Kayenburg?)

Dieses Land hat mit Volker Rühle eine Zukunft.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Volker Rühle werden wir die Spitzengruppe der Bundesländer erreichen. Ich bin sicher, die Schleswig-Holsteiner entscheiden sich am 27. Februar für Volker Rühle, für die CDU, für die Zukunft.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Meine Damen und Herren, zunächst begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Klaus-Groth-Schule aus Neumünster. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit fast vier Jahren wird Schleswig-Holstein rot-grün regiert. Dies sind vier gute Jahre für unser Land gewesen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

vier Jahre **Investitionen in die Zukunft**, in sichere Arbeitsplätze, in gute Bildung und Ausbildung unserer Kinder,

(Zurufe von der CDU)

in moderne Technologien, in eine umweltfreundliche Energieversorgung und in den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, vier Jahre einer menschenfreundlichen Ausländer- und Flüchtlingspolitik und einer liberalen Innen- und Rechtspolitik, vier Jahre, in denen Schleswig-Holstein bundesweit seine herausragende Stellung bei der Gleichstellung von Frauen und Männern ausgebaut hat, sich der Förderung und dem Schutz von gesellschaftlichen Minderheiten angenommen hat und bundesweit zum Vorreiter einer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungen wurde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Schleswig-Holstein steht mit seinen Ausgaben für die Bildung unserer Kinder an zweiter Stelle der Bundesländer. Allein mit diesem Haushalt sichern wir 200 neue Planstellen für junge Lehrerinnen und Lehrer, die zum 1. August an die Schulen kommen werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Großartige Leistung!)

Die über 5.000 jungen Lehrkräfte, die in den nächsten fünf Jahren an die Schulen kommen werden, werden

neue Energie für die veränderten Bedingungen bringen.

Schleswig-Holstein ist das Land der kleinen Klassen. In allen Schularten liegt die Zahl der Schülerinnen und Schüler pro Klasse deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Die höheren Kosten dafür werden sich auszahlen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ebenso werden wir den Erhalt eines wohnortnahen Schulangebotes weiter verbessern. Sechs- bis zehnjährige Kinder sollen nicht morgens und mittags in Schulbussen stundenlang durch die Gegend gefahren werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

CDU und F.D.P. - so jedenfalls der Rückschluss - wollen kleine Grund-, Haupt- und Realschulen schließen. Anders sind Ihre Finanzpläne gar nicht zu realisieren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch eine Unverfrorenheit! - Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.)

Wir Grünen wollen die Grundschule im Dorf lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mal auch die Kirche im Dorf! Und wir wollen auch im ländlichen Raum Haupt- und Realschulen erhalten. Dort, wo die Schülerzahlen dafür nicht ausreichen, streben wir den Zusammenschluss von Haupt- und Realschulen zu Regionalschulen an. Es wird - da können Sie noch so sehr Zeter und Mordio schreien, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition - in Schleswig-Holstein neue Gesamtschulen geben; denn wir wollen die Vielfalt der Schullandschaft.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist uns klar!)

Wir wünschen uns vom Kultusministerium, dass es die Entscheidung der Eltern in Ratekau respektiert und so schnell wie möglich die Einrichtung der neuen **Gesamtschule** genehmigt.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das also!)

Seit 1997 fördert das Land die betreute Grundschule. Drei Jahre später können sich die Eltern an mehr als jeder dritten Grundschule darauf verlassen, dass ihre Kinder bis 13 Uhr gut betreut sind,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nämlich durch Erzieherinnen und Erzieher sowie durch andere pädagogische Fachkräfte. Das Land hat dafür von 1997 bis heute mehr als 2 Millionen DM ausgege-

ben. Im nächsten Jahr kommen noch einmal über 1,5 Millionen DM dazu. Damit wurden 162 neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Trägerschaft für die entsprechenden Initiativen haben in vielen Fällen engagierte Eltern übernommen. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie wir Grüne uns die Schule der Zukunft vorstellen, nämlich als Ort, an dem Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer gemeinsam die Rahmenbedingungen für kindgerechtes Lehren und Lernen gestalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das neue Schulgesetz, das wir im letzten Jahr verabschiedet haben, ist ein erster Schritt in diese Richtung gewesen. Der einzelnen Schule wurde mehr Eigenverantwortlichkeit zugestanden. Entscheidungen werden von den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der drei Gruppen an der Schule gemeinsam getroffen. Die Landesschülervertretung der Gymnasien und Gesamtschulen, die kürzlich eine Presseerklärung unter dem Titel „Ran an die Schulkonferenz“ veröffentlichte, hat das verstanden, die CDU-Fraktion leider nicht, wenn sie behauptet, die **Demokratisierung von Schulen und Hochschulen** diene lediglich der späten Selbstverwirklichung der 68-er Generation. Das ist nichts als zersetzende und irreführende Polemik.

(Lachen des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Den Kindern, den Schülerinnen und Schülern in diesem Lande tun Sie damit keinen Gefallen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Aber auch über die Schule hinaus ist unser Land bundesweit führend in der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Demokratie des Landes. Als erstes Bundesland hat Schleswig-Holstein ihr Mitbestimmungsrecht in der **Kommunalverfassung** verankert. Mittlerweile gibt es 150 Projekte, in denen Kinder und Jugendliche ihre unmittelbare Lebenswelt mitgestalten. Sie wirken mit bei der Planung und dem Bau von Spielräumen, Skateanlagen, Freizeitparks bis hin zu Maßnahmen der Verkehrsberuhigung und kommunalen Entwicklungsplanung. Ihre Beteiligung an Einzelprojekten mündet in erwünschter Einmischung in lokale Politik. Und seitdem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mitregieren, dürfen auch 16-Jährige die Kommunalparlamente mitwählen.

Angelika Birk, unsere Ministerin, kann auch sonst eine erfolgreiche Bilanz vorweisen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ach!)

Im jahrelangen Streit über die Erstattung der Jugendhilfekosten wurde eine für alle Seiten zufrieden stellende Lösung gefunden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Kinderschutzzentren** in Kiel und Lübeck wurden finanziell abgesichert, ein neues Kinderschutzzentrum Westküste in Heide gegründet. Mehr als 20.000 in der Jugendarbeit engagierte Menschen können mit der Jugendleitercard eine BahnCard billiger erwerben. Damit wurde ein lang gehegter Wunsch der Jugendverbände erfüllt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ausgaben für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik wurden trotz des engen finanziellen Spielraums des Landeshaushalts kontinuierlich gesteigert. Im Haushalt 2000 stehen 173 Millionen DM zur Verfügung, 10 Millionen DM mehr als im Haushalt 1996.

Auch die Mittel für die Förderung von Frauen und Mädchen wurden stetig aufgestockt. Besonders froh bin ich persönlich darüber, dass es gelungen ist, im Haushalt 2000 das Mädchenhaus „Lotta“ in Kiel zu sichern.

Die Landesregierung betreibt darüber hinaus bei der Strukturreform des öffentlichen Dienstes in der Privatwirtschaft eine aktive Frauenförderung und hat hierfür neue politische Instrumente entwickelt, zum Beispiel die Koppelung von Frauenförderung an die Auftragsvergabe, die Teilzeittoffensive für Männer oder den Wettbewerb „Chancengleichheit durch Personalentwicklung“. Alle diese Dinge machen unser Land zukunftsfähig, nicht aber merkwürdige Rechenstunden hier im Landtag.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ausreichend bezahlbarer, gesunder und umweltgerechter **Wohnraum** ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Die Landesregierung hält deshalb zu Recht an der Förderung des sozialen Wohnungsbaus fest. Die Effizienz der Mittelvergabe wurde so deutlich verbessert, dass die Landesregierung 1998 mit dem Innovationspreis der Zeitschrift „Immobilien-Manager“ ausgezeichnet wurde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Auch das freut uns sehr.

Ich begrüße, dass der Mietwohnungsbau und der Eigenheimbau je zur Hälfte gefördert werden. Auch dies ist eine Form eigenverantwortlicher Altersvorsorge. Hier haben besonders wir Grünen in der Diskussion um die Rentenreform umgedacht, denn nur wer sich

selber verändern kann, wird auch die Verhältnisse ändern. Daran mangelt es bei Ihnen in der CDU aber und das ist das Problem, Herr Kayenburg. Das sage ich Ihnen in allem Ernst.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der oft belächelte Neuzuschnitt des Ministeriums für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau hat sich als Anstoß für eine Neuorientierung in der Bauförderung unter den Gesichtspunkten „ökologisches Bauen“ und „kinder- und frauenfreundliche Planung“ erwiesen. Mit dem in diesem Jahr gestarteten Programm „Soziale Stadt“ werden soziale Problemgebiete besonders gefördert.

(Beifall bei der SPD)

Das Programm „Zukunftsweisendes Bauen“ fördert Projekte, die zum Klima- und Ressourcenschutz beitragen können. Das erste vollständig PVC-freie Miets- haus steht in Norderstedt. Auch darauf kann Schles- wig-Holstein stolz sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Niedrig-Energie-Haus wurde Standard im sozia- len Wohnungsbau. Mit fast 6 Millionen DM in fünf Jahren fördern Landesregierung und Energiestiftung ein Impulsprogramm zur wärmetechnischen Gebäu- desanierung. Das alles ist Zukunftspolitik, Herr Kay- enburg - auch wenn Sie jetzt lieber telefonieren wol- len.

Mit Maßnahmen wie diesen ist Schleswig-Holstein bundesweit zum Spitzenreiter im **Klimaschutz** und im **Energiesparen** geworden. In allen alten Bundeslän- dern ist der Energieverbrauch angestiegen, nur in Schleswig-Holstein hat er sich seit 1990 stabilisiert,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

obwohl die Bevölkerung um 5 % gewachsen ist, die Wohnfläche um 11 % zugenommen hat und das Brut- toinlandsprodukt um mehr als 13 % angestiegen ist. Trotzdem hat sich der Energieverbrauch bei uns stabi- lisiert.

Da werden wir dem gerecht, was der Leiter der Um- weltbehörde der Vereinten Nationen, Klaus Töpfer, erst kürzlich in dem Bericht zur ökologischen Lage der Welt dargelegt hat, dass es nämlich fast zu spät sei, den **Treibhauseffekt** zu stoppen. Merken wir das nicht alle an zunehmenden und immer schrecklicher werdenden Stürmen, selbst hier bei uns im Norden? Dabei sind wir noch in geringerem Umfang bedroht als beispielsweise die Philippinen, die unterzugehen dro- hen, wenn wir so weiter machen.

(Konrad Nabel [SPD]: Das interessiert die CDU nicht! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Deswegen müssen wir ja auch die Kernkraft- werke abschalten!)

Aber das interessiert Sie auf dieser Seite des Hauses so gut wie überhaupt nicht; da wird allenfalls Polemik betrieben und eine zehnjährige Pause im Umweltschutz verordnet.

Unter Rot-Grün geht unser Land bei der Bekämpfung der globalen Klimaerwärmung mit gutem Beispiel voran. Das ist gut für uns alle - und im Übrigen auch für Sie.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ebenfalls führend ist Schleswig-Holstein nach vier Jahren rot-grüner Regierung in der Nutzung der Windkraft und der Photovoltaik. Bereits jetzt werden 15 % unseres **Stroms aus Windkraft** erzeugt, in wenigen Jahren wird es ein Viertel sein. Die ur- sprünglich vorgesehene Grenze von 1.200 MW bei der Ausweisung von Standorten für Windkraftwerke wur- de auf Drängen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgehoben. Gleichwohl hat es eine sehr gute und mit den Bürgern abgestimmte Planung dafür in diesem Land gegeben, sodass jetzt Frieden in der Windkraft- planung herrscht.

Die ökologische Steuerreform und das neue Stromein- speisungsgesetz, das zurzeit in Berlin beraten wird, werden der Erzeugung von Energie aus regenerativen Quellen weiteren Auftrieb geben. Das ist gut für unser Land, denn damit werden zukunftssichere Arbeitsplät- ze geschaffen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Allein durch die Nutzung von Windenergie, durch die Entwicklung und den Bau von Windkraftanlagen wer- den jetzt, nach vier Jahren Rot-Grün, 5.000 Menschen beschäftigt.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mehr als in der Atomindustrie, Herr Kayenburg! - Thomas Stritzl [CDU]: Ihr betreibt ja auch die Windkraftanlagen mit Atomenergie!)

- Mehr als in der Atomindustrie, sehr richtig, Herr Kollege! - Die Bedeutung der Windkraft für die Ar- beitsplätze in Schleswig-Holstein hat sich erst kürzlich bei der Insolvenz der Husumer Schiffswerft erwiesen. Ich hoffe sehr, dass der rentable Windanlagenbau den

für die Westküste unerlässlichen Schiffsreparaturbetrieb mittragen wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Erzählen Sie doch einmal, was nach 2002 die Folge sein wird!)

Seit 1996 ist Schleswig-Holstein Vorreiter einer nachhaltigen Umweltpolitik geworden, die alle gesellschaftlichen Gruppen einbezieht und die die Kooperation mit der Wirtschaft sucht. Herr Hay hat eindrucksvolle Zitate dafür gebracht. Die **ökologische Modernisierung** unseres Landes haben wir auf einen guten Weg gebracht. Markenzeichen der Umweltpolitik von Rainer Steenblock sind die konsequente Förderung von ökologischen Produktionstechniken und das Öko-Audit-Programm in zahlreichen Branchen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und der Untergang der „Pallas“!)

Die Landesforsten werden nach dem weltweit strengsten Standard für naturnahe Forstwirtschaft bewirtschaftet und erstmals wurden 14 Wasserschutzgebiete ausgewiesen, ein Meilenstein auf den Weg zu einem wirksamen Grundwasserschutz. Auch das ist eine wichtige Investition in die Zukunft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur können Sie das heute noch nicht schmecken und fühlen; deswegen registrieren Sie es gar nicht, Herr Kayenburg. Das ist das Problem.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zehn neue Naturschutzgebiete, darunter das Wakenitztal und die Elbinsel Pagensand, wurden ausgewiesen und als eines der ersten Bundesländer hat Schleswig-Holstein mit der Meldung von 202 Schutzgebieten für das europäische „Natura 2000“-Programm die deutschen Verpflichtungen gegenüber der EU vollständig abgearbeitet. Auch das ist ein Erfolg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und last but not least: Mit dem neuen **Nationalparkgesetz** wird unser größtes Naturerbe wirksamer als bisher geschützt.

Ich möchte an dieser Stelle noch das Freiwillige Ökologische Jahr und das Freiwillige Soziale Jahr als attraktive Angebote für Jugendliche erwähnen, die Erfahrungen in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen sammeln können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich, dass wir mit dem Haushalt 2000 die bereits erreichten 70 Plätze für das freiwillige ökologische Jahr in Schleswig-Holstein abgesichert haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Auch wirtschaftlich steht Schleswig-Holstein unter Rot-Grün gut da. Im November dieses Jahres sind knapp 9.000 Menschen weniger ohne Arbeit als im November 1998. Hier zeichnet sich hoffentlich ein Trend ab, nach dem es aufwärts geht - auch dank der rot-grünen Regierung auf Bundesebene. Gleichzeitig gibt es fast 3.000 offene Stellen mehr als vor einem Jahr. Das macht mich so hoffnungsvoll; an dieser Stelle sollten wir weiter arbeiten.

Unsere Arbeitslosenquote ist niedriger als die in Hamburg. Wir haben mehr Unternehmensansiedlungen als andere Flächenländer aufzuweisen und darunter sind mehr Hightech-Firmen als in allen anderen Bundesländern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stimmt nicht!)

Landesregierung und Wirtschaft haben in einer gemeinsamen Kraftanstrengung in jedem der letzten drei Jahre mehr Ausbildungsplätze für Jugendliche geschaffen als benötigt wurden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hochschulabsolventinnen und -absolventen werden gezielt in kleinen und mittleren Betrieben eingesetzt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die haben Sie geschaffen?)

Die Landesregierung wird dies allein im nächsten Jahr mit einer Million DM fördern.

Durch die Ausweitung der **Existenzgründungsberatung** und ein spezielles Förderprogramm für die Selbstständigkeit von Frauen ist Schleswig-Holstein das Existenzgründungsland Nummer 1 in Deutschland geworden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch das stimmt nicht!)

Das ist gut für das steigende Angebot an offenen Stellen.

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben gut zusammengearbeitet. Wir haben auch dort, wo wir unterschiedliche Positionen einnehmen, pragmatische und an der Sache orientierte Lösungen gefunden. Das Bundesverwaltungsgericht wird darüber urteilen, ob die für die A 20-Querung der Wakenitz vorgeschlagene Brückenlösung dem EU-Umweltrecht entspricht. Alle für diese Entscheidung notwendigen Daten hat die Landesregierung erhoben. Der Bau einer festen **Querung des Fehmarnbelts** muss privat finanziert werden.

Im Übrigen sind SPD und Grüne auch in der Verkehrspolitik sehr viel näher beisammen, als die Opposition manchmal glauben machen möchte. Das integrierte Güterverkehrskonzept zum Beispiel, das die Landesregierung auf Initiative der Grünen erarbeitet hat, setzt auf die Verlagerung des Güterverkehrs auf Wasser und Schiene. Dort liegt die Zukunft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Der Bahn-Landesverkehrsplan entspricht weitgehend dem Programm der Grünen zur letzten Landtagswahl: Die Fahrpläne wurden kundenfreundlicher, 17 Bahnhöfe werden wieder geöffnet, stillgelegte Strecken wieder in Betrieb genommen, als erste - im Jahre 2001 - die Strecke Neumünster - Bad Segeberg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ausgaben für den **öffentlichen Personennahverkehr** sind seit 1996 um 14,2 % gestiegen. Über 50 % der Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gehen in den öffentlichen Verkehr und den Fahrradverkehr. Auch die Mittel für den Radwegebau an Landstraßen sind seit 1996 deutlich angewachsen. Das ist gut für unser Klima.

In der Ablehnung des Transrapids waren wir uns von Anfang an mit der SPD einig.

(Lothar Hay [SPD]: Jawohl!)

Alle Argumente, die die Landesregierung in ihrer Normenkontrollklage gegen das Magnetschwebbahnbedarfsgesetz genannt hat

(Ingrid Franzen [SPD]: Das kann man gar nicht aussprechen!)

- mit Karl Kraus kann man hier nach der Wahrhaftigkeit der Wortschöpfung fragen -, haben sich mittlerweile bestätigt. Vielleicht gelingt es ja dem neuen Bahnchef Mehdorn, die Kollegen Kayenburg und Kubicki endlich davon zu überzeugen, dass es sich beim **Transrapid** nicht um Hightech, sondern um eine technologische Sackgasse handelt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Haben Sie das Schröder und Runde auch schon gesagt?)

Jedenfalls kann ich mich seinem Vorschlag anschließen - hören Sie einfach zu; ich höre Ihnen nachher auch zu -, das Projekt zu beerdigen und die Mittel für den Bau einer ICE-Strecke zwischen Hamburg und Berlin zu verwenden. Mit einem Siebtel der 6 Milliarden DM, die für den Bau vorgesehen sind, nämlich mit 800 Millionen DM, könnte auf diese Weise eine

Verbindung nach Berlin geschaffen werden und sie kann nach der Berechnung der Bundesbahn auf 300 km pro Stunde ausgebaut werden. Damit würde die gleiche Fahrtzeit wie beim Transrapid erreicht werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Von der Verkehrspolitik über Privatisierung und Auslagerung - ich nenne hier nur die GMSH, die Stiftung Schloss Gottorf und die Hochschulklinika - bis hin zur Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesen vier Jahren bewiesen, dass wir offen sind für sachgerechte Lösungen, ohne dass wir aufhören, weiter für unsere Programmatik, für eine Politik der Nachhaltigkeit, der Bürgerfreundlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit, zu werben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir haben in den letzten vier Jahren eine Politik ohne ideologische Scheuklappen gemacht. Wer das Gegenteil behauptet, der verfälscht die Wahrheit.

(Konrad Nabel [SPD]: So ist das!)

Dies unterscheidet uns von der CDU-Opposition in diesem Hause: Ihre Politik für Schleswig-Holstein führt nicht in das dritte Jahrtausend, sondern schnurstracks zurück in die sechziger Jahre.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ihr Kandidat fordert eine zehnjährige Pause in der Umweltpolitik,

(Konrad Nabel [SPD]: Unglaublich!)

während sein Parteifreund Klaus Töpfer in dem bereits erwähnten Umweltbericht der Vereinten Nationen darauf hinweist, dass die Umweltzerstörung trotz partieller Erfolge immer dramatischere Folgen annimmt, und zwar in den industrialisierten Staaten des Nordens. Wenn Sie nicht mit anfangen umzusteuern, dann wird es uns nicht gelingen und wir beschädigen die ganze Welt mit unserem Wirtschaften.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das aber ficht Grün jedenfalls nicht an. Sie wollen das **Nationalparkgesetz** wieder aufheben, obwohl der Nationalpark für den Tourismus und den Naturschutz an der Westküste unverzichtbar ist.

(Heinz Maurus [CDU]: Es will ja keiner den Nationalpark aufheben!)

Sie wollen das Umweltministerium dem Agrarlobbyisten Carstensen ausliefern und damit werden notwendigerweise die zu überwindenden Konflikte zwischen Umweltschutz und konventioneller Landwirtschaft wieder angeheizt werden. Die CDU spricht in ihrem Wahlprogramm von der besonderen Verantwortung zur Nutzung regenerativer Energien, aber in der Praxis machen sie Stimmung gegen die Ausweisung weiterer Standorte für Windkraftwerke und gegen Offshore-Anlagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ihr Credo in der Verkehrspolitik sind der weiter ungehemmte Straßenbau und der Transrapid - ich habe das schon erwähnt. Sie wollen das gerade beschlossene **Hochschulgesetz** wieder aufheben, um die überkommene Magnifizenzenuniversität zu restaurieren und den übrigen Hochschulangehörigen die gleichberechtigte Mitbestimmung zu entziehen. Die CDU will die Gleichstellungsbeauftragten abschaffen,

(Ingrid Franzen [SPD]: So ist es!)

obwohl sich gerade diese als Motor der Verwaltungsmodernisierung erwiesen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie wollen die **Frauenpolitik** wie vor 1988 wieder der Sozialministerin unterstellen, als ob Frauen Sozialfälle wären.

(Ingrid Franzen [SPD]: So ist es! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sind einer, Frau Fröhlich!)

Da stellt sich Ihre frauenpolitische Sprecherin hier hin und sagt: Die Frauen haben das alles aus eigener Kraft geschafft, die brauchen keine gesetzlichen Regelungen.

Sie wollen die Beauftragten als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Landesregierung und des Parlaments für die Bevölkerungsgruppen abschaffen, die es schwerer haben als andere, ihre Interessen durchzusetzen, zum Beispiel Menschen mit Behinderung, sozial Schwache und Kinder.

Herrn Kayenburg, vieles davon finden wir in dem **Entschließungsantrag** wieder, den Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, zu dieser Landtagstagung anstelle eigener Haushaltsanträge vorgelegt haben. Herr Kayenburg, ich muss schon sagen: Es grenzt aus meiner Sicht und aus der Sicht meiner Fraktion an Missachtung dieses Parlamentes, wenn ich Ihren Satz höre: „Es hat keinen Zweck, mit Ihnen unsere detaillierten Pläne zu diskutieren.“

(Günter Neugebauer [SPD]: Unerhört!)

Das finde ich eine Ungeheuerlichkeit für eine Partei, die hier alle naselang die Würde des hohen Hauses beschwört.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Widerspruch der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Herr Kayenburg, ich wundere mich, dass Sie diesen Antrag nicht wenigstens im Finanzausschuss vorgelegt haben. Das wäre ohne große Mühe möglich gewesen. Sie hätten nur die Presseerklärung Ihres Kandidaten vom Juli über seine finanzpolitischen Leitlinien aus dem Computer holen müssen.

(Holger Astrup [SPD]: Anderes Datum!)

- Gut, das Datum hätte man vielleicht ändern können!  
- Wenn Sie wenigstens die Zeit genutzt hätten, um die seither zutage getretenen größten Ungereimtheiten aus Ihrem Zahlenwerk auszumerzen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Martin Kayenburgs Rechenstunde als zukünftigen Stil von Parlamentsdebatten in diesem Hause - das hat mich wirklich nicht überzeugt und ich glaube, es wird auch die Menschen in diesem Lande nicht überzeugen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat nicht einmal Kubicki überzeugt!)

Weniger Schulden wollen Sie machen, mehr Lehrer einstellen, mehr Geld für die Polizei und die Hochschulen ausgeben. Sie haben noch weitere so genannte Tabubereiche genannt. Herr Kayenburg, Sie geben sich beinahe der Lächerlichkeit preis, wenn Sie alles nennen und das dann als die Ausnahmeregelung beschreiben. Fast 1 Milliarde DM wollen Sie dafür umschichten. Die Hälfte dieser Milliarde soll aus den Einnahmen durch den Verkauf der **WOBAU-Wohnungen** nach dem Kieler Modell erbracht werden. Wegen der Belastung dieser Wohnungen und anfallender Steuern müsste für eine solche Ausschüttung der LEG ans Land als Miteignerin ein Verkaufspreis von über 2 Milliarden DM erzielt werden. Sie haben uns das hier alles wunderbar vorgerechnet. Ich halte es trotzdem nach wie vor mindestens zur Hälfte für eine reine Luftbuchung und für nicht überzeugend, was Sie hier gemacht haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Weitere 130 Millionen DM wollen Sie durch den Verkauf von **NordwestLotto** erzielen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe an dieser Stelle bereits einmal dargestellt, dass dieser Vorschlag völlig absurd ist. Ich will das hier nicht wiederholen, weil ich diese Parlamentsdebatte für keine Rechenstunde halte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sind die Preisvorstellungen des Finanzministers!)

Das ist in unseren Unterlagen nachzulesen, falls es Sie noch interessiert.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, wir hätten von einer Partei, die in zwei Monaten möglicherweise - wenn es die Wählerinnen und Wähler denn so wollen - die Landesregierung übernehmen will, allerdings mehr Ehrgeiz erwartet.

(Holger Astrup [SPD]: Ich nicht!)

Aber nun gut. Sie wollten nicht - wie sich Herr Kayenburg auszudrücken beliebte - „für die Tonne arbeiten“. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie uns als „Tonne“ bezeichnen und die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes auch.

(Lothar Hay [SPD]: Das Parlament! Das ist der Punkt! - Meinhard Füllner [CDU]: Das ist doch Ihre Schuld! Sie schmeißen das doch da rein! - Konrad Nabel [SPD]: Befinden Sie sich immer noch in der Trotzphase oder was?)

Ihre Weigerung, eigene Haushaltsanträge vorzulegen, verhindert allerdings auch, dass wir und die Öffentlichkeit erfahren, welche Verbände und Vereine - außer den großen Umweltverbänden; das hat Herr Kayenburg hier dankenswerterweise offen gelegt - und welche von den Eine-Welt-Projekten in Zukunft weniger oder keine Zuschüsse mehr bekommen sollen. Ich fordere Sie auf, hier und heute wenigstens einige Beispiele dafür zu benennen, wie Sie diese 65 Millionen DM wirklich erbringen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Zu den Absurditäten Ihres Entschließungsantrages gehört weiter, 200 Millionen DM **Altschulden** abzubauen und gleichzeitig 800 Millionen DM **Nettoneuverschuldung** einzuplanen. Meine Kollegin Monika Heinold hat Ihnen bereits zu Recht einen Grundkurs zur Haushaltspolitik empfohlen.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Peter Zahn [SPD])

Es ist schon relativ genial, wenn die Rede eines Fraktionsvorsitzenden der größten Oppositionspartei in diesem Lande auf eine Presseerklärung der finanzpolitischen Sprecherin der Grünen aufbaut. Vielen Dank für dieses heimliche Kompliment!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

Diese wenigen Beispiele reichen vielleicht aus, um deutlich zu machen, dass Ihre finanzpolitischen Vorstellungen unausgegoren und unsolid sind.

Die CDU hat in den letzten vier Jahren mit ihrer Arbeit hier im Landtag nicht bewiesen, dass Sie fähig ist, dieses Land zu führen. Immer mehr Menschen sehen dies offenbar auch so. Ein Indiz dafür ist der überragende Wahlsieg von Bernd Saxe bei der Bürgermeisterwahl in Lübeck. Wir freuen uns ehrlich mit ihm.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich bin daher guter Dinge, was die Wahl am 27. Februar anbetrifft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in den letzten vier Jahren zahlreiche grüne Akzente für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gesetzt. Aus vielen unserer Vorschläge und Initiativen wurden reale Veränderungen im Land. Wir haben viel erreicht, sind aber nach wie vor ungeduldig und kreativ, unsere Ideen für Schleswig-Holstein weiter umzusetzen. Wir wollen daher an unseren Konzepten und ihrer Verwirklichung zum Wohl des Landes weiterarbeiten.

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus den bisherigen Debattenbeiträgen habe ich eines gelernt: Schröder sanierte Holzmann, Kohl saniert die SPD.

(Lothar Hay [SPD]: Wer saniert die F.D.P.?)

- Kollege Hay, das machen wir schon allein! Keine Sorge! Darum würde ich mir wirklich keine Sorgen machen und einmal abwarten, was am 27. Februar am Abend dabei rauskommt.

(Lothar Hay [SPD]: Die CDU nennt doch nicht einmal mehr die F.D.P. als Partner, Herr Kubicki!)

Momentan debattieren wir über eine amtierende Regierung und deren Haushalt. Die Debattenbeiträge waren heute so, als müsse die Opposition hier etwas zur Erörterung stellen und das müsse debattiert werden; so, als habe die Regierung aufgrund der Tatsache ihrer Niederlage bereits mit sich selbst abgeschlossen. Ich habe ja gehört, dass Sie jetzt wieder Hoffnung haben, dass Sie die Wahl gewinnen werden, Frau Fröhlich.

Die letzte Haushaltsdebatte in diesem Jahrhundert, die letzte Haushaltsdebatte in dieser Legislaturperiode und - wenn der Wähler es will - die letzte Haushaltsdebatte unter einer rot-grünen Landesregierung gibt Anlass, in einer nüchternen Bilanz zu fragen, was diese Regierung erreicht, was sie von den eigenen Versprechungen eingelöst hat und wo das Land Schleswig-Holstein heute im Vergleich zu anderen Regionen steht.

Hierbei schicke ich voraus, dass selbstverständlich nicht alles schlecht gewesen ist, was in den letzten zwölf Jahren unter sozialdemokratischer Führung durch die Regierung vollbracht, auf den Weg gebracht oder jedenfalls nicht verhindert wurde.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nur die nüchterne Bilanz erlaubt eine Beantwortung der Frage, ob bei Fortsetzung der rot-grünen Politik in den nächsten fünf Jahren Besseres zu erwarten wäre.

Die Sozialdemokraten sind durch einen aufgeblasenen Skandal an die Macht gekommen. Sie werden nicht durch einen aufgeblasenen Skandal an der Macht bleiben.

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die rot-grüne Landesregierung unter Heide Simonis hat abgewirtschaftet. Sie muss durch eine andere, durch eine bessere ersetzt werden. Niemand sollte sich zu früh freuen. Auch an der Küste wird das Wetter noch rau werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Ministerpräsidentin höchst selbst verkündet uns jedes Jahr: Wir sind die Besten. Und so wollen wir uns fragen, wo diese Landesregierung denn die Beste ist. Wo hat sich Schleswig-Holstein als Folge der Politik der Landesregierung einen Vorsprung erarbeitet oder auch nur Rückstände aufgeholt? In welchen Indikatoren drückt sich der Erfolg der Landesregierung aus? - Wir müssen zumindest zugestehen, dass die Landesregierung nunmehr ein „ziel“ hat. Heide Simonis benennt es sinnigerweise „**Zukunft im eigenen Land**“ - was auch immer sie selbst darunter verstehen mag. Aber es ist unbestreitbar, mit diesem Programm „ziel“ fließen Subventionen in bisher nicht gekanntem Umfang nach Schleswig-Holstein. Herr Kollege Lothar

Hay, wer bekommt eigentlich die Subventionen? Sind das die wirtschaftlich starken Regionen, die überdurchschnittliche Ergebnisse aufweisen? - Wohl kaum! Es mag sozialdemokratischer Tradition entsprechen, stolz darauf zu sein, das Geld anderer Leute auszugeben. Ein Nachweis für erbrachte Leistungen ist es nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Europäische Union vergibt schließlich keine Erfolgsprämien, sie unterstützt **Regionen**, die wirtschaftlich und strukturell hinterherhinken. Allein die Tatsache, dass wir mehr statt weniger Mittel erhalten, ist ein deutliches Zeichen dafür, dass diese Landesregierung tatsächlich in einem Bereich die Beste ist: beim Erhalt von Subventionen.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Welch eine traurige Bilanz! Anstatt alles zu tun, so stark zu werden, dass man anderen helfen kann, ist man stolz darauf, auf die Hilfe anderer angewiesen zu sein, und zwar in einer Größenordnung, wie es das bisher noch nicht gegeben hat - und das in Europa ebenso wie im Verbund der Länder innerhalb Deutschlands.

Was ist denn aus der so gern kolportierten Meldung geworden, Herr Finanzminister und Frau Ministerpräsidentin, Schleswig-Holstein sei Geberland im **Länderfinanzausgleich**? - Aus der Traum! In diesem Jahr ist Schleswig-Holstein entgegen der ursprünglichen Projektion mit 130 Millionen DM wieder deutlich **Nehmerland** geworden. Das wäre noch zu ertragen, wenn es sich nur um einen Ausreißer handeln würde. Aber die mittelfristige Finanzplanung spricht eine andere Sprache. Trotz der traditionell geschönten Zahlen bleibt Schleswig-Holstein selbst nach den eigenen Zahlen der Landesregierung bis zum Ende des Projektionszeitraumes Nehmerland - und dies trotz der fußkranken fünf Ostländer. Schleswig-Holstein hat also nicht aufgeholt, auch wenn Sie das noch so gern hätten. Das zeigen die von der Landesregierung selbst vorgelegten Zahlen.

In den Jubelmeldungen über die Ergebnisse der November-Steuerschätzung ist untergegangen, dass die Mehreinnahmen des Landes nur aus dem Geld anderer Leute bestehen. Die **Steuereinnahmen** des Landes sind gegenüber der Veranschlagung im Haushalt 1999 nicht etwa gestiegen. - Nein, sie sind um 103 Millionen DM hinter der Veranschlagung zurückgeblieben. Nur die um 249 Millionen DM gestiegenen Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen bringen den Haushalt 1999 über den Berg. Dieser Trend muss gestoppt werden, denn die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs

wird zu allem Möglichen führen, mit Sicherheit aber nicht zu einer Verbesserung der Finanzlage des Landes.

Die süddeutschen Länder haben mit ihrer Klage zum **Länderfinanzausgleich** tatsächlich einen Erfolg vor dem Bundesverfassungsgericht errungen. Sie müssen nur abwarten. Kommt eine Einigung nicht zustande, dann läuft die bisherige Finanzausgleichsregelung einfach aus und es findet überhaupt kein Länderfinanzausgleich statt. Erklärungen der Marke „Stoiber zu Solidarität verdonnern“, Frau Kollegin Heinold, klingen schneidig, gehen aber an der Wirklichkeit vorbei. Das Urteil ist ganz und gar nicht in Ihrem Sinne ergangen.

Mit Ökonomie, staatlichem Dirigismus und dem Vertrauen in die Subventionsgießkanne aus Berlin und Brüssel ist der Rückstand des Landes nicht aufzuholen. Das ist aber ganz offensichtlich bei dieser Landesregierung auch nach fast vierjähriger Lernphase nicht angekommen. Jetzt rächt sich die jahrelang gepflegte Verweigerungshaltung von Rot und insbesondere von Grün: Gentechnik, Verkehrsinfrastruktur, Liberalisierung des Telekommunikations- und des Strommarktes, Lockerung des Nachtbackverbotes und der Ladenschlusszeiten, der ewige Streit um die Ausgleichsflächen für den Bau des Airbus A3XX oder die ungeklärte Haltung zu Kernkraft und Marineschiffbau. Ich habe übrigens noch nichts zur Bestellung von Kriegsschiffen aus Südafrika bei HDW gehört, Frau Kolleginnen Heinold und Fröhlich, Herr Kollege Hay und andere. Hat der Umfang dieser Bestellung Rot und Grün die Sprache verschlagen? Es reicht eben nicht - wie der Kollege Hay das macht -, den Eindruck zu vermitteln, am liebsten den Spaten für die westliche Elbquerung selbst in die Hand nehmen zu wollen, nachdem durch den Landesverhinderungsminister Steenblock jedes **Verkehrsprojekt** torpediert wurde.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Kollege Fraktionsvorsitzender Lothar Hay, es mutet ja nostalgisch an, wenn ich mich heute bei der Debatte auch darüber freuen kann, dass wir das Motorola-Werk in Flensburg haben. Gleichzeitig kann ich mich an Debatten erinnern, in denen die Grünen gefordert haben, Handys zu verbieten, weil sie elektromagnetischen Smog aussendeten. Es ist doch geradezu komisch, dass sich diese Landesregierung jetzt darauf beruft, mit MobilCom und Talkline erfolgreiche Unternehmen im Wettbewerb zu haben, sie die Konkurrenz zur Telekom aber ursprünglich gar nicht haben wollte.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Urplötzlich wurde dieses Jahr die Bedeutung der **Gen-technik** entdeckt. Im Koalitionsvertrag hat die Beschreibung dieser Zukunftstechnik noch so ausgesehen:

„Aus der Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die langfristigen Folgen für Mensch und Natur nach wie vor nicht absehbar. In Anbetracht dieser ‘Verantwortbarkeitslücke’ lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Gentechnik ab. Dies gilt auch für biotechnologische/biomedizinische Forschung, soweit sie gentechnische Verfahren vorbereitet.“

Die Grünen mögen dazugelernt haben. Warum nicht? Aber welche Chancen hat das Land durch die quälend langen Diskussionsprozesse verspielt! Wie weit könnten wir heute schon sein, wenn nicht Jahre mit dem Ausleben von diffusen Befindlichkeiten vertrödel worden wären!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Schleswig-Holstein kann nicht nach vorn kommen, wenn wir immer als letzte auf den Zug aufspringen, auf dem die anderen in der Lokomotive sitzen.

Die **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** ändern sich schneller und vielleicht sogar radikaler als in den vergangenen Jahrzehnten. Darauf hat sich auch die Politik einzustellen. Kürzere Produktzyklen, neuartige Technologien, Güter und Dienstleistungen haben auch Auswirkungen auf das politische Handeln. Wer falsch, zu spät oder gar nicht regiert, wird umgehend durch die immer stärker globalisierte Wirtschaft bestraft. Das sind die Risiken. Wo Risiken sind, da gibt es aber immer auch Chancen. Wann immer Politik schnell, flexibel und trotzdem verlässlich geeignete Rahmenbedingungen schafft, wird sie auch belohnt. Das haben die oft zitierten Beispiele Neuseeland oder die Niederlande gezeigt.

Zupacken, liebe Kolleginnen und Kollegen, gestalten und verändern, Chancen erkennen und nicht nur über die Risiken jammern, das ist es, was dieses Land braucht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Stattdessen haben wir in den letzten vier Jahren nur verzagte Zögerlichkeit erlebt, keine Führung, keine klare Linie und kein Konzept. Anstatt mutig voranzugehen, hat sich die Landesregierung verzettelt, hier ein Modellprojekt, da ein Schrittlchen vor und dort zwei zurück.

Heide Moser, die Kämpferin für die Abschaffung des Ladenschlusses - kaum soll sie eine Ausnahmegenehmigung für den Verkauf am 2. Weihnachtsfeiertag und

am 2. Januar erteilen, knickt sie ein, als ob „Anatol“ mitten durchs Sozialministerium gefegt wäre.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Herr Kollege Hay, da muss man gar nicht den Kopf schütteln. Ich frage mich nach wie vor wirklich, wie Sie dazu kommen, diesem wunderbaren Werk von Motorola die 7-Tage-Woche mit 24-Stunden-Betrieb in zwei 12-Stunden-Schichten zu erlauben und es allen anderen verbieten zu wollen. Ich frage mich wirklich, worin da die Sinnhaftigkeit der Politik steckt.

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Zu lange haben Formelkompromisse und verbale Kraftmeierei tatsächliche Politik ersetzt. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, rächt sich jetzt. Wo ist denn das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum im Land, das uns der geschätzte Wirtschaftsminister am 8. Dezember in der „Dithmarscher Landeszeitung“ verkündete? Wenn die Situation wirklich so toll ist: Warum hat sich die Einnahmesituation im Land schlechter entwickelt als in anderen Ländern?

Ein Vergleich der **Entwicklung der Steuereinnahmen** ohne Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen in den Bundesländern ist sehr aufschlussreich. So hat unter den westdeutschen Flächenländern Hessen mit einem Plus von 13,4 % die Spitzenposition beim Vergleich des ersten Halbjahres 1999 zum gleichen Zeitraum des Vorjahres übernommen. Und wer liegt bei den westdeutschen Flächenländern am Ende? - Schleswig-Holstein! Diese Tendenz hat sich bis in den September mit einem Steuerminus von 0,4 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nahtlos fortgesetzt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Flüchten die Millionäre nun nicht mehr ins Ausland, sondern nach Hessen und zahlen dort unverschämterweise auch noch Steuern, während die Unternehmen in Schleswig-Holstein keine zahlen? - Wohl kaum! Und das wissen sie auch, Herr Finanzminister und Frau Ministerpräsidentin!

Wenn in Schleswig-Holstein überhaupt Wachstum generiert wird, dann durch die Kernkraftwerke.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Unabhängig von der Frage, ob man Kernenergie gut oder schlecht findet, die Kraftwerke bringen Einnahmen. Oder wie haben wir sonst die kryptische Formulierung im bereits erwähnten Bericht vom 8. Dezember zu verstehen, dass sich - Zitat! - „Sonderfaktoren in

der Energieerzeugung“ positiv im Land bemerkbar machen?

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Schleswig-Holsteins wirtschaftliche Entwicklung wird immer noch von den **Kernkraftwerken** dominiert. Das zeigt auch, was von den Parolen über den bewältigten Strukturwandel im Land zu halten ist. Die Landesregierung hat es nicht geschafft, eine Politik zu betreiben, die für Industrie, Handwerk und Mittelstand attraktiv ist. Das Motorola-Werk in Flensburg ist ein Erfolg. Aber eine Schwalbe macht noch keinen Sommer und ein Standort, an dem Handys montiert werden, ist nicht automatisch ein Hightech-Forschungsstandort.

Es ist auch kein Zufall, dass nur die Landesregierung behauptet, bei der **Schaffung von Arbeitsplätzen** Spitze zu sein, während die Statistiken des Landesarbeitsamtes Nord etwas ganz anderes aussagen. In keinem anderen alten Flächenland war die Zunahme der Beschäftigung in 1998 so gering wie in Schleswig-Holstein. Mit einem Plus von 0,4 % liegt Schleswig-Holstein auf dem traurigen letzten Platz und hatte nur einen halb so großen Zuwachs wie der Durchschnitt aller westdeutschen Flächenländer.

Das Scheitern der Regierung auf dem wirtschaftlichen Gebiet zeigt sich auch bei den **Sozialhilfekosten**. Warum sind die denn in unserem Land so hoch, Frau Moser und Frau Ministerpräsidentin? - Weil die Landesregierung alles für die Wirtschaft tut? Oder gar, weil es in Schleswig-Holstein das quotal System gibt? - Eher nicht, denn die Tatsache, dass mehrere eine Rechnung bezahlen, bedeutet nicht, dass diese teurer oder billiger wird. Es bleibt immer die gleiche Rechnung.

Sozialdemokraten und Grüne mögen stolz auf solche Zahlen sein, wir Liberalen sind es nicht. Ziel ist es nicht, den Menschen möglichst viel Sozialhilfe zu geben, Ziel muss es doch sein, sie aus der Sozialhilfe herauszuführen. Dazu ist die noch amtierende Landesregierung ganz offensichtlich nicht in der Lage.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Soweit Rot-Grün dem entgegenhalten, man sei schließlich im Norden bei der statistischen Arbeitslosigkeit ganz groß, ist dem zweierlei entgegenzuhalten: Erstens haben wir - wie in den Medien heute nachzulesen ist - die Höchstquote an Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Zweitens haben wir aufgrund unserer Wirtschaftsstruktur schon immer deutlich geringere Schwankungsbreiten als andere Länder. Und wir wer-

den sehen, Kollege Hay, wie sich die Zahlen in den nächsten Wochen entwickeln werden.

Das Ergebnis der Bemühungen der Landesregierung zur Steigerung der Wirtschaftskraft ist vor dem Hintergrund des Scheiterns in den eigenen Reihen nicht verwunderlich. Wie bei den Wirtschaftsdaten gilt auch für die **Modernisierung der Landesverwaltung**: Wir müssen uns selbst loben, sonst tut es keiner. Was ist denn aus den ganzen angekündigten Modernisierungsvorhaben geworden? Warum hört man denn nichts mehr von den vielen Fortschritten bei der Modernisierung der Verwaltung? - Ganz einfach: Weil es nichts zu berichten gibt!

Die **Funktionalreform** ist unmittelbar nach dem Start schon wieder zum Stillstand gekommen, die Qualität und die Quantität der übertragenen Aufgaben sind völlig unzureichend. Der zweistufige Verwaltungsaufbau ist damit genau so weit entfernt wie vor vier Jahren. Das Gutachten von Professor Hesse hat dies eindrucksvoll bestätigt und zeigt, in welche Richtung die Entwicklung eigentlich gehen müsste. Und wie soll die Landesverwaltung intern umstrukturiert werden? Wo ist der Masterplan, wo ist denn das Ziel der Bemühungen der Landesregierung?

Auch hier das altbekannte Bild: Modellversuche, Einzelaktionen, aber keine Strategie! Nicht nur die Opposition sieht dies so: So schreibt Professor Hesse in der Einleitung zu dem bereits genannten Gutachten: - Zitat! -:

„Allerdings bleiben die entsprechenden Initiativen (Schleswig-Holsteins) bislang meist auf einzelne Bereiche beschränkt, ohne dass es gelang, die Landesverwaltung durchgängig zu modernisieren.“

Der bunte Flickenteppich an Vorhaben hat zur Folge, dass nichts so richtig funktioniert.

Aktion „Aufgabenanalyse/Aufgabenkritik“! Die Älteren unter uns werden sich noch erinnern, aber sonst?

Oder der „Bürokratie-TÜV“! Nachdem der Staatssekretär des Innern die nach seiner eigenen Aussage nicht zufrieden stellenden Ergebnisse präsentiert hatte, ist die nächste „Hauptuntersuchung“ auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben worden.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Die Ergebnisse der bisherigen Bemühungen verwundern nicht. Isolierte Einzelaktionen machen in einem ansonsten unveränderten Verwaltungsgefüge wenig Sinn. Wie wollen wir denn zum Beispiel eine Aufgabenanalyse durchführen, wenn keine Informationen über aufgewandte Arbeitszeit, Materialaufwand oder

ganz allgemein über Kosten des eigenen Handelns vorhanden sind?

Das ist das große Problem hier im Land. Wir bewegen uns immer noch auf dem Niveau der Verwaltungsmodernisierung. Das reicht nicht mehr aus. Aber zu mehr, zu einer umfassenden Verwaltungsreform nach dem Vorbild des neuen Steuermodells fehlen dieser Landesregierung die Kraft und der Mut. Das ist nicht weiter schlimm, denn diese Aufgabe wird ihr abgenommen werden.

Ich möchte an dieser Stelle die Diskussion um den **Immobiliendeal** nicht in ganzer Breite und Tiefe wieder aufnehmen und möchte mich auf drei Anmerkungen beschränken. Im Übrigen will ich zu der Frage, wann veräußern wir welche Wohnungen, gar nichts sagen. Ich bin kein Immobilienhändler.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Holger Astrup [SPD]: Gute Ausrede!)

Das Ziel, dem Landeshaushalt Liquidität unter Umgehung des Artikels 53 der Landesverfassung zuzuführen, ist durch die vorläufige, aber deswegen nicht weniger wegweisende Anordnung des Bundesverfassungsgerichts klar verfehlt.

Die Absicht, der Landesbank über die Zweckrücklage „Liegenschaften“ belegbares Haftkapital zur Verfügung zu stellen, ist nach der Entscheidung der Europäischen Kommission zur WestLB kein gangbarer Weg mehr. Das bestätigen Sie selbst. Denn welchen Sinn, Herr Finanzminister, würde sonst die durch die zweite Nachschiebeliste um weitere 250 Millionen DM auf nunmehr eine halbe Milliarde Mark erhöhte stille Einlage der neu zu gründenden Beteiligungsgesellschaft bei der Landesbank machen?

Frau Kollegin Heinold, Frau Kollegin Fröhlich, wenn ich jetzt polemisch wäre, würde ich sagen: Das Land ist stark genug, der Landesbank 500 Millionen DM zu leihen oder zur Verfügung zu stellen, aber zu schwach, um die Sozialhilfekosten für das Land angemessen zu bewältigen. Das kann es ja wohl auch nicht sein.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Die **zentrale Beschaffung** sollte nach Gründung der GMSH von dieser wahrgenommen werden. Bis heute hat es diese Landesregierung nicht geschafft, eine Landesbeschaffungsordnung zu erlassen und die Tätigkeit der Beschaffungsstelle auf eine entsprechende Grundlage zu stellen. Wäre sie dem Vorschlag der F.D.P. gefolgt und hätte die Beschaffungsstelle im Innenministerium ausgebaut und dazu eine Beschaffungsordnung nach unseren Vorschlägen erlassen,

dann könnte das Land bereits seit zwei Jahren Einsparungen in Höhe von mehreren Millionen Mark pro Jahr erzielen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Aber Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen, scheint bei dieser Landesregierung ohnehin keine Rolle zu spielen, denken wir an die **Entbeamtungspolitik**, die das Land Schleswig-Holstein bisher fast 100 Millionen DM an zusätzlichen, nutzlosen Ausgaben beschert hat! Durch das „Simonis-Modell“ erfährt diese spezielle Schleswig-Holstein-Variante der Beamtenschelte eine unsägliche Fortsetzung mit einer weiteren Belastung des Landeshaushaltes bis zum Jahre 2004 einschließlich von über 300 Millionen DM.

(Beifall bei der F.D.P.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir könnten, was wir gegenwärtig nicht können, die Polizeibeamten befördern. Wir haben nicht ausreichend Mittel für die Hochschulen und die Schulen, aber die Landesregierung leistet Stützungszahlungen für ein Rentenversicherungssystem, von dem der Bundesarbeitsminister selbst erklärt hat, dass es das Jahr 2020 nicht mehr erleben wird.

Das hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Das ist Untreue an den Lebenschancen der jungen Menschen dieses Landes, die schließlich durch ihre Arbeit in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die Wertschöpfung erzielen sollen, die auch das Gemeinwesen am Leben hält.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die nunmehr fast vier Jahre dauernde Regierungszeit von Rot und Grün hat Schleswig-Holstein nicht wesentlich voran gebracht. Die beiden Partner haben es vier Jahre miteinander ausgehalten, aber um welchen Preis!

(Zuruf von der CDU: So ist das!)

Technikfeindlichkeit nach wie vor, die irrationale Überbewertung der Risiken von technischen Neuerungen bei gleichzeitigem Verschweigen der Chancen, Verkehrspolitikvisionen, die nicht nur gedanklich im Dauerstau enden und das Verzetteln in Kleinklein, in Modellprojekten sind die Merkmale einer Landespolitik des institutionalisierten Stillstandes.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Damit muss Schluss sein und damit wird Schluss sein. Dafür werden die Liberalen am 27. Februar 2000 sorgen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie in jedem Jahr waren die Beratungen zum Landeshaushalt von der Debatte um den Bundeshaushalt beeinflusst - mit einem Unterschied: der Bundesfinanzminister hatte in diesem Jahr die Daumenschraube für die Länder besonders eng gezogen. Vor dem Hintergrund dessen, was Hans Eichel den Ländern aufbrummen wollte, ist das **Ergebnis des Vermittlungsausschusses** sehr akzeptabel. Die Länder haben gut verhandelt; kein Zweifel. Weil der Finanzminister unseres Landes daran beteiligt war, gebührt auch ihm insoweit Dank.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ob in Sachen Einsparungen im Bundeshaushalt allerdings schon das letzte Wort gesprochen worden ist, bin ich mir nicht sehr sicher. Viele der Einsparungen des Bundes stehen in Form von globalen Minderausgaben nur auf dem Papier und müssen erst noch erwirtschaftet werden. Ob dann die Länder nicht doch noch daran glauben müssen, wird erst der Haushaltsvollzug in Berlin zeigen. Aber wir werden sehen.

So bleibt wie bei allen Haushalten in dieser Legislaturperiode nur die Hoffnung; denn die Haushaltsstruktur ist schief wie eh und je. Alle Jahre wieder die gleiche Aussage - ich bin fast schon geneigt, um Entschuldigung für ständige Wiederholungen zu bitten. Aber es ist nicht die Schuld der F.D.P., dass sich nichts ändert.

Investitionsquote magere 10,3 % nach der Veranschlagung trotz geschöner Zahlen! Nettokreditaufnahme 1,221 Milliarden DM! Globale Minderausgaben 62 Millionen DM! Die Grenze des Artikels 53 wird nur um 26 Millionen DM unterschritten und die nächste Besoldungsrunde kommt bestimmt!

Nach fast vier Jahren rot-grüner Regierung ist die Bilanz mehr als erschütternd.

„Unser Ziel ist es, die **Neuverschuldung** bis zum Jahr 2000 in jährlichen Schritten auf 800 Millionen DM abzusinken.“

Koalitionsvertrag Seite 82!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Wie sieht die tatsächliche Entwicklung aus? 1996 lag sie bei 1.270,6 Millionen DM, 1997 bei 1.218,2 Millionen DM, 1998 bei 1.111,9 Millionen DM, 1999 bei geplanten 1.290 Millionen DM und für 2000 sind 1.221,7 Millionen DM geplant. Das, obwohl Sie während dieser Zeit Vermögen des Landes im Wert von über einer halben Milliarde DM verscheuert haben.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

„Die Neuverschuldung darf die in Artikel 53 der Landesverfassung festgesetzte Grenze der Kreditaufnahme nicht überschreiten.“

Koalitionsvertrag Seite 82!

1995 betrug das **Haushaltsdefizit** 82 Millionen DM, 1996 lag es bei 360 Millionen DM und 1997 bei 105 Millionen DM. 1997 und 1998 war die Verschuldungsgrenze des Artikels 53 im Vollzug überschritten. So setzt sich das fort.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber Sie wissen auch, welche Einbrüche wir bei den Steuereinnahmen hatten!)

- Kollege Neugebauer, das stimmte in den Jahren gerade nicht. Ich sage noch einmal: Es macht auf Dauer keinen Sinn, bei der Haushaltsveranschlagung die Verfassungsgrenze in dem Bewusstsein einzuhalten, dass man sie im Vollzug nicht wird aufrechterhalten können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Minister, ich habe Ihnen das dreimal vorausgesagt.

„Um die Personalkosten des Landes deutlich unter 39 % der Ausgaben des Landes zu senken, sollen bis zum Jahr 2000 über die 861 ausgebrachten kw-Stellen hinaus für das Jahr 2000 und die folgenden Jahre 639 kw-Stellen erbracht werden.“

Koalitionsvertrag Seite 83!

1996 betrug die **Personalkostenquote** 39,5 %, 1997 lag sie bei 40,7 %, 1998 bei 40,3 %, 1999 bei 40,3 % und für 2000 sind 39,8 % geplant. Sie sind nach vier Jahren Rot-Grün noch nicht einmal auf den Stand von 1996 zurückgekehrt. Das, obwohl Sie - wie bei der Investitionsquote - kräftig tricksen.

Im Jahr 2000 fehlen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GMSH in der Personalkostenquote des Landes, obwohl das Land über die Mieten jede Mark an **Personalausgaben** bezahlt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Auch die Stellen der Stiftung Schloss Gottorf erscheinen im kommenden Jahr nicht mehr im Haushalt. Ebenso wenig die Stellen in der Investitionsbank, für die das Land jährlich 13 Millionen DM an Personalkosten überweist. Würde man diese Zahlen mit in die Betrachtung einbeziehen, wäre das Ergebnis noch peinlicher.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die einzige Größe, die sich respektabel entwickelt hat, sind die Zinszahlungen. Das ist allerdings kein Verdienst des Landesfinanzministers, außer er nimmt für sich in Anspruch, dass die günstigen Kapitalmarktzinsen das Ergebnis der wegweisenden Finanzpolitik des Landes Schleswig-Holstein seien. Claus Möller profitiert einfach nur davon, dass die Zinsen für die Anschlussfinanzierung - trotz der leicht steigenden Tendenz - nach wie vor so günstig sind, dass die Zinsausgaben im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert bleiben. Nettoneuverschuldung, Einhaltung der Verschuldungsgrenze oder Personalkostenquote - das Klassenziel ist verfehlt, die Versetzung auf die Oppositionsbänke steht bevor.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, Sie haben die Messlatte, die Sie selbst angelegt haben, nicht gerissen, Sie sind glatt darunter hindurchgesprungen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Welcher Gestaltungswille von Ihnen noch ausgeht, haben Ihre Haushaltsanträge gezeigt. Ein Umsetzungsvolumen von 2 Millionen DM hinterlässt bei gleichzeitiger Erhöhung der globalen Minderausgaben durch Fraktionsanträge bei mir angesichts des Volumens, das trotz aller Sparzwänge noch hätte verteilt werden können, eine gewisse Sprachlosigkeit. Die Presseerklärungen des Kollegen Neugebauer im Anschluss an den Austausch der Fraktionsanträge im Finanzausschuss waren fast umfangreicher als der gesamte Änderungsantrag der Regierungsfractionen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Noch beeindruckender ist allerdings die Rechenkunst des Kollegen Neugebauer. Das Haushaltsorakel des Landes Schleswig-Holstein wohnt ganz eindeutig unter der Hochbrücke. Mit Adlerblick erkennt es jede falsch veranschlagte Mark und greift sofort korrigierend ein. Wem - außer Günter Neugebauer - ist es aufgefallen, dass der Ansatz für die Zinsausgaben des Landes zu hoch ist? - Niemandem, nicht einmal dem Finanzminister! Wer hat erkannt, dass die erste Verbeamtungswelle zu größeren Einsparungen führt als veranschlagt? - Genau, es kann nur einen geben!

Jetzt einmal im Ernst: Es ist für mich nur noch peinlich, wenn der Finanzminister den Regierungsfractionen über kleinere Nachjustierungen - wie die Anpassung der Zinsausgaben - ein wenig Kleingeld an die Hand gibt, damit sie wenigstens noch ein paar Mark bewegen dürfen. Solche Parlamentarier hat jede Re-

gierung gern. Für ein bisschen Spielgeld wird ganz lieb gekuschelt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Früher hatte der Haifisch im Finanzausschuss noch Zähne. Die Haushaltsspielräume sind schmaler geworden. Dem hat die SPD-Fraktion mit ihren Haushaltsanträgen Rechnung getragen. Durch die immer enger werdende wechselseitige Verquickung aus EU-, Bundes- und Landesmitteln ist eine gezielte Veränderung an Einzelposten kaum noch möglich, ohne das komplizierte Geflecht aus miteinander verflochtenen Einnahme- und Ausgabtiteln zu verletzen. Kürzungen bei einzelnen Titeln wären zwar aufgrund der Ist-Entwicklung in diesem Jahr grundsätzlich möglich gewesen - Herr Finanzminister, wir haben das bei der Sozialhilfe gesehen -, machen aber für uns angesichts der noch zu erwirtschaftenden globalen Minderausgabe von immer noch 62 Millionen DM haushaltstechnisch relativ wenig Sinn.

Aus diesem Grund hat sich die F.D.P.-Fraktion auf Anträge zu liberalen Schwerpunktthemen beschränkt und auf die Stellung von weitergehenden und die Struktur des Haushalts völlig verändernden Anträgen verzichtet. Als Beispiel seien hier die Auflösung des so genannten Nestbaumministeriums - das es Gerüchten zufolge tatsächlich noch geben soll, auch wenn man von der Ministerin kaum noch etwas hört - mit einem Einsparvolumen von mindestens 4 Millionen DM oder die von uns gewünschte grundlegende Umgestaltung des ASH-Programms genannt. Dies ist die erste Aufgabe der neuen Landesregierung nach dem 27. Februar 2000.

Im Gegensatz zu den Änderungsanträgen der Regierungsfractionen hat die F.D.P. auf die Erhöhung von Einnahmeposten ebenso verzichtet wie auf die Ausstellung ungedeckter Schecks durch die Aufstockung der globalen Minderausgabe. Die Mittel für mehr Lehrer und eine Verbesserung der Ausstattung von **Schulen** und **Universitäten** mit modernerer **Informations-** und **Kommunikationstechnik** werden durch die völlige Aufgabe der Entbeamtungspolitik der noch amtierenden Landesregierung erreicht. Ich denke, da gibt es zwischen uns keinen Streit. Es ist bestätigt worden, dass man - würde man unseren Vorschlägen folgen - im Jahr 2000 eine Größenordnung von 60 Millionen bis 64 Millionen DM zur Verfügung haben würde.

Das Simonis-Modell mit einer der Verbeamtung vorgeschalteten fünf Jahre dauernden Angestelltenphase kostet das Land Geld, das anderswo dringend gebraucht wird. Dieser Eiertanz ist nichts anderes als der untaugliche Versuch der Ministerpräsidentin, das

Scheitern ihrer Politik zu kaschieren. Diese Politik ist wirklich nichts Halbes und schon gar nichts Ganzes.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Kollege Hay, ich sage voraus: Wenn es keinen Regierungswechsel geben sollte, wird das Haltbarkeitsdatum das Jahr 2000 nicht überstehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Nach den Berechnungen des Landesrechnungshofs verursacht die verspätete Verbeamtung im Zeitraum bis Ende 2004 Mehrkosten von 326 Millionen DM. Selbst wenn man nur davon ausgehen würde, dass Beamte über die gesamte Auszahlungsperiode - also unter Einbeziehung der Besoldung und der Pensionen - zumindest nicht teurer sind als Angestellte, muss jetzt vollständig verbeamtet werden. Heute steigt die Zahl der Schüler an, heute brauchen die Schulen dringend neue Lehrer und heute brauchen die Hochschulen Professoren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die F.D.P.-Fraktion schlägt die vollständige **Verbeamtung** aller **Lehrerinnen** und **Lehrer** sowie die sofortige Übernahme als Beamte in den Landesdienst vor. Da nicht abgeschätzt werden kann, in welchem Umfang die angestellten Lehrerinnen und Lehrer vom Angebot der Verbeamtung Gebrauch machen, soll die Aktion haushaltsmäßig über Leertitel umgesetzt werden. Das ist auch in anderen Bereichen von der Regierung so vorgesehen worden. Aus den eingesparten Mitteln sollen - mit Ausnahme der Gesamtschulen - über die einzelnen Schularten verteilt insgesamt 400 zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Werden darüber hinaus Mittel aus der Verbeamtung eingespart, werden diese in Kapitel 0701 in Titel 684 01 und die neu eingerichtete Titelgruppe 62 umgesetzt. Das ist für die Christian-Albrechts-Universität in Kiel eine Mittelserhöhung um 4 Millionen DM. Die neu eingerichtete Titelgruppe 62 ist für die dringend notwendige beschleunigte Ausstattung der Schulen und Hochschulen im Land mit Informations- und Kommunikationstechnik vorgesehen. Aus dieser Titelgruppe werden Mittel in Höhe von 2 Millionen DM für Hochschulen und 4 Millionen DM für die Schulen des Landes bereitgestellt.

Frau Ministerin Erdsiek-Rave, es macht keinen Sinn, dass wir gemeinsam auf Podiumsdiskussionen sind und sich die Regierung dann doch weigert, den Bestand der Schulen an Informations- und Kommunikationstechnik schnellstmöglich zu sichern. Das macht keinen Sinn und ich bitte wirklich, darüber nachzudenken, ob eine Beschleunigung dem Land nicht gut tun würde.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Hochschulstandort Schleswig-Holstein ist durch die Politik der Landesregierung gefährdet. Erste Spitzenforscher sind bereits abgewandert. Um einen weiteren personellen Aderlass zu verhindern, hat die F.D.P.-Fraktion den Fonds für Berufungs- und Bleibeverhandlungen um 3 Millionen DM aufgestockt. Kollege Neugebauer und Kollege Hay, wenn wir von den Universitäten beispielsweise im Bereich der Informatik hören, dass es dringend nötig ist, hier zumindest wieder die Sollstärke zu erreichen, damit die Ausbildung gewährleistet werden kann, dann dürfen wir uns diesem Wunsch nicht verweigern, indem wir sagen: Wir tun das im Haushaltsjahr 2000. Wenn man es nur wollte, stünden die entsprechenden Mittel zur Verfügung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Zudem werden die Mittel für die **Steuerverwaltung** zum Ausgleich der Mehrbelastungen aus den Steuerreformbemühungen der Bundesregierung und für die Anwärter bei der **Polizei** erhöht, sodass der Personalbestand der Polizei zumindest gehalten werden kann. Herr Innenminister, es ist eine Verpflichtung von uns, dass wir den Personalbestand der Polizei bis über das Haushaltsjahr 2001 hinaus halten können, weil wir die Altersabgänge aus dem eigenen Bestand der Auszubildenden der Polizeikräfte selbst ersetzen können. Sonst ist die gesamte Planung nur Makulatur.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Anträge sind komplett gegenfinanziert durch den Verzicht auf Beauftragte mit Ausnahme des Datenschutzbeauftragten und des Beauftragten für Menschen mit Behinderung, durch den Verzicht auf den Ankauf weiterer Flächen durch die Stiftung Naturschutz und durch einige kleinere Veränderungen wie etwa die Streichung der Informationsstelle zu Gefahren der Atomenergie.

Der Aufschrei nach der Veröffentlichung der Änderungsanträge meiner Fraktion war in Relation zu den vergangenen Jahren relativ moderat, auch in der etwas lustlosen Pflichterklärung der Kollegin Heinold. Sie wissen doch auch, dass das Land keinen Schaden nimmt, wenn die Flächenankäufe der Stiftung Naturschutz ausgesetzt oder einzelne Beauftragte abgeschafft werden.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Niemand will in die umwelt- und sozialpolitische Steinzeit zurück. Das wissen Sie jenseits des wahlaktischen Wortgeklüngels ganz genau. Ein struktureller Schuldenabbau des Landes ist nur möglich, wenn die Ausgabensteigerung langfristig unterhalb der Steigerungsrate der Einnahmen bleibt. Gelingt dies nicht,

dann läuft Schleswig-Holstein Gefahr, in der Rangliste der Pro-Kopf-Verschuldung noch vom Saarland überholt zu werden, das es mithilfe der Sonderzuweisung des Bundes geschafft hat, seine Pro-Kopf-Verschuldung ganz im Gegensatz zu Schleswig-Holstein zu verringern.

Es bleibt dabei: Vieles ist wünschenswert, aber gegenwärtig jedenfalls nur wenig noch zu bezahlen. Deshalb muss sich die Politik ganz konkret entscheiden, was aus ihrer Sicht notwendig ist und was nicht und was mit der Bewältigung noch etwas Zeit hat.

Die F.D.P. hat sich entschieden: Die Stärkung der wirtschaftlichen Basis des Landes hat oberste Priorität. Grundlage dieser Politik ist die einfache, aber inzwischen leider in Vergessenheit geratene Feststellung, dass all das, was der Staat an seine Bürgerinnen und Bürger weitergeben kann, erst einmal erwirtschaftet werden muss. Nur mit und nicht gegen die Wirtschaft wird es möglich sein, einen sozialen Rechtsstaat zu erhalten. Nur mit und nicht gegen die jungen Menschen und die Herausbildung ihrer Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft wird dieses Gemeinwesen eine tragfähige Grundlage erhalten. Nur mit einer liberalen **Wirtschaftspolitik** wird es wirtschaftliche Dynamik und Wachstum geben, Wachstum übrigens, von dem ich noch vor zehn Jahren gehört habe, dass es etwas ganz Schlechtes sei, denn es würde dazu führen, dass die armen Menschen der Dritten Welt ausgebeutet, die Umwelt vernichtet und das Gemeinwesen ruiniert würden. Heute ist Wachstum der Motor - man ist ja nach zehn Jahren lernfähig -, der notwendig ist, um das Gemeinwesen zu erhalten. Aber dieses Wachstum wird es nur mit mehr Liberalisierung und nicht mit weniger Liberalisierung geben, Herr Kollege Hay. Nur dieses Wachstum wird es möglich machen, den Wohlstand für alle zu heben und die Neiddiskussion zu beenden.

Die Wahl am 27. Februar 2000 wird gewonnen. So oder so.

(Lachen bei der SPD)

Ich sage Ihnen voraus, Herr Kollege Hay: Wir - CDU und F.D.P. gemeinsam - werden nach dem Wahltag einen Nachtragshaushalt auf den Weg bringen, der Signale setzt, die von dem vorliegenden Haushalt dauerlicherweise nicht ausgehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, dass wir noch Frau Abgeordnete Spoorendonk hören und dass

wir nachher um die Zeit, die wir jetzt überziehen, die Mittagspause verlängern.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Frau Abgeordnete Spoorendonk hat etwa 25 Minuten zu reden; so hat sie mir gesagt. - Sie haben das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie so oft sticht die Analyse des Kollegen Kubicki. Sie wirkt auch in vieler Hinsicht bestechend.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Ich habe mir aber vorgenommen, mich nicht durch seinen Wirtschaftsliberalismus provozieren zu lassen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Klaus-Peter Puls [SPD])

Wenn er anfängt, etwas über Modernisierung der Verwaltung zu sagen, dann habe ich mir vorgenommen, einfach zu antworten: Na und! Denn er vergisst ja eines: **Modernisierung der Verwaltung** wollen wir alle. Wir hätten uns auch ein höheres Tempo gewünscht. Aber wenn man sagt, Modernisierung der Verwaltung solle im Konsens mit den Beteiligten durchgeführt werden, dann möchte ich gern von allen hier hören, dass wir dieses Prinzip des Konsenses aufgeben. Dann können wir ein anderes Tempo haben. Aber bis jetzt habe ich dazu noch nichts gehört.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele Verbände haben in diesem Herbst die Vorwahlzeit dazu genutzt, um Podiumsdiskussionen durchzuführen und um den Parteien hinsichtlich ihrer Interessen auf den Zahn zu fühlen. Das ist auch ganz legitim und in Ordnung. So auch der Deutsche Beamtenbund, dessen drei Veranstaltungen unter der Überschrift zusammengefasst werden konnten: „Der Staat im 21. Jahrhundert - Können wir uns den Staat überhaupt noch leisten?“ Das war die Unterüberschrift. Eine relevante Frage, könnte man meinen, wobei der Deutsche Beamtenbund natürlich andere Ziele als der SSW verfolgt. Dennoch ist diese Frage aus der Sicht des SSW ein Ausdruck dafür, dass wir in solchen Debatten immer wieder den Fehler begehen, das Pferd von hinten aufzuzäumen. Wir können uns nicht nur einen Staat leisten, wir müssen ihn uns sogar leisten!

Es ist eine Illusion zu glauben, man könne die Probleme und die Herausforderung, die im nächsten Jahrhundert auf uns zukommen, dadurch lösen, dass man den Staat ganz einfach zurücknimmt, staatliches Handeln auf ein Minimum begrenzt und die Marktkräfte frei

schalten und walten lässt. Ich schaue einmal in diese Richtung.

Die weiterhin ungelösten Probleme der Massenarbeitslosigkeit und des sozialen Verfalls in vielen Bereichen unserer Gesellschaft setzen ganz einfach ein aktives Gegensteuern voraus. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Bundesfinanzminister Eichel hat also Recht, wenn er sagt, nur die Reichen können sich einen schwachen Staat leisten.

Aus Sicht des SSW bedeutet dies, dass der Staat das umzusetzen hat, was wir - die Gesellschaft - definieren. Wir stehen zum Primat der Politik. Daran muss sich staatliches Handeln auf allen Ebenen messen, wobei ich mit der These vom Primat der Politik nicht das meine, was ich neulich als Spruch in einer Zeitung las. Darin stand nämlich, in der Politik könnten nicht alle Probleme gelöst werden, manchmal genüge es schon, sie zu zerreden. Das meine ich allerdings nicht. Das heißt nicht, dass der Staat bis ins kleinste Detail alles regeln sollte - im Gegenteil -, vieles kann dezentral oder privatwirtschaftlich viel besser entschieden und umgesetzt werden. Aber der Staat muss weiterhin die Rahmenbedingungen für eine positive wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung schaffen.

Anders formuliert heißt das: Dem sozialen Wohlfahrtsstaat kommt auch im nächsten Jahrhundert eine entscheidende Rolle zu. Gerade die Weiterentwicklung unseres Sozialstaates ist das brennende Thema für das nächste Jahrhundert. Dennoch wissen wir natürlich auch, dass viele der heutigen sozialen Systeme und Verwaltungsstrukturen reformbedürftig und schwer finanzierbar sind sowie den sozial Schwachen vielfach gar nicht helfen. Wir können es uns also nicht erlauben, die Hände einfach in den Schoß zu legen.

Wir müssen uns aber auch vergegenwärtigen, dass die Zeit der großen Worte vorbei ist. Sie haben ihren Nährwert verloren, denn Politik ist kein Comic und die Bevölkerung besteht nicht aus politischen Analphabeten. Die Frage lautet vielmehr: Wie ändern wir den **Sozialstaat** heutiger Prägung, sodass er im Kern bewahrt werden kann und den Bedürftigen auch wirklich hilft? Anders gefragt: Was sind die Aufgaben des Staates im 21. Jahrhundert? Wie sollen sie gelöst werden und wer soll diese Aufgabe lösen? Auch in Schleswig-Holstein stehen diese Fragen insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Lage des Landes im Mittelpunkt der Politik.

Die Landesregierung hat sich trotz schwieriger Voraussetzungen in den letzten Jahren nach Kräften bemüht, mit den begrenzten Mitteln, die ihr als Landesgesetzgeber zur Verfügung standen, wichtige Reformen in Gang zu setzen. Die bisherige Bilanz ist zwar eher durchwachsen, muss aber vor dem Hintergrund

der begrenzten finanziellen und politischen Möglichkeiten einer Landesregierung gesehen werden.

Aber das 1996 angeblich so befürchtete Chaos ist nicht ausgebrochen. In einer Meldung der „dpa“ von letzter Woche heißt es treffend: „Das nördlichste Bundesland ist weder in ein ‘Indianerreservat’ verwandelt noch in reformbegeisterte Aufbruchstimmung versetzt worden.“ Genau dies spiegelt sich auch im letzten Haushalt des Landes in diesem Jahrhundert wider: Der Haushalt 2000 ist mangels Geld nicht der große Wurf, dennoch ist das Machbare erreicht worden. Natürlich ist es richtig, wenn gesagt wird, der Schuldenberg wächst, für Zukunftsinvestitionen und politisches Gestalten ist kaum Geld da. Dies gilt aber einmal mehr für fast jeden öffentlichen Haushalt in der Bundesrepublik. Auch das muss man deutlich machen, wenn man redlich debattieren will.

Auch eine andere Landesregierung hätte schwer zu kämpfen. Deshalb wird es in Zukunft darauf ankommen, politische Kreativität und politischen Sachverstand so zu bündeln, dass trotz aller Haushaltsschwierigkeiten sinnvolle Initiativen in Gang gesetzt werden.

Um fit zu sein für das 21. Jahrhundert, muss Schleswig-Holstein nicht patriarchalisch geführt werden. Unser Land braucht vielmehr eine aktive Regierung, die sich den großen Herausforderungen, die auf uns zukommen, in einem offenen Diskurs mit allen gesellschaftlichen Gruppen ernsthaft annimmt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn immer wieder behauptet wird, dass die Entwicklung des Landes stagniert und von Pessimismus gezeichnet ist, muss man sich einmal ernsthaft mit den Fakten beschäftigen. Das sind auch Fakten. Aus der Sicht des SSW steht Schleswig-Holstein Ende 1999 jedenfalls nicht so schlecht da, wie einige es gern darstellen wollen. Schleswig-Holstein ist heute an der Schwelle zum neuen Jahrhundert auf dem besten Weg, sich von der Industriegesellschaft hin zur Informationsgesellschaft zu entwickeln.

Auch die Politik der Landesregierung hat dazu beigetragen, dass sich die Rahmenbedingungen für Investitionen, für die Schaffung von neuen oder für den Erhalt von bestehenden Arbeitsplätzen in den letzten Jahren Stück für Stück verbessert haben. Damit meine ich jetzt nicht Motorola, damit meine ich nicht MobilCom, sondern zum Beispiel die Firma Ketels in Wees mit 125 Arbeitsplätzen, die Firma Logo Tape in Harrislee - ich hatte genau wie andere die Gelegenheit, dort ein Wirtschaftspraktikum zu absolvieren - und ich meine damit auch Danfoss in Schleswig.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Das Technologie- und Gewerbezentrum in Flensburg führt genau das Beispiel als ein sehr positives an, nämlich die Niederlassung der Firma Danfoss in Schleswig.

So gab es mit 4.000 Existenzgründungen und 6.000 Arbeitsplätzen sowie zahlreichen **Neuansiedlungen von Unternehmen** im vergangenen Jahr in Schleswig-Holstein auch einen neuen Rekord zu verzeichnen.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Es gab trotzdem einen Rekord hinsichtlich der Neuansiedlungen zu verzeichnen!

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wie viele Konkurse und Schließungen hat es gegeben?)

Die Wachstumsprognosen der Wirtschaft für das Jahr 2000 gehen sowohl für die Bundesrepublik als auch für Schleswig-Holstein von einer relativ stabilen wirtschaftlichen Belebung aus. Schon heute gibt es erste Anzeichen einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt, obwohl Schleswig-Holstein mit 8,9 % **Arbeitslosigkeit** immer noch über dem Durchschnitt der alten Westländer von 8,4 % liegt.

Auch im Landesteil Schleswig hat sich die Arbeitslosigkeit verringert. Unter anderem liegt die Arbeitslosenquote für die kreisfreie Stadt Flensburg zum ersten Mal seit Jahren bei nur 12 %. Das Wort „nur“ kann ich auch in Anführungszeichen setzen; aber es ist doch immerhin ein Fortschritt.

(Ingrid Franzen [SPD]: So ist es! - Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn man sich umhört und Gespräche führt, stellt man fest, dass man das vor Ort weiß. Aber Jammern gehört zum Geschäft.

Im Kreis Schleswig-Flensburg und in Nordfriesland liegen die Zahlen gar weit unter 10 %. Dafür ist die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern so hoch wie seit Anfang der siebziger Jahre nicht mehr. Das erzählt uns die Arbeitsverwaltung. Das erzählt uns auch WIREG in Flensburg und das Technologie- und Gewerbezentrum.

Dies ist sicherlich auch ein Erfolg des Regionalprogramms für strukturschwache ländliche Räume und seiner Vorgänger. Von 1995 bis Oktober 1999 wurden an der Westküste, im Landesteil Schleswig und in den strukturschwachen Teilen der Kreise Rendsburg-Eckernförde, Plön und Ostholstein aus dem Regionalprogramm 135 Projekte mit einem Zuschussvolumen von rund 145 Millionen DM gefördert. Insbesondere die wirtschaftsnahe Infrastruktur im Landesteil Schleswig wurde dadurch ausgebaut. Ich bin dafür,

dass die **Regionalprogramme** immer wieder evaluiert werden. Trotzdem muss gesagt werden, dass sie etwas bewirkt haben. Diese Investitionen waren notwendig. Stichworte sind hier die Folgen des Truppenabbaus, die Rüstungskonversion sowie das Auslaufen der Duty-free-Regelung.

Trotz dieser erfreulichen Entwicklung gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Auch in Zukunft muss die besondere Förderung der **strukturschwachen Gebiete** des Landes fortgesetzt werden, da - bedingt durch die Randlage - immer noch ungünstige Rahmenbedingungen vorherrschen. In diesem Zusammenhang kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen. Natürlich kann man so argumentieren, dass die Einwerbung von EU-Strukturmitteln ein Ausdruck für Wirtschaftsschwäche ist. Wer an dem Gespräch im Hanse-Office in Brüssel teilgenommen hat, wird einräumen müssen, dass bei der Verteilung von EU-Mitteln Verhandlungsgeschick auch eine Rolle spielt.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Das Steueraufkommen und die Anzahl von hochwertigen Arbeitsplätzen in Industriebetrieben oder im Informationstechnologiebereich liegen immer noch unter dem Landesdurchschnitt; dies stellt man fest, wenn man sich den nördlichen Landesteil anguckt. In diesem Zusammenhang ist eine verstärkte Förderung von Modellen der direkten Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft im Bereich des Technologietransfers mehr als bedeutsam.

Gerade deshalb ist es für unsere Region so wichtig, dass der Hochschulstandort Flensburg gestärkt und ausgebaut wird. Ein kleiner Anfang könnte die vom SSW geforderte Namensänderung der Bildungswissenschaftlichen Hochschule in **Universität Flensburg** sein. Diese Namensgebung hat nicht nur eine große symbolische Bedeutung für die BU Flensburg, sondern für die ganze Region.

(Ingrid Franzen [SPD]: Die Halle ist mir lieber!)

Der ins Gespräch gebrachte Bau einer **Mehrzweckhalle** auf dem Hochschulgelände in Flensburg, die sowohl vom Handballclub SG Flensburg-Handewitt als auch von anderen Veranstaltern und von der Universität genutzt werden könnte, wäre sicherlich ein Gewinn für alle.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD], Ingrid Franzen [SPD] und Frauke Tengler [CDU])

Die Entscheidung hängt natürlich von den Verantwortlichen vor Ort ab.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Es ist positiv, dass die Landesregierung ihre Bereitschaft für die Bezuschussung signalisiert hat.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Ingrid Franzen [SPD])

Dazu begrüßt der SSW, dass im Haushalt 2000 bereits eine haushaltsgesetzliche Ermächtigung für die Freigabe des erforderlichen Grundstücks zur Bebauung eingebracht wird.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Ingrid Franzen [SPD])

Obwohl es in den letzten Jahren gelungen ist, den wirtschaftlichen Abstand zwischen dem nördlichen Landesteil und den wirtschaftlich starken Gebieten in Holstein zu verringern, ist das grundgesetzlich verankerte Ziel von gleichen Lebensbedingungen noch nicht erreicht. Der SSW begrüßt deshalb, dass die Landesregierung auch im Haushalt 2000 mit dem neuen Regionalprogramm 2000 die strukturschwachen Gebiete unterstützen will.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Ingrid Franzen [SPD])

Denn Landespolitik muss auch immer Regionalpolitik sein. Die Landesregierung darf jetzt aber nicht auf halbem Weg stoppen. Es ist unbedingt notwendig, dass die besondere Förderung jener Gebiete auf hohem Niveau weitergeführt wird.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Im Haushaltsentwurf 2000 sind für das auslaufende Regionalprogramm und für das neue **Regionalprogramm 2000** insgesamt 21,6 Millionen DM vorgesehen. 1999 waren noch 30 Millionen DM für das Regionalprogramm eingeplant. Daher fordert der SSW weiter einen größeren Anteil von Landesmitteln im neuen Regionalprogramm 2000. Nur wenn wir genügend eigene Mittel bereitstellen, bekommen wir Einfluss auf die geförderten Projekte und können die Mittel regional gezielt einsetzen. Es darf nicht so sein, dass immer nur argumentiert wird: „Wo haben wir ein Programm? Dann haben wir auch ein Projekt dazu.“ Wir müssen umgekehrt argumentieren.

(Jürgen Weber [SPD]: Hört, hört! Sehr gut!)

Die Landesmittel im Regionalprogramm 2000 müssen sowohl zur Kofinanzierung von EU-Projekten als auch für regionale Projekte, die nicht in die gängige Förderkulisse passen, eingesetzt werden.

Zu einer ausgewogenen Regionalpolitik im 21. Jahrhundert gehört auch, dass der für die wirtschaftliche Entwicklung von strukturschwachen Regionen so wichtige Aufbau der Infrastruktur in Schleswig-Holstein nicht nur einseitig auf die Achse Hamburg - Fehmarnbelt - Skandinavien ausgerichtet wird.

(Beifall der Abgeordneten Claus Ehlers [CDU], Claus Hopp [CDU] und Hans Siebke [CDU])

Der SSW hat sich zu keinem Zeitpunkt gegen die Fehmarnbelt-Querung ausgesprochen. Wir begrüßen, dass das Landeskabinett jetzt grundsätzlich dem Bau der Fehmarnbelt-Querung zugestimmt hat.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

Wie ich aber schon mehrfach in diesem Haus gesagt habe: Die Prioritätensetzung muss stimmen. Wir bleiben dabei, dass der zügige Ausbau der A 20 und die schnelle Verwirklichung der westlichen Elbquerung bei Glückstadt mit Anbindung an die Westküste Vorrang haben müssen.

(Beifall der Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Trotz der günstigen Prognosen für die Arbeitslosenzahlen wird die Massenarbeitslosigkeit auf absehbare Zeit weiterhin das zentrale Problem unserer Gesellschaft bleiben. Auch alle Umfragen belegen, dass das für die Menschen in unserem Land das Thema schlechthin ist. Deshalb bleibt es unumgänglich, eine aktive **Arbeitsmarktpolitik** zu führen. Aus der Sicht des SSW heißt das auch, dass es weiterhin ein Ziel sein muss, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger so schnell wie möglich in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Wir haben uns hier im Landtag bereits mehrfach mit der Kritik an der Effizienz der ASH-Programme auseinander gesetzt. Der SSW bleibt dabei: Zur sozialen Gerechtigkeit gehört, dass man die Schwächsten der Gesellschaft nicht einfach sich selbst überlässt, sondern ihnen aktiv hilft. Wer wie der F.D.P.-Generalsekretär Guido Westerwelle die Parole unterstützt, man müsse die „Schwachen vor den Faulen schützen“, hat wenig von den sozialen Problemen in der Bundesrepublik begriffen und schürt nur die Vorurteile der Stammtische.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Programm der Bundesregierung hat zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit beigetragen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da müssen Sie mal gucken, was im Schröder-Blair-Papier steht! Da steht nämlich genau das drin!)

- Ich unterstütze auch nicht das Schröder-Blair-Papier, das habe ich in diesem Hause schon mehrfach gesagt. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass Herr Westerwelle genau das gesagt hat, was ich vorhin zitierte.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Zu Recht hat er das gesagt!)

Das Programm der Bundesregierung zum Abbau der **Jugendarbeitslosigkeit** hat in Schleswig-Holstein zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit beigetragen. Deshalb kommt es jetzt darauf an, dieses Programm nicht nur weiterzuführen, sondern es sogar auszubauen und es mit anderen Maßnahmen der Arbeitsverwaltung zu verzahnen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Denn nichts ist schlimmer oder gefährlicher für die Entwicklung der Demokratie als eine Gesellschaft, die ihren Jugendlichen keine Perspektiven bieten kann.

Die wichtigste Voraussetzung dafür, dass unsere Jugendlichen auch im 21. Jahrhundert ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt nutzen können, ist natürlich eine gute Grundlage durch die Ausbildung an den Schulen und Hochschulen. Von daher begrüßen wir, dass die Landesregierung jetzt 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer anstellen will. Auch begrüßt der SSW, dass in der Nachschiebeliste und bedingt durch die positiven Ergebnisse des Vermittlungsausschusses nochmals mehr Geld für den Hochschulbereich zur Verfügung gestellt wird. Aber es bleibt ein Problem, dass wir in Schleswig-Holstein zu viel Unterrichtsausfall zu verzeichnen haben und dass die Finanzausstattung sowohl der **Schulen** als auch der **Hochschulen** des Landes immer noch zu dünn ist.

Das gilt nicht zuletzt auch für die Privatschulen des Landes, die mit erheblichen finanziellen Problemen zu kämpfen haben. Durch den 1998 erzielten Kompromiss zwischen dem SSW und der Landesregierung bleiben die Zuschüsse pro Schülerin und Schüler der dänischen Ersatzschulen im Landesteil Schleswig bis 2001 zwar unverändert, aber bei steigenden Lohn- und Sachkosten führt dies natürlich zu finanziellen Problemen. Auch die Frage der Kosten für die Schülerbeförderung ist sowohl für die deutschen Schulen in freier Trägerschaft als auch für die **Schulen der dänischen Minderheit** weiterhin unbefriedigend gelöst.

Obwohl also sowohl Schleswig-Holstein insgesamt als auch der Landesteil Schleswig besser gerüstet in das

neue Jahrtausend gehen, als wir es noch vor einigen Jahren für möglich hielten,

(Lothar Hay [SPD]: Vor zwölf Jahren!)

besteht kein Grund, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Damit meine ich, dass der SSW auch für die nächste Legislaturperiode konkrete Forderungen formuliert hat, die unserer Meinung nach umgesetzt werden sollten, damit Schleswig-Holstein auch im 21. Jahrhundert ein lebens- und liebenswertes Land bleiben wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei der SPD)

Dabei ist der SSW keine Partei der Beliebigkeit, sondern vertritt eine sozial und skandinavisch orientierte Politik. Wir werden eine wie auch immer geartete Landesregierung nach dem 27. Februar daran messen, inwieweit sie den genannten Vorstellungen des SSW entspricht oder entgegenkommt.

Eine Bemerkung noch: Wenn CDU-Spitzenkandidat Rühle in einem Interview sagt, er erwarte, dass sich der SSW bei der Regierungsbildung nach der Wahl neutral verhalte, so muss ich dem klar widersprechen: Der SSW hat ein voll gültiges Mandat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles, was es dazu zu sagen gibt, wurde in den siebziger Jahren von meinem Vorgänger Karl-Otto Meyer gesagt. Damals hieß der Ministerpräsident noch Stoltenberg. Alles wurde damals von Karl-Otto Meyer gesagt. Wir werden, falls wir Zünglein an der Waage sein sollten, nur eine Landesregierung unterstützen, die unseren politischen Zielen entgegenkommt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir wollen in erster Linie, dass der tief greifende Strukturwandel in unserer Gesellschaft verstärkt unter den Gesichtspunkten „Chancengleichheit für alle“ und „soziale Gerechtigkeit“ gestaltet wird. Dazu gehört aus der Sicht des SSW unter anderem eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Jeder Arbeitslose sollte das Recht haben, innerhalb eines Jahres ein Angebot zur Beschäftigung oder Weiterbildung zu bekommen.

Wir wollen weiterhin, dass die Entwicklung des Landesteils Schleswig, der Westküste und der übrigen strukturschwachen Regionen weiter vorangetrieben wird. Dazu gehört aus der Sicht des SSW eine eigenständige Regionalpolitik für Schleswig-Holstein.

Wir wollen, dass die kulturelle und finanzielle Gleichstellung zwischen Mehrheit und Minderheit in der nächsten Legislaturperiode entscheidend vorankommt. Dazu gehört, dass die Schülerbeförderung des däni-

schen Schulwesens im Landesteil Schleswig rechtlich und finanziell endlich abgesichert wird. Zu den konkreten Anträgen zum Haushalt werde ich mich in der zweiten Runde äußern.

Nicht zuletzt wollen wir eine offene und bürgernahe Gesellschaft nach nordischem Vorbild. Wir wollen, dass sich diese Nähe zu Skandinavien auch verstärkt in der Politik des Landes widerspiegelt. Dies gilt insbesondere im Bildungs- und Kulturbereich. Stichworte sind hier: die schrittweise Einführung einer ungeteilten Schule, ein Weiterbildungsgesetz und längerfristig auch ein eigentliches Bibliotheksgesetz.

In diesem Zusammenhang hoffe ich sehr, dass wir noch in dieser Legislaturperiode ein Informationsfreiheitsgesetz verabschieden können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Der Ausbau des **Informationszugangsrechts** für die Bürgerinnen und Bürger wäre ein großartiger Schritt in Richtung einer bürgerfreundlichen Gemeinschaft, wie sie sich der SSW vorstellt.

Zu einer offenen und bürgernahen Gesellschaft gehört unserer Meinung nach eine eigentliche Ombudsmann-Institution. Deshalb ist der SSW auch gegen eine vollständige Abschaffung der Beauftragten.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir meinen, diese Diskussion muss redlich geführt werden. Wer nur pauschal vom „Beauftragten-unwesen“ redet, tut dies nicht. Der SSW wird sich weiterhin - das ist klar - für den Erhalt des **Minderheitenbeauftragten** stark machen. Gerade diese Institution hat seit 1989 viel für die Verständigung zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung im deutsch-dänischen Grenzland getan.

(Beifall bei der SPD)

Wir stellen mit Genugtuung fest, dass sowohl F.D.P. als auch CDU diese Forderung vom Tisch genommen haben, also die Forderung nach Abschaffung dieses Beauftragten.

Aber der SSW setzt sich auch für den Erhalt der Stellen für die Beauftragten für soziale Fragen ein,

(Beifall bei der SPD)

das heißt für die **Bürgerbeauftragte** und für den **Beauftragten für Menschen mit Behinderung**. In dieser Hinsicht hat sich der SSW immer wieder für das Rheinland-Pfalz-Modell ausgesprochen, wo es eine in der Verfassung festgelegte Verzahnung zwischen dem Petitionsausschuss und dem Bürgerbeauftragten gibt.

Im 21. Jahrhundert ist eine neue Konfliktlösungskultur wichtig. Wer von Verwaltungsmodernisierung spricht, ohne das andere mitzubedenken, hat aus unserer Sicht nicht begriffen, was Verwaltungsmodernisierung heißt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Grundsätzlich gehört zu einem modernen Sozialstaat eine Institution, die vermittelnd zur Lösung von Konflikten zwischen Bürgerinnen und Bürgern und staatlichem Handeln beiträgt. Aus der Sicht des SSW ist der Rechtsfrieden nicht allein durch eine mit staatlicher Macht durchsetzbare Entscheidung zu erreichen, sondern vielmehr durch die permanent werbende Aufklärung. Das gilt es zu verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das traditionelle Verständnis von Rechtsschutz ist also an seine Grenzen gestoßen. Ein Umdenken ist erforderlich. Von der Fähigkeit zur Anpassung von bestehenden Konfliktlösungswegen an die Erwartungen der Menschen wird die Akzeptanz staatlichen Handelns viel stärker als in der Vergangenheit abhängen. Darum sollte man sich ruhig noch einmal den Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten angucken.

Ein anderer Faktor der Akzeptanz staatlichen Handelns wird im 21. Jahrhundert verstärkt die Glaubwürdigkeit von Politikerinnen und Politikern sein. In der Glaubwürdigkeitskrise der Politik, die wir im Moment erleben, spiegelt sich auch die Zerrissenheit unserer Gesellschaft wider. Im Moment scheint es so, dass Begriffe wie Gemeinsinn, Verantwortung und Solidarität in breiten Schichten der Bevölkerung dem Egoismus gewichen sind. „Ohne Moral“ hieß am Montag die Titelstory des „Spiegel“ über die heutige Gesellschaft. Über Steuerhinterziehung, Umweltsünden, wechselnde Partnerschaften und Geldgier oder einfach nur Gleichgültigkeit zeichnet sich das Bild einer Gesellschaft, deren Moralbegriffe mehr und mehr in Auflösung begriffen sind. Aber gerade deshalb müssen verantwortungsvolle Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie Führungskräfte der Wirtschaft oder auch Politikerinnen und Politiker mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die Berichterstattung der Medien mag zurzeit überzogen sein; doch zur politischen Glaubwürdigkeit gehört unabdingbar ein sauberer Umgang mit Recht und Gesetz sowie mit finanziellen Zuwendungen.

Wir müssen alle daran arbeiten, dass die **Glaubwürdigkeit der Politik** verbessert wird. Die vielen großen Skandale und kleinen Skandalchen schaden letztlich der Demokratie. Ich befürchte, am Ende werden die Affären auf alle Parteien zurückfallen. Nur die völlige Aufklärung aller Ungereimtheiten und aller Unregelmäßigkeiten hilft, das Vertrauen der Menschen in die Politik wiederzugewinnen.

(Beifall bei der SPD)

Der politische Gelehrte Tocqueville sagte vor ganz vielen Jahren:

„Der Gang der Politik gleicht dem Fluge eines Drachens, dessen Bahn von dem Winde, der ihn treibt, und der Schnur, die ihn hält, abhängig ist.“

Wir als Politikerinnen und Politiker können den Wind nicht steuern; es gehört aber zu unseren wichtigsten Aufgaben, dem Drachen der Politik genügend Schnur zu geben, damit er frei fliegen kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

#### **Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Meine Damen und Herren, wir treten damit in die Mittagspause ein.

Um 14:15 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt. Ich wünsche guten Appetit.

(Unterbrechung: 13:14 Uhr bis 14:18 Uhr)

#### **Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

Wir setzen die Beratung über das Haushaltsgesetz fort. Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Heide Simonis.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Die Fraktion ist noch in der Mittagsstunde!)

#### **Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe immer das Pech, nach der Mittagspause anfangen und mich dann an den wenigen erfreuen zu dürfen, die da sind. Vielen Dank!

(Beifall - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das reißen Sie mit dem letzten Beitrag wieder raus!)

Wir machen einmal einen Klub der Mittagessen-Geschädigten auf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an der Schwelle zum Jahr 2000 steht Deutschland am Beginn einer Aufschwungkurve - so wird es uns jedenfalls auch von internationalen Sachverständigen bestätigt -, die Hoffnung auf eine dauerhafte Besserung der wirtschaftlichen Lage macht. Die Wirtschaftsforscher rechnen mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,6 % für das nächste und 2,9 % für das darauf folgende Jahr. Die Nettokreditaufnahme des Bundes liegt seit 1992 zum ersten Mal unter 50 Milliarden DM. Die Jugendarbeitslosigkeit ging durch das Sofortprogramm der Bundesregierung durchschnittlich um 6,3 % zurück.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Offensichtlich haben die Jugendlichen auf dieses Programm gewartet, denn 98 % der Angesprochenen haben das Angebot sofort angenommen und damit dazu beigetragen, dass die Jugendarbeitslosigkeit auch bei uns im Lande drastisch zurückgegangen ist

Die kleinen und mittleren Unternehmen werden durch das entlastet, was der Bundesfinanzminister heute Morgen vorgetragen hat. Von den neuen Steuerplänen, der Zusammenführung der beiden Stufen, die zunächst für 2001 und 2002 gedacht waren, werden vor allem kleine und mittlere Unternehmen, von denen wir ja so viele in Schleswig-Holstein haben, aber auch geringer Verdienende gut haben. Es ist das erste Mal seit 16 Jahren, dass die Bundesregierung eine Senkung der Steuern für die vornimmt, die es wirklich brauchen,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und auch völlig unideologisch für die, von denen wir hoffen, dass sie damit Investitionen tätigen. Damit haben wir in einem Jahr mehr geschafft als die Vorgängerregierung in 16 Jahren.

(Holger Astrup [SPD]: Wohl wahr!)

Die Familien bekommen mehr Geld. Das hilft der Konjunktur und schafft Arbeitsplätze. Von einer solchen Politik profitiert auch Schleswig-Holstein. Dieser Rückwind, aber auch unsere eigene Kraft haben sich in einer Bilanz niedergeschlagen, von der ich davon ausgehe, dass sie sich sehen lassen kann.

Als ich heute Morgen dem Herrn Oppositionsführer zuhörte, erinnerte mich das fatal an das, was der ehemalige Generalsekretär der CDU in Lübeck von sich gegeben hat. Es ist immer die gleiche Melodie: Lübeck hat vor Jahrhunderten das letzte Mal einen Höhepunkt

erlebt, danach wurde es müde und schläfrig und versank.

(Günter Neugebauer [SPD]: Unerhört!)

Sie machen dieses Land immer an der gleichen Stelle schlecht

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Holger Astrup [SPD]: Immer wieder! - Unruhe bei der CDU)

und wundern sich am Ende, dass Ihnen die Leute nicht dankbar um den Hals fallen, wenn Sie sie vorher so beschimpft haben.

Die erfreulichste Bilanz ist zum Beispiel - und da ist nichts von Ihnen zu hören - das „Bündnis für Ausbildung Schleswig-Holstein“, mit dem es alle zusammen - Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kommunen und öffentliche Verwaltung - schon mehrere Jahre hintereinander geschafft haben, für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu finden, wenn auch vielleicht nicht den Traumjob, wenn auch vielleicht nicht direkt vor der Haustür. Aber es ist immerhin eine Chance für junge Leute, sich die eigenen Lebens- und Arbeitsperspektiven ausbauen zu können. Dadurch sind wir in der Zwischenzeit mit Bayern Nummer eins in Deutschland und darauf können alle, die daran beteiligt waren, stolz sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Landesregierung trägt ihren Teil dazu bei, indem wir mit großem finanziellen Einsatz zusätzliche Ausbildungsplätze bei ausländischen Betriebsinhabern fördern, bei denen mancher Jugendlicher aus bestimmten, hier nicht darzulegenden Gründen lieber ausgebildet werden soll und möchte, indem wir Betriebe im Handwerk von hohen Kosten überbetrieblicher Lehrlingsunterweisung entlasten, indem wir helfen, die Zahl der Ausbildungsabbrecher durch Beratung zu reduzieren und die Qualität der Ausbildung durch Modernisierung unserer Berufsbildungsstätten zu steigern. Das kommt doch alles dem Handwerk zugute, dessen Ausbildungsleistung wir hoch anerkennen und das sich von uns doch nicht überreden ließe, junge Leute einzustellen, wenn man mit dem Untergang des Unternehmens oder dieses Landes rechnen würde. Wir haben ein gutes Klima für Existenzgründer, Betriebsansiedler und Investitionen in neue Arbeitsplätze.

Nun zur Statistik! Man kann jedem das Recht zugestehen, dass man sie von unten oder oben anguckt. Auffallend ist, dass Sie sie immer von unten angucken, während wir sie von oben angucken und komischerweise feststellen, dass wir immer oben sind; Sie kom-

men gar nicht über die Mitte hinaus, Ihnen scheint der Blick mit allem Möglichen verstellt zu sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir starten im November mit rund 9.000 Menschen weniger, die keinen Arbeitsplatz haben - das ist doch schon ein Fortschritt gegenüber dem Vorjahr -,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

und 10.000, die einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben. Mit 8,9 % haben wir die niedrigste Arbeitslosenquote aller norddeutschen Länder. Wir liegen nach wie vor an der fünften Stelle in der Bundesrepublik Deutschland. Die Personalnachfrage war seit den siebziger Jahren noch nie so stark wie heute. Wir sind im vorderen Drittel mit die Besten. Das wäre in der Fußballbundesliga ein UEFA-Cup-Platz. Zum Vergleich: 1982, unter der Regierung Ihres Ehrenvorsitzenden, Gerhard Stoltenberg, rangierte Schleswig-Holstein auf dem viertletzten Platz, vom Abstieg bedroht.

Seit 1988 gibt es bei uns 96.000 Erwerbstätige mehr, ein Zuwachs von mehr als 8.700 pro Jahr, und das, obgleich Menschen aus Mecklenburg und anderswoher zugezogen sind. Das heißt, mehr Bürgerinnen und Bürger sind in Arbeit gekommen, als es mit den Zahlen zum Ausdruck gebracht werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Knapp 100.000 Menschen haben seit 1988 mit unserer Hilfe im Arbeitsmarktprogramm Beschäftigung gefunden und sind danach unter Umständen sogar in den ersten Arbeitsmarkt übergegangen.

Das Konzept „Arbeit statt Sozialhilfe“ ist ein Erfolg, auch wenn Sie dauernd „Haschisch“ schreien. Sie vergessen, dass das nicht das Problem ist. Das Problem ist, wie wir Menschen aus der Sozialhilfe herausbekommen,

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

und das hat die Arbeitsministerin mit ihrem Programm geschafft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir da Modelle, Modellchen machen - woran liegt das denn? - Das liegt daran, dass die frühere Bundesregierung nicht das erlaubt hat, was anders war als das, was sie schon vor Jahren vorgefunden hat.

Wir konnten immer nur am Rande dessen, was unser Haushalt noch hergibt, Modelle machen. Aber es sind verdammt gute Modelle, weil dadurch Menschen in

Lohn und Brot gekommen sind. Die Hilfe zum Lebensunterhalt ist im Landesdurchschnitt um immerhin 4,4 % gesunken. Das kommt übrigens auch den Kommunen zugute.

Unser „Bündnis für Arbeit“ hat auf Landesebene schon geholfen und es wird auch auf Bundesebene weiterhelfen, auch wenn diese wandelnde Düsternis, Herr Henkel, dauernd den Untergang der Bundesrepublik Deutschland an die Wand malt. Wir werden es dennoch schaffen, hier einen Silberstreif am Horizont aufzubauen, damit wieder Licht am Ende des Tunnels zu erkennen ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Antwort der CDU, insbesondere ihres ehemaligen Generalsekretärs, ist, den zweiten Arbeitsmarkt als etwas Fremdes im System der sozialen Marktwirtschaft zu bezeichnen. Ja, ist denn die soziale Marktwirtschaft dadurch gekennzeichnet, dass sie die Arbeitslosigkeit von 4 Millionen Menschen einfach so hinnimmt, ohne sich darum zu kümmern? Ist das das System der sozialen Marktwirtschaft? - Sie sollten Ihren Adenauer und Erhard noch einmal lesen; davon steht darin überhaupt nichts.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn Herr Professor Driftmann zusammen mit Heide Simonis, mit Peter Deutschland und mit Dietmar Katzer ein Bündnis gegen Arbeitslosigkeit organisieren, dann sind wir offensichtlich alle revolutionär, weil wir die soziale Marktwirtschaft abschaffen wollen.

In den vergangenen zehn Jahren haben in Schleswig-Holstein fast 1.000 neue Unternehmer mehr als 20.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Wir haben einen Rekord bei den **Unternehmensansiedlungen** aufgestellt. Und wenn in der „Wirtschaftswoche“ der CDU-Kandidat, der Gegenkandidat, nun einmal mehr andeutet, dass alles das nicht stimmt, dann sagt das mehr über seine Kenntnisse über dieses Land aus als über sein wahres Wissen und Fachwissen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben einen Spitzenplatz, weil wir reale Zahlen vorweisen können. Das ist nicht - wie er behauptet - eine Mischung aus Propaganda und Selbstgefälligkeit. Davon ist noch nie jemand an einen Arbeitsplatz gekommen. Aber er scheint etwas von Selbstgefälligkeit und Propaganda zu verstehen. Er unterstellt sie mir in einem Punkt, den man mit nationalen und internationalen Statistiken nachweisen kann, der zeigt, dass wir

nämlich wirklich einen Riesenschritt nach vorn getan haben.

Ich merke schon, dass Sie anfangen zu lachen, wenn man nur den Namen Motorola nennt - so nach dem Motto, das wäre keine Leistung. Dazu kann ich nur sagen: Prima! Darüber, was bei Ihnen eine Leistung ist, würde ich mich gern mit Ihnen unterhalten.

(Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Meinhard Füllner [CDU])

Sie tun so, als wäre Motorola vom Himmel gefallen und zufällig in Flensburg gelandet.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Schauen Sie sich einmal an, was hier im Land noch alles passiert. Der Gegenkandidat behauptet, wenn die Leute von Rot-Grün hörten, gingen sie laufen. Davon kann gar keine Rede sein. Die Wiesbadener Köllmann AG will nach Norderstedt kommen und dort etwa 2.000 Arbeitsplätze schaffen. Und auch andere amerikanische Firmen wie zum Beispiel der Büroartikelversand Viking Direkt mit einem Jahresumsatz von mehr als 200 Millionen DM hat sich Deutschland und ausgerechnet Schleswig-Holstein ausgesucht, nämlich das Gewerbegebiet Elmenhorst/Lanken,

(Meinhard Füllner [CDU]: Das haben Sie bewirkt?)

um dort 150 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU] - Ursula Kähler [SPD]: Herr Füllner, nun freuen Sie sich doch einmal!)

MobilCom und Motorola, das sind doch alles Firmen, die man über alle Parteigrenzen hinweg - alle Menschen, die ich gerade genannt habe; ich nenne sie nicht alle, darüber könnte man lange reden - begrüßen müsste und zu denen man sagen müsste: Gott sei Dank, die kommen und helfen, dass hier der Norden seine letzte Position in der Statistik verliert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lothar Hay [SPD]: Genau so ist es! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb haben Sie ja auch mit der Telekom einen Vertrag geschlossen!)

Wir haben in der Zwischenzeit das elfte **Technologiezentrum** in Schleswig-Holstein eröffnet, das nach einem Bewilligungsbescheid von 7,8 Millionen DM durch den Wirtschaftsminister demnächst seine Arbeit aufnehmen kann. Und Rolf-Rüdiger Janzen, Aufsichtsratsvorsitzender der Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein, bescheinigt in seinem jüngsten

Geschäftsbericht der Landesregierung eine innovative Technologiepolitik und beispielhafte wirtschaftliche Erfolge; dadurch sei Schleswig-Holstein zu einem starken Technologiestandort geworden. Ich nehme an, Sie kennen Herrn Janzen. Wenn nicht, bin ich gern bereit,

(Holger Astrup [SPD]: Ihn mal vorzustellen!)

Ihnen einen Termin zu organisieren, damit Sie ihn einmal kennen lernen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Fachleute jedenfalls wissen, wovon sie reden, und sie wissen, dass sie über Gutes reden. Nach aktuellen Umfragen der Landeszentralbank beurteilen die meisten Unternehmen bei uns ihre Aussichten als überaus positiv; 86 % der Befragten nennen ihre **Geschäftsentwicklung** befriedigend oder gut, jeder Dritte erwartet für das nächste Jahr ein deutliches Plus. Das alles bedeutet: Schleswig-Holsteins Wirtschaft startet mit Rückenwind ins nächste Jahrtausend. Wir stehen bei einem Wirtschaftswachstum von 2,25 % mit an der Spitze aller Länder und können dadurch den Menschen, die sich um einen Arbeitsplatz für sich, ihre Kinder oder für ihre Familie sorgen, Hoffnung vermitteln. Wir hoffen, dass das auch in den nächsten Jahren stabil bleibt.

Vor wenigen Tagen hat die Industrie- und Handelskammer zu Kiel angekündigt, dass sie die Mitgliedsbeiträge senken will. Das bedeutet, die **Wirtschaftskraft** in diesem Land hat zugenommen. Flensburg ist unter den 80 deutschen IHKs von Platz 59 auf Platz 42 gekommen, Kiel von Platz 39 auf Platz 17, Lübeck von Platz 36 auf Platz 11. Das heißt mit anderen Worten, folgendes Zitat, das ich mit der Erlaubnis der Präsidentin vorbringen darf, kann man nur als richtig bezeichnen: Diese Wirtschaftsentwicklung beweist, „dass das Land Schleswig-Holstein in den letzten Jahren nicht nur bei den Steuereinnahmen eine günstige Entwicklung aufweist ...“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo denn?)

Schleswig-Holstein hatte „im Vergleich mit anderen Ländern 1996 eine Finanzkraft von 102,5 % und in den Jahren 1997 und 1998 ebenfalls über 100 % erreicht.“

Wer hat das wohl gesagt?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das fragen wir uns jetzt auch!)

Ich dachte, der Abgeordnete Stritzl würde sich freiwillig melden, denn es ist in der Drucksache 14/2599 vom 7. Dezember 1999 zu finden, dem CDU-Antrag

zum Haushalt 2000. Vielen Dank, Herr Stritzl, ich zitiere Sie gern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner wissen, was sie an ihrem Land haben. Sie leben gern hier und sie bekunden auch, dass sie gern hier leben. Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner unterstützen ihr Land. Sie sind bereit, zu spenden und Sponsorengelder zu geben. Zum ersten Mal hat unser Musikfestival mehr Zuwendungen aus privater Hand als aus dem öffentlichen Haushalt bekommen. Das bedeutet, dass Kunst und Kultur in diesem Land Anerkennung finden und dass man damit wirbt.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Die Vereins- und Westbank, der Brillenproduzent Fielmann, die Familien Horn und Gerlinger - deren Engagement bei uns wirklich nicht selbstverständlich ist - haben dazu beigetragen, die Kunst- und Kulturlandschaft zu bereichern. Und die Namen vielen berühmten Personen, die gern hier leben, brauche ich jetzt nicht noch einmal vorzulesen, Sie kennen sie ja. Sie sind jedenfalls stolz auf dieses Land und auf Schleswig-Holstein und zeigen ihre Verbundenheit.

Natürlich gab es auch schwierige Probleme zu lösen, denen wir uns auch im nächsten Jahr weiter zu widmen haben werden. Ich nenne beispielhaft den **Tourismus**. Wir haben alles, was wir nur tun konnten, für eine gemeinsame Vermarktungsstrategie getan, um diesen wichtigen Erwerbszweig zu sichern und auszubauen. Dennoch gibt es rückläufige Umsätze. Das ist eine ärgerliche Bilanz. Das bedeutet, dass man Ursachenforschung betreiben muss. Mit einem Hinweis, das liege nur an der Statistik, ist es nicht getan. Hier muss man sich einmal an die eigene Nase fassen und fragen, ob es nicht besser wäre, gemeinsam ein Konzept für dieses Land zu entwickeln und dafür zu werben, anstatt dass jeder für sich allein wirbt und den anderen „in die Tonne tritt“ - um es einmal so auszudrücken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich ist es auch ärgerlich, dass das Verwaltungsgericht Schleswig auf elf Eilanträge von Grundeigentümern die Pflicht zur Ausweisung nach der Vogelschutzrichtlinie und den so genannten FFH-Gebieten ausgesprochen hat. Das ist vor allem deshalb ärgerlich und erstaunlich, weil das Bundesverwaltungsgericht in Sachen **A 20** genau das Gegenteil von uns erwartet hat. Jetzt wird es langsam schwierig zu wissen, wonach man sich richten soll. Der Punkt ist: Verklagt

werden am Ende wir von der Europäischen Kommission und keines der Gerichte, wenn wir die Richtlinie nicht umgehend umsetzen. Außerdem sind dadurch wichtige Strukturhilfeentscheidungen der EU zunächst auf Eis gelegt worden.

Sie haben auch einen Brief vom Verfassungsgericht bekommen, in dem einiges zu der Frage des Verkaufs von Liegenschaften und deren Rückmiete gesagt worden ist - von Ihnen freundlich als „Liegenschaftsdeal“ bezeichnet. Sie sagen das so, als passiere hier etwas heimlich unter der Bank. Nach dem Bundesverfassungsgericht ist dies an sich nicht verboten. Sie hatten sich ja schon dazu verstiegen, das an sich als verboten zu bezeichnen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Ministerpräsidentin, Sie sollten bei der Wahrheit bleiben! Ich habe immer gesagt, dass der Verkauf an sich - -)

- Ich habe doch gar nicht gesagt, dass Sie das waren, Herr Kubicki! Einmal waren Sie es nicht; es waren andere, die das gesagt haben. Ab und zu sagen auch einmal die anderen dumme Sachen. Sie können sich da wirklich trösten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie müssen uns nicht in einer Gruppe zusammenfassen!)

Und Sie sind mit Ihrer Klage materiell gescheitert, weil das Zitat wie folgt weitergeht:

„Ist eine Wiederholung des ursprünglichen Modells nicht beabsichtigt, so dürfte ein objektives Entscheidungsinteresse verfallen.“

Sie können also davon ausgehen, dass das, was Sie so heftig beklagen, im Haushalt rechtens ist und damit eingebracht werden kann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt definitiv nicht!)

- Doch!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt definitiv nicht! Nur weil der Finanzminister erklärt, er stelle das als Kredit ein! Erzählen Sie das hier! Sie sollen hier heute sagen, wie Sie es behandeln wollen! Erzählen Sie es hier und heute, anstatt dauernd Lügengebäude aufzubauen! - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat die Frau Ministerpräsidentin.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Erzählen Sie hier, wie Sie das behandeln wollen!)

**Heide Simonis**, Ministerpräsidentin:

Wie oft müssen wir Ihnen denn noch erzählen, dass wir das als Kredit behandeln?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das soll auch so bleiben?)

Das haben wir doch schon mehrfach gemacht. Das können wir Ihnen aber gern noch einmal herausuchen.

Wir jedenfalls werden versuchen, alles so schnell wie möglich zu tun, um die FFH-Gebiete anmelden zu können, weil nur auf diese Art und Weise europäisches Recht umgesetzt wird und wir mit dem Geld aus der europäischen Kasse rechnen können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist Ihre Politik: verdrehen, lügen! Es ist so!)

Nun ein schönes neues Thema: Transrapid! Der neue Bahnchef, Hartmut Mehdorn - den muss nicht jeder kennen, aber es ist der Mann, der den Airbus erfunden und in die Luft gebracht hat und damit die größte Konkurrenz für Amerika darstellt; ein gutes Flugzeug -, hat sich nun einmal hingesetzt und hat in die Bücher geguckt. Es spricht immer vieles dafür, erst einmal in die Bücher zu gucken, die Einnahmen und die Ausgaben zu sortieren. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, dass 800 Millionen DM, wenn er die in die Hand bekommen würde, ausreichen, um die Bahnstrecke Hamburg - Berlin auszubauen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Die Fahrtzeit zwischen den beiden Städten würde sich damit um ein Drittel auf nur noch eineinhalb Stunden verkürzen. Mit dieser Ersparnis verglichen kostet jede versprochene Transrapid-Minute 200 Millionen DM mehr. In einer zweiten Ausbaustufe will er sogar nur noch maximal siebzig Minuten brauchen.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Für eine Viertelstunde Zeitgewinn wollen Sie 6 Milliarden bis 7 Milliarden DM ausgeben für eine Technologie, von der wir an sich in unseren Verkehrsströmen, in unseren transeuropäischen Netzen überhaupt nichts haben!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Nun bin ich ja eigentlich grundsätzlich nicht schrecklich neugierig.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

- Mein Gott, was sind Sie aufgeregt!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin ja nicht schrecklich neugierig, aber so manchmal wüsste ich dann doch schon einmal das eine oder andere von der Opposition. Ich bin übrigens der Meinung, Sie sind von der Presse wirklich unfair behandelt worden. Das letzte Mal haben Sie sich beim Haushalt um ein paar Nullen verrechnet. Das ist mir auch schon einmal passiert. Das kann vorkommen. Deswegen haben Sie sich vorgenommen: Das wird uns nie wieder passieren; wir geben keine Papiere mehr ab, wir rechnen nicht mehr, dann können wir uns auch nicht vertun.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oppositionsanträge im Finanzausschuss? - Fehlanzeige! Selbst zu den Anträgen Ihres Wunschkartenkoalitionspartners, mit dem Sie doch so gern vor den Traualtar treten wollen, nur eine reine Stimmenthaltung! Man muss schon klar Ja sagen, wenn man zusammenkommen möchte.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit einer Stimmenthaltung kriegt man das nicht hin.

(Lothar Hay [SPD]: Ehekrise vor der Ehe!)

Ein bisschen habe ich den Zwischenruf in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ schon verstanden: Wer so viel mit dem eigenen Etat zu tun hat, der kann sich doch nicht um anderer Leute Geld kümmern.

Jedenfalls die Aktuelle Stunde am vergangenen Mittwoch war auch - das muss ich Ihnen ehrlich sagen - eine Glanzstunde des Parlamentarismus. Die Firmenpleiten und die Unternehmensinterna auf Antrag der CDU hier vorzutragen, dazu haben wir zu Recht gesagt, dass wir das nicht wollen. Das war übrigens ein verwirrender Auftritt.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Ich bin auch nicht sicher, ob Ihnen die Firmen dafür dankbar sind.

Nun 65 Millionen DM bei Zuschüssen für Vereine und Verbände kürzen! Der Herr Fraktionsvorsitzende der SPD hat Ihnen das ja heute Morgen vorgerechnet, wie viel das in Prozenten sind. Welchen Verein, welchen Verband wollen Sie denn auf diese Art und Weise kaputt machen? Das müssen Sie doch irgendwie sagen.

(Beifall bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Das wüssten wir auch gern!)

Solange Sie nichts sagen, hat Ihr Slogan „Hier kommt die Zukunft“ für diejenigen, die damit rechnen, dass Sie deren Zuschüsse um 20 % gekürzt haben, eine wirklich bedrohliche Dimension, nämlich eine existenzbedrohliche Zukunftsvision.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich habe ja heute Morgen versucht zu verstehen, was Sie eigentlich meinen. Das ist mir leider nicht ganz gelungen. Ich meine das „Filetstück“ Ihres Sparmentüs, den Verkauf der **WOWAU** mit einem veranschlagten Ertrag von 500 Millionen DM. Wenn Sie die Kredite ablösen, wenn Sie die Steuern dazurechnen und die LEG nicht kaputt machen wollen, würde das bedeuten, dass Sie mehr als 2,3 Milliarden DM in die Hand nehmen müssten. Sie haben ja heute Morgen so getan, als ob die Steuer, die davon wieder abgezogen wird, bei uns draufkommt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die haben wir ja alle wieder drin. Das geht ja gar nicht in den Verbund hinein - weder in den Länderverbund noch in den sonstigen Verbund. Das kriegen wir also alles bar wieder als Belohnung drauf.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir haben „15 %“ gesagt!)

Sie müssen über 2 Milliarden DM investieren, um in Ihrer Kasse ein Plus von 500 Millionen DM zu haben. Das nenne ich aber wirklich ein gutes Geschäft!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Holger Astrup [SPD]: Aber die Neuverschuldung senken! - Lothar Hay [SPD]: Da war Waigel noch besser!)

Das ist wirklich aus christlicher Nächstenliebe heraus gehandelt. Im Übrigen ist es Kleingehacktes und keineswegs ein Filetstück.

Wir jedenfalls haben unsere Arbeit ordentlich gemacht. Haushalt bedeutet, Posten für Posten, Kapitel für Kapitel, Titel für Titel durchzugehen, Einnahmen und Ausgaben miteinander abzugleichen und dann zu sagen, wo man etwas wegnehmen will, und nicht einmal großartig darüber hinweg zu streuen.

Ihre Vorstellung heute Morgen davon, wie man den **öffentlichen Dienst** sanieren kann - außer mit den Ausnahmen -, bedeutet, dass Sie noch ganze 3 % Personalmenge zur Verfügung haben, um aber noch einmal so richtig zulangen zu können.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Da kann ich nur sagen: Frohe Weihnachten für die, die demnächst nicht mehr hierher zu kommen brauchen!

Wir machen dann nämlich den Laden dicht und geben den Schlüssel ab und sagen, hier kann niemand mehr hinein, weil wir keine Mitarbeiter mehr haben.

Sie haben doch noch nicht einmal in diese Torte hineingeguckt - wir schicken sie Ihnen ja immer -, in der so schön verteilt ist, wie viel in den Schulen ist, in den Hochschulen, in der Finanzverwaltung, bei der Steuerverwaltung, bei der Justiz und bei der Polizei.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dazu müsste man ja lesen!)

Die wollen Sie alle herausnehmen. Damit blieben im Ministerium 3,8 % übrig. Da wollen Sie jetzt richtig zuhauen, da werden Sie jetzt einmal zeigen, wie man sparen kann. - Nein, wir haben gezeigt, wie man sparen muss. Man darf den einen nicht mehr so viel geben, damit man 400 neue Lehrerstellen einplanen kann; ja, am Ende sind es sogar 656 geworden, weil wir noch einmal „zugedrückt“ und gesagt haben, ihr müsst uns ein bisschen mithelfen, damit wir diese Aufgabe für unsere Kinder hinkriegen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben kleinere Klassen als Bayern und Baden-Württemberg, wir haben kürzere Schulwege für unsere Kinder als manche dieser Länder. Das ist gut für diese Kinder und das ist gut für die Lehrer.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Verfahren im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag haben Sie sich heute Morgen auch beschäftigt. Ich war sehr zufrieden, dass es vor allem - wie ich gehört habe - dem Charme, der Bärbeißigkeit, der Bissigkeit, der Gemeinheit, der pastoralen Art unseres Finanzministers zu verdanken ist - das hat er alles hintereinander so gebracht -,

(Heiterkeit bei der SPD)

dass die ursprüngliche Belastung für uns halbiert wurde. Mir ist ja immer klar: Ein Obersynodaler hat natürlich alle Register einer solchen Orgel zu seiner Verfügung, um daran zu ziehen, wenn es darum geht, die Belastungen für unser Land und für unsere Kommunen, aber auch für andere Bundesländer geringer zu halten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wenn hier heute Morgen so mit freudigem Unterton gesagt worden ist, dass demnächst der **Länderfinanzausgleich** wegfallen wird, dann frage ich: Wissen Sie, wen Sie damit treffen? - Ach, keine Ahnung, nicht? - Es sind die fünf neuen Länder! Die kriegen nämlich

85 % dessen, was wir im Moment umverteilen. Wissen Sie, wir anderen elf Länder werden die restlichen 15 % noch irgendwie „wuppen“ - -

(Meinhard Füllner [CDU]: Das hat doch keiner gesagt!)

- Doch, doch, Sie haben heute Morgen ganz freudig erregt gesagt,

(Meinhard Füllner [CDU]: Das wollten Sie vielleicht hören, aber das haben Sie nicht gehört!)

das würde in ein paar Jahren weg sein und im Übrigen hätte sich der Bayer da durchgesetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Natürlich tun wir das die ganze Zeit. Es bedarf nicht Ihrer Aufforderung, etwas zu tun.

Jedenfalls eines ist sicher: Diese Auseinandersetzung um den Länderfinanzausgleich entscheidet über das Wohl und Wehe aller sechzehn Länder in der Bundesrepublik, aber insbesondere über das Wohl und Wehe jener fünf neuen Länder, die mit vierzig Jahren Verspätung fast mit Null angefangen haben und von uns zum Teil kaputtsaniert worden sind und die jetzt anfangen müssen, neue Strukturen aufzubauen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Jedenfalls das, was die Treuhand dort gemacht hat, war, dass sie zum Teil eine Trümmerlandschaft hinterlassen hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen werden wir weiter am Länderfinanzausgleich arbeiten.

Im Übrigen: Wir hatten uns ja selber verpflichtet, ihn bis zum Jahr 2004 neu zu schreiben. Ich weiß gar nicht, welche Sorgen Sie gehabt haben. Wir hätten sowieso im Jahr 2000 damit angefangen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe die Logik von Herrn Kubicki heute morgen nicht verstanden,

(Klaus Schlie [CDU]: Das wundert mich nicht!)

dass die 2 Milliarden DM, die wir von Europa und von Berlin bekommen, zusammen mit unseren Mitteln eigentlich ein Zeichen dafür sind, dass man in Scham

versinken müsse, denn Sie gönnen es uns wohl nicht oder wir hätten es nicht verdient, oder es wäre ein Beweis dafür, wie schlecht wir sind. - Nein, es ist ein Beweis dafür, dass gut verhandelt worden ist. Das können Sie nur nicht zugeben. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Von wem?)

Mit den neuen Kriterien haben ein paar Länder, die in letzter Zeit kassiert haben, obgleich sie nicht zu den Ländern gehören, die es verdienen - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist Lohn für gute Arbeit!)

- Nein, wissen Sie, EU-Mittel und Strukturhilfemittel sind keine Erfolgsprämien. Sie haben das leider auch noch nicht ganz begriffen, aber das macht ja nichts; es kann ja noch kommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es sind Strukturhilfemittel!)

- Strukturhilfemittel sind eine Hilfe für eine Zukunft, von der man überzeugt ist. Weil man davon überzeugt ist, dass Schleswig-Holstein für die Ostseeregion eine Zukunft entwickelt, die vernünftig ist, bekommen wir diese Mittel, um sie zum Teil

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schwachsinn!)

auch über die Grenze hinaus zu verwenden. Man muss das nur einmal nachlesen. Aber ich weiß, es sind immer Berge an Unterlagen. Die alle zu lesen ist ein bisschen schwer; das gebe ich gern zu.

(Lothar Hay [SPD]: Stoiber hätte auch gern ein bisschen mehr! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

In Bayern hätten sich jedenfalls alle angefasst und hätten stehend im Parlamentssaal die Bayernhymne gesungen, wenn die so viel Geld gekriegt hätten; die hätten stehend alle zusammen - wehe, es wäre einer sitzen geblieben - gesungen. Hier bei uns geht die Nölerei los, 2 Milliarden DM seien nur ein Beweis dafür, wie arm wir seien. Sie bringen es nicht fertig, zum Wohle dieses Landes einmal zu vergessen, dass Sie einer anderen Partei angehören als der der jetzt amtierenden Regierung. Das ist das Traurige daran.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wir haben uns der großen Infrastrukturprojekte angenommen. Für Sie ist das virtueller Beton. Wir kümmern uns um den Naturschutz, da wir wissen, dass

damit auch Arbeitsplätze gesichert werden. Wir statten die Schulen mit zusätzlichem Personal, Internetzugängen und mehr aus. Das alles ist bei Ihnen Propaganda. Auf diese Propaganda sind laut NDR-Umfrage offensichtlich 75 % der Befragten hereingefallen, denn sie sind mit meiner Arbeit als Regierungschefin zufrieden. Darauf bin ich ganz stolz.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, die finden Sie sympathisch!)

Ich bin darauf stolz, freue und bedanke mich und hoffe, dass diese 75 % lange, lange halten.

Durch dieses Land ist der von Bundespräsident Roman Herzog eingeforderte Ruck gegangen. Das Lob, das er uns 1995 anlässlich seines ersten Besuches erteilt hat, gilt auch heute noch. Das hier ist ein pulsierendes Land, in dem sich etwas bewegt. Dafür danke ich allen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern, die sich daran beteiligt haben.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

In der Loge begrüße ich frei reisende Handwerksge-sellen aus Sachsen und dem Rheinland.

(Beifall)

Herr Abgeordneter Neugebauer hat das Wort?

(Zurufe von SPD und CDU)

- Der Herr Abgeordnete Stritzl!

(Zuruf von der CDU: Rücken Sie das gerade, Herr Stritzl!)

#### Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Opposition freut sich, dass sich die Regierung und die sie tragenden Mehrheitsfraktionen so intensiv mit den Vorschlägen von CDU und F.D.P. zum Haushalt auseinandersetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Konrad Nabel [SPD]: War ja auch recht übersichtlich!)

- Herr Nabel, das macht zweierlei deutlich: Sie glauben selbst nicht mehr an Ihren Wahlsieg am 27. Februar und Sie wissen um die kurzen Halbwertzeiten Ihres Haushaltmachwerks, das Sie uns heute vorgelegt haben.

(Lachen bei der SPD - Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Herr Kollege Astrup, Sie wissen, dass das, was die Regierung uns als Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 vorgelegt hat, nicht den notwendigen Weg aus der finanzpolitischen Sackgasse weist, in die Sie dieses Land geführt haben. Das ist die Situation.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Herr Stritzl, seit 1988 halten Sie dieselbe Rede! - Heide Moser [SPD]: Schrei doch nicht so!)

- Frau Kollegin Moser, ich wollte das nur deutlich sagen. Wenn Sie mir jetzt zustimmen, sind wir uns ja einig.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, wir sind uns einig, dass dieses Land von 1988 bis zum heutigen Tage 4.000 Millionen DM **Mehreinnahmen** verzeichnen kann. Zirka 3.000 Millionen DM kommen aus Steuermehreinnahmen inklusive Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisung und knapp 1 Milliarde DM aus Privatisierungserlösen. Das haben wir nie bestritten. Frau Simonis, die Unterscheidungen, die Sie zu Herrn Kubicki machten, waren andere. Er hat Länderfinanzausgleich und BEZ abgezogen. Das war eine völlig andere Rechnung. Hier wird immer fröhlich gemischt, damit bloß ein Hammer gegen die Opposition daraus wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir sagen völlig klar, dass wir Ihnen die 4.000 Millionen DM Mehreinnahmen nicht neiden. Unsere Kritik setzt an, wenn man im gleichen Zeitraum 12.000 Millionen DM mehr **Schulden** macht. Das ist die Schuldenfalle und aus der müssen wir raus. Das ist die Belastung für unser Land.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Sie wissen das sehr genau. Ich freue mich, dass die Frau Ministerpräsidentin hier und heute unter Bezug auf die Opposition und mit Lob auf die Opposition unstreitig zusammen mit ihr die Steuermehreinnahmen feststellt und auch zugegeben hat, dass es die behaupteten Einbrüche nicht gegeben hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das gesamte Argumentationsmodell, das wir immer hören, nämlich es habe wahnsinnige Steuereinbrüche gegeben und daher sei die Verschuldung notwendig geworden, wird von der Landesregierung selbst heute nicht mehr angeführt. Wir stellen fest: Trotz 4.000 Millionen DM Mehreinnahmen seit 1988 wurden 12.000 Millionen DM mehr Schulden gemacht. Das ist

die Schuldenfalle und Ihre Verantwortung aus rot-grüner Zeit.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Ich bin gespannt, wie es weitergeht!)

- Herr Kollege Astrup, ich sehe das Erstaunen in Ihrem Gesicht. Wenn Sie es mir nicht glauben, dann darf ich vielleicht den Herrn Finanzminister im Originalton zitieren. Er hat in einem selbstverfassten Bericht gesagt: „Die Haushaltsstruktur hat sich in den letzten zehn Jahren verschlechtert.“ Herr Minister, das ist wohl wahr. Sie haben nur vergessen hinzuzufügen, wer in dieser Zeit die Regierungsverantwortung getragen hat.

(Lachen bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Es geht noch weiter auf dieser Seite!)

- Natürlich geht es auf der Seite noch weiter. Ich wollte Ihnen nur die weiteren Grausamkeiten ersparen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Finanzminister, vieles wurde in Richtung Bonn gesagt. Ich erinnere mich sehr gut an den Wahlkampf. Ich weiß, dass wir als CDU im Bundestagswahlkampf gesagt haben: Wir wollen eine Steuerstrukturreform mit einer Entlastung von zirka 30 Milliarden DM.

(Günter Neugebauer [SPD]: Und die Mehrwertsteuer-Erhöhung!)

Frau Ministerpräsidentin und Herr Finanzminister, Sie haben wiederholt gesagt, wer das fordere, blute die Länder aus.

Bei der Vorbereitung dieser Sitzung habe ich heute eine interessante Meldung in den Nachrichten gehört. Heute wird der Bundeskanzler zusammen mit dem Finanzminister eine Pressekonferenz zur neuen **Steuerstrukturreform** der Bundesregierung geben. Das Entlastungsvolumen soll zwischen 60 und 73 Milliarden DM liegen. Ich kann nur sagen: Herzlichen Glückwunsch! Als Gegenfinanzierung soll die „Auto-Konsolidierung“ über die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage dienen. Glauben Sie dem Herrn Bundeskanzler oder schlägt der Bundeskanzler heute etwas vor, was die Länder völlig ausblutet und Ihren Haushaltsentwurf, den Sie uns für das Jahr 2000 und die folgenden Jahre vorgelegt haben, völlig obsolet macht? Herr Finanzminister, sagen Sie etwas dazu, wie Sie zu dieser neuen Steuerstrukturreform stehen. Nehmen Sie Ihre damalige Kritik zurück und entschuldigen Sie sich bei der Nochoopposition hier im Hause. Sagen Sie: Damals waren die Vorwürfe an die Regierung Kohl ungerechtfertigt, der Schröder macht es in einem noch sehr viel stärkeren Umfang. Bekennen Sie sich dazu! Entweder war es damals falsch oder heute. Beides können Sie nicht zusammenbringen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn man heute die Einlassungen von Mehrheitsfraktionen und Regierung hört, hat es fast den Anschein, als stecke die Regierung in der Sackgasse, weil die Opposition ihre Alternativen nicht rechtzeitig genug genannt hat.

(Holger Astrup [SPD]: Was?)

- Herr Kollege, so ist der Eindruck! Sonst macht das Ganze keinen Sinn. Ich nehme nur einmal diese Legislaturperiode. Sie haben diesen Entschließungsantrag, Entschließungsantrag plus über 80 Einzelanträge im letzten Jahr und mehrere hundert Einzelanträge aus dem Jahr 1997! Alles haben Sie schlichtweg abgelehnt. Sie haben immer abgelehnt, abgelehnt, abgelehnt. Heute stellen Sie sich hin und sagen in Richtung Opposition: Wir brauchen dringend euren Rat und das auch noch in konkretisierten Einzelanträgen, weil wir sonst nichts umsetzen können. Das ist eine Form der Heuchelei, die sich wirklich nicht mehr überbieten lässt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Eine neue Erklärung zum Thema Faulheit!)

- Herr Kollege, nun kommen wir zum Thema Faulheit. Diese CDU-Fraktion hat sich - getreu dem Motto, das die Frau Ministerpräsidentin hier eingefordert hat - Kapitel für Kapitel angeguckt. Wir waren diejenigen, die in diesem Haushaltjahr 238 schriftliche Einzelanfragen an das Ministerium gesendet haben. Fragen Sie doch mal, wie viele Fragen Ihre Fraktion zum Haushalt an diese Landesregierung gestellt hat!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Fragen Sie doch einmal! Nicht einmal eine Handvoll mickriger Fragen konnten Sie sich abquetschen und die noch nicht einmal schriftlich! Sie haben hilflos in der Sitzung „rumgewesert“: Ja eigentlich könnten wir auch noch etwas abgeben. Nein, nein!

(Holger Astrup [SPD]: Was?)

Wir haben die Haushaltsberatungen im Finanzausschuss sehr ausführlich und verantwortungsvoll geführt. Die Erkenntnisse, die wir gewonnen haben, sind in den Entschließungsantrag entsprechend eingeflossen. Das wissen Sie.

(Holger Astrup [SPD]: Gott sei Dank haben wir öffentliche Sitzungen!)

Aber prinzipiell werden wir es dieses Jahr einmal wieder sehen. Sie werden dazu nur keine Gelegenheit mehr haben, weil der Wähler am 27. Februar 2000 das Wort haben wird. Sonst würden Sie wieder genauso verfahren, wie in den vergangenen Jahren: Erst groß-

volumig ablehnen, lautstark auf die Trommel hauen und sagen, „alles nicht zu gebrauchen, alles nicht zu machen“, und hinterher versuchen, klammheimlich das eine oder andere zu übernehmen!

Sie haben auch einmal etwas direkt übernommen. Das will ich gar nicht bestreiten. Das war, so glaube ich, der Antrag der F.D.P.-Fraktion im letzten Jahr, die Hundefuttermittellieferung zu erhöhen.

(Holger Astrup [SPD]: Zum Beispiel!)

Da haben Sie gesagt, das könnten Sie verstehen,

(Holger Astrup [SPD]: Das war auch ein sinnvoller Antrag!)

aber für die Polizisten, die die Hunde führen müssen, haben Sie nichts gemacht. Das ist der Hintergrund.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Das ist die Situation. So werden Sie es in vielen Bereichen machen.

Ich will mich nicht lange über die **LEG-Wohnungen** austauschen. Der Fraktionsvorsitzende, Herr Martin Kayenburg, hat hierzu das Notwendige gesagt.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist richtig!)

Aber eines sage ich Ihnen: Sich hier hinzustellen und den Leuten zu verklickern, wer Wohnungen verkaufe, tue etwas, was völlig unnormal sei - -

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Wir haben zwei Möglichkeiten. Sie vermischen hier fröhlich.

(Holger Astrup [SPD]: Sie wollen alles auf einmal verkaufen!)

Sie haben den Direktverkauf und den Anteilsverkauf völlig unterschiedlich und vermischt dargestellt und zwischen beiden nicht mehr getrennt. Den letzten wollen Sie selber. Gehen da etwa die Wohnungswerte nicht mit ein? Natürlich gehen sie mit ein! Dann gibt es so ein Pamphlet von der Geschäftsführung der LEG. Da werden die stillen Reserven in keiner Weise mehr aufgedeckt.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Darüber reden wir auch noch einmal. Das ist ja ein etwas ungewöhnlicher Vorgang, den wir haben. Ich will dazu jetzt nicht mehr sagen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich sage Ihnen ganz offen: Bei der WObAU/LEG sind - wie wir jetzt erfahren durften - aus 18.800 Wohnungen 16.500 Wohnungen gemacht worden, wobei 2.000 Wohnungen in ein so genanntes Leasingverfahren eingestellt wurden. Was heißt denn das? Wo sind die 2.000 Wohnungen hingegangen? Wer hat 2.000 Wohnungen erhalten, die nachher durch die LEG wieder zurückbewirtschaftet werden? Ich möchte das gern wissen. Und 1.000 weitere Wohnungen sollen ebenfalls direkt veräußert werden.

Ich sage Ihnen nur eines: Sie wissen, dass dies ein Weg ist, es auf die eine oder andere Art zu erreichen. Wir haben immer gesagt, dass wir mehrere Möglichkeiten haben, dies zu erreichen - ob im Direktverkauf oder Anteilsverkauf, darüber können wir ganz offen miteinander reden -, aber dass dies im Ergebnis erreichbar ist, wissen Sie auch.

Ich weiß ja nun, dass wieder nachgeguckt wird. Ich möchte Ihnen nur sagen: Wenn sich die CDU in einer großen deutschen Zeitung mit Vorwürfen auseinandersetzen muss - Frau Franzen, das war bei dem Thema der Eisenbahnerwohnungen der Fall; die SPD übrigens auch -, dass über den Anteilsverkauf die Eisenbahnerwohnungen in ihrer Gesamtheit veräußert werden sollten - -

(Zuruf des Ministers Claus Möller)

- Ja, ich sage: auch die SPD! Der CDU-Minister wollte es, Herr Müntefering will es. Der Gegenvorschlag ist - nur, damit Sie es auch wissen -, 20 % der rund 100.000 Wohnungen für 3 Milliarden DM direkt zu verkaufen. 20 % der 100.000 Wohnungen für 3 Milliarden DM direkt zu veräußern! Das ist der Gegenvorschlag, den es gibt.

Bei der WObAU haben wir immerhin noch die 16.000 Wohnungen. Da geht es um den Betrag, den wir hier genannt haben. Lassen wir also bitte dieses Gegenseitig-Aufrechnen, wie Sie es hier gemacht haben. Sie wissen, im Ergebnis ist es auf dem einen oder anderen Weg zu leisten.

Wenn es um die Frage geht, welche weiteren Vorschläge der Opposition Sie übernommen haben, so kann ich nur darauf hinweisen: Bei der Entbeamtung klingt doch die gleiche Melodie. Sie haben noch im Herbst letzten Jahres gesagt, die **Entbeamtungspolitik** gehe noch weiter.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Sommer! Im Juli!)

Unverantwortlich sollte das sein. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern. Als wir die Verbeamtung vorgeschlagen haben, mussten wir uns dagegen verteidigen, welche Einsparungen durch die Umstellung vom

Angestelltenverhältnis ins Beamtenverhältnis erreichbar seien. Da hieß es: alles unseriös, alles nicht zu erreichen! Heute stellen Sie sich selber mit Ihrem heutigen Haushalt hin und rechnen sich die Ersparnisse auf die gleiche Art und Weise an.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ähnliches beim Programm „1.000 Lehrer“! Als Volker Rühle diesen Vorschlag gemacht hat, hieß es aus dem Mund der Ministerpräsidentin: nicht finanzierbar!

(Zuruf von der CDU: So ist es! - Holger Astrup [SPD]: Was?)

Heute haben Sie gar nicht mehr Hemmungen, den Eindruck zu erwecken, Sie würden sogar 5.000 Lehrerstellen schaffen, nur weil Sie diejenigen ersetzen, die altersmäßig ausscheiden, ist das für Sie schon ein Zukunftsprogramm. Nein, auch hier haben Sie eine Position der CDU klammheimlich übernommen und stellen sie heute als Ihre eigene Idee dar. Das ist eine Form von Ideenklau.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn wir über den Haushalt reden, gebe ich Ihnen vollkommen Recht, dass wir auch über Verbesserungen auf der Einnahmeseite nachdenken müssen. Das ist doch das, was uns Sorge macht, nämlich wie wir mehr Einnahmen ins Land bekommen. Da ist natürlich die Frage eines **technologiefreundlichen Umfeldes** für das Land von immensem Interesse. Das ist der entscheidende Punkt. Wir stellen doch eines fest: Bundeskanzler Kohl wollte den Transrapid, Bundeskanzler Schröder will den Transrapid, der Hamburger Bürgermeister will den Transrapid,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Eichel!)

der Berliner Senat will den Transrapid und die Einzigen, die ihn nicht wollen, ist die schleswig-holsteinische Landesregierung.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Wundern Sie sich nicht, wenn das dem Land ein technologieunfreundliches Image gibt. Das ist das Problem.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn es um den Vergleich mit dem Airbus geht, dann gebe ich Ihnen Recht, Frau Ministerpräsidentin! Der Airbus ist eine Erfolgsstory,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wollten sie erst auch nicht!)

aber er ist doch nicht im Gegensatz zum Transrapid zu nennen, weil Sie doch haargenau wissen, dass die Entwicklung des Airbusses ebenfalls Milliarden an Subventionen verschlungen hat, bis es so weit war, dass er zur Marktreife gebracht und als Konkurrenzmodell aufgestellt werden konnte. Deswegen sage ich Ihnen: Das ist eine Subvention in die Zukunft des Landes Schleswig-Holstein. Wer sie kleinreden will, wer sie bekämpft oder bis zum Bundesverfassungsgericht geht, muss sich nicht wundern, wenn Schleswig-Holstein von außen gesehen nicht als Zukunftsstandort erkannt wird.

Deswegen sage ich Ihnen: Nehmen Sie diese Klage zurück. Sie schadet dem Land Schleswig-Holstein. Gehen Sie auf die Opposition zu. Übernehmen Sie im Interesse des Landes das, was F.D.P. und CDU Ihnen hier vorgelegt haben. Gehen Sie auf ein Land zu, das ein freundliches Investitionsklima hat, das nicht mit Meldungen Schlagzeilen macht, die unser Land im Außenbild verdunkeln lassen. Die Haschischfreigabe war eine solche Meldung, die bis in die „Washington Post“ gelangt ist, wo die Leute gesagt haben, sie verstünden das nicht mehr. Deshalb bleibe ich dabei: Sie haben, wenn Sie die Gesamtbilanz Ihrer Politik sehen, abgewirtschaftet. Sie werden am 27. Februar 2000 vom Wähler die Quittung bekommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben heute noch einmal die Chance, etwas einzulenken und die Notwendigkeiten des Landes zu erkennen. Denn das, was Volker Rühle Ihnen sagt, dient dem Land. Das, was Sie dem Land bisher an politischer Führung geboten haben, schadet ihm vielmehr.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Neugebauer.

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, wir sollten dem Kollegen Stritzl den Genuss gönnen. Wer weiß, wie viele Jahre vergehen, bis er wieder einmal so viel Beifall dieses Hauses bekommen wird. Aber da ich nach Ihrer Rede, Kollege Stritzl, den Eindruck habe, dass immer mehr Christdemokraten unter partiellem Gedächtnisverlust leiden, will ich Ihnen in Erinnerung rufen, welche Erblast bürgerlich-konservative Mehrheiten in Bonn auch diesem Land Schleswig-Holstein hinterlassen haben:

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

die höchste Arbeitslosigkeit, den höchsten Schuldenstand, die höchsten Abgaben- und Steuerbelastungen

(Martin Kayenburg [CDU]: Deutsche Einheit!)

und - wie man leider auch hinzufügen muss - den größten Verfall der politischen Moral!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Rau! Glogowski! - Martin Kayenburg [CDU]: Wen meinen Sie eigentlich? Clement? Klimmt?)

Wer das als Regierung Kohl/Rühe hinterlassen hat, hat keinen Grund, sich hier so aufzuplustern. Sie, meine Damen und Herren, sind doch in Bonn abgewählt worden, weil Sie nicht mehr in der Lage waren, dieses Land voranzubringen.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie doch konzedieren, dass es diese Regierung trotz des Gegenwindes der damaligen Politik aus Bonn fertig gebracht hat, die Wirtschaft zu modernisieren, in Bildung und Hochschule zu investieren, Arbeitslosigkeit besser als andere zu bekämpfen, soziale Gerechtigkeit - Herr Kayenburg, auch wenn Sie lachen - zu verteidigen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wodurch?)

Wir haben unsere Finanzen - erinnern Sie sich an die hohen Einbrüche bei den Steuereinnahmen - besser als die in Bonn saniert.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Lachen bei CDU und F.D.P.)

Sie haben den Staatshaushalt ruiniert. Sie haben vielleicht die Sanierung Ihrer Partei betrieben, aber nicht die des Staatshaushaltes.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Der Haushalt, den wir Ihnen heute zur Beschlussfassung vorlegen, beweist, dass **Sparen** und **Gestaltung von Zukunftsaufgaben** kein Widerspruch sind. Für uns Sozialdemokraten werden mit diesem Haushalt die Ziele des nächsten Jahres erreicht. Mit erheblichem finanziellen Aufwand setzen wir die Möglichkeiten des Landes im Rahmen der aktiven Beschäftigung fort. Heute Morgen sind schon die Programme „Zukunft für unser Land“ oder „Zukunft auf dem Land“,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Na, wie heißt es noch?)

„Arbeit für Schleswig-Holstein“ und das „Regionalprogramm 2000“ genannt worden.

Damit werden wir - auch wenn dankenswerter Weise Bundes- und EU-Hilfen dabei sind - viele neue Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein schaffen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Kayenburg - wenn Sie zuhören, hören Sie das -,

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich kann auch hören, wenn ich mich umdrehe!)

heute Morgen haben wir erfahren, dass die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein abgenommen hat. Das ist richtig. Sie haben aber die Wahrheit verschwiegen, nämlich dass die Abnahme auf Landesebene wesentlich niedriger als auf Bundesebene ausgefallen ist.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das finde ich schwach!)

Da wir gerade bei Zahlen sind: Sie haben mir persönlich heute Morgen handwerkliche Fehler bei der Aufstellung der Haushaltsanträge vorgeworfen. Das hat mich sehr betroffen gemacht. Deswegen habe ich gar nicht geglaubt, dass Sie das ernst meinen. Ich dachte, Sie hätten sich verlesen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Haben Sie nachgelesen?)

Deshalb habe ich in Ihrer Rede nachgelesen. Und tatsächlich, Sie haben diesem Haus Folgendes vormachen wollen. Wenn man minus 6,5 Millionen DM nimmt und sie um 50.000 DM erhöht, werden daraus minus 6,55 Millionen DM. Sie haben um 50.000 DM gekürzt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben es noch nicht kapiert!)

Lieber Kollege Hay, das habe ich bereits in der zweiten Klasse gelernt. Ich glaube, der Kollege Hay als ehemaliger Lehrer wird bereit sein, Ihnen Nachhilfeunterricht zu geben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn man minus Plus macht, ist es weniger Minus!)

Lassen Sie mich in der Darstellung unserer politischen Absichten fortfahren. Mit der Fortsetzung der Wettbewerbshilfen und zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen sichern wir die Arbeitsplätze auf den Werften. Ich freue mich, hier darstellen zu können, dass es der Regierung gelungen ist, in den letzten Tagen 240 Arbeitsplätze auf der Peterswerft in Wewelsfleth zu retten.

Wenn man die CDU hört, hat man den Eindruck, ihre ganze **Technologiepolitik** bestehe nur im Transrapid.

Ich denke, dass Sie anerkennen müssten, dass die offensive Technologiepolitik des Landes, der Landesregierung - ausdrücklich will ich auch TSH und ttz nennen - mit dazu beigetragen hat, den Technologiestandort Schleswig-Holstein attraktiv zu machen.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD],  
Konrad Nabel [SPD] und Sabine Schröder  
[SPD])

Schleswig-Holstein ist heute nicht nur das Land der Siliziumhardware, sondern es ist auch das Land der Softwarehäuser, das Land der Medizintechnik, das Land der Biotechnologien, es ist das Land der Technologiezentren und es hat auch an den Hochschulen dieses Landes ein beachtliches Technologiepotential vorzuweisen.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD],  
Ingrid Franzen [SPD] und Konrad Nabel  
[SPD])

Unser zweiter Schwerpunkt ist die **Bildung**. Das ist heute Morgen auch schon vom Kollegen Hay gesagt worden. Mit 200 neuen Lehrerplanstellen und 50 zusätzlichen Referendarstellen, aber auch 4,1 Millionen DM für Stundengebermittel werden wir trotz steigender Schülerzahlen die Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau garantieren.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder  
[SPD])

Wir freuen uns, dass es zum Schluss der Haushaltsberatungen gelungen ist, für die Universitäten des Landes 5 Millionen DM und für die Fachhochschulen weitere 2 Millionen DM zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die **innere Sicherheit** - unser dritter Schwerpunkt - ist bei den Sozialdemokraten und dieser Koalition in guten Händen.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers  
[CDU])

Mit einem Rekordhaushalt - Kollege Ehlers, hören Sie gut zu; denn ich vermute, dass Ihnen die Zahlen völlig unbekannt sind, sonst würden Sie nämlich nicht so reden -

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers  
[CDU])

von 23,8 Millionen DM bei der Polizei/Sachhaushalt werden wir den höchsten Haushalt für Sachausgaben in der Geschichte dieses Landes haben und mit insgesamt 646 Millionen DM geben wir noch mehr als im Vorjahr für die Polizei und damit die innere Sicherheit des Landes aus.

Auch wenn uns Verwaltungsrichter das Leben nicht immer leicht machen, ist festzustellen, dass es in diesem und im nächsten Jahr insgesamt 700 Beförderungen bei der Polizei gibt,

(Lothar Hay [SPD]: Was? 700?)

um deren Motivation zu stärken. Wir sehen es aber auch als Anerkennung der schwierigen Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des  
Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Auch die **Eckwerte des Haushalts** beweisen, dass der Kurs stimmt. Die von der SPD-Fraktion - Kollege Hay, Sie werden sich erinnern - Anfang des Jahres eingeforderten Eckdaten hat die Landesregierung erfüllt.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler  
[CDU])

Ich will wenige nennen. Mit einer Steigerungsrate bei den Nettoausgaben in Höhe von 0,8 % sind wir unter 1 % geblieben. Das liegt unterhalb der Preissteigerungsrate und weit unterhalb der Steigerungsraten zu CDU-Regierungszeiten.

Mit einer Kreditfinanzierungsquote von 6,6 % haben wir unser Ziel ebenfalls erreicht. Das ist übrigens - weil Sie sich immer zu Ihrem Ehrenvorsitzenden Stoltenberg bekennen, sage ich das - weit unterhalb der Quoten zu CDU-Regierungszeiten. Der Kollege Kayenburg - der jetzt gegangen ist - lobte heute Vormittag das Jahr 1975 unter der Ägide des Ehrenvorsitzenden Stoltenberg. 1975 hat die CDU - wir hatten damals Vollbeschäftigung - 17,5 % der Nettoausgaben mit Krediten finanziert. Heute haben wir eine Quote von 6,6 %. Da sollte nicht nur die Regierungskoalition klatschen, sondern auch die Opposition.

(Beifall bei der SPD - Lothar Hay [SPD]: Also zurück in die siebziger Jahre mit der CDU!)

Auch bei der Nettoneuverschuldung sind wir mit 971 Millionen DM unter der gesetzten Marke 1 Milliarde DM geblieben. Auch hier lohnt es sich, den ehemaligen Kollegen Stoltenberg in Erinnerung zu rufen.

(Frauke Tengler [CDU]: Wer will das hören?)

Mit 971 Milliarden DM neuen Schulden liegen wir nominal unter der Schuldenaufnahme der Regierungen Barschel, Stoltenberg 1975, 1981, 1982, 1983, 1984, 1987 und 1988. Trotz der Kaufpreissteigerung haben

wir im nächsten Jahr weniger Schuldenaufnahme als zu Regierungszeiten Barschels und Stoltenbergs.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stimmt doch gar nicht!)

Wie unbegründet die Kritik an der **Nettoneuverschuldung** ist, zeigt ein anderes Beispiel. In der Regierungszeit von CDU/F.D.P. in Bonn ist die Netto-neuverschuldung um 400 % gestiegen. In den zwölf Jahren Regierungszeit von SPD und SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist sie um 16 % gestiegen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Können Sie mal die absoluten Zahlen nennen?)

- Auch wir haben Lasten für die deutsche Einheit getragen, bis zu diesem Jahr 1,3 Milliarden DM! Kommen Sie nicht mit solchen Ausreden. Erkennen Sie doch einmal an, dass wir auch den Mut zum Sparen gehabt haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben doch einen Volksentscheid für den Erhalt der Reiterstaffel inszeniert,

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

weil Sie nicht einmal diesen kleinen Sparbeitrag anerkennen wollten.

(Beifall bei der SPD)

Auch darauf können wir stolz sein: Die Personalausgaben und die Planstellen werden reduziert, obwohl wir, wie ich eben angeführt habe, zum Beispiel 200 neue Lehrerplanstellen schaffen und obwohl uns die Pensionen mit steigender Tendenz belasten.

Wir können - das sage ich, weil der Kollege Kayenburg das heute Morgen angesprochen hat - stolz sein auf die Modernisierung der Landesverwaltung, auf die Funktionalreform und auf die Verschlankung. Das wird übrigens anerkannt. Ich glaube, es war der Kollege Kubicki, der sich auf das Hesse-Gutachten bezog. Wenn Sie die erste Seite des Hesse-Gutachtens nachlesen, werden Sie feststellen, dass er sagt - ich zitiere das mit meinen Worten -: Schleswig-Holstein ist beispielgebend. Aber es könnte noch viel besser sein, sagt er auf der nächsten Seite.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war ein bisschen sehr kurz!)

In der Tat ist das beispielgebend für die Modernisierung einer Verwaltung für alle Bundesländer. Die Ergebnisse zeigen uns, dass wir diesen Weg konsequent weitergehen müssen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Beispielgebend war auch der Immobiliendeal! Keiner hat ihn bisher gemacht!)

Ich bin ziemlich sicher: Wenn das Verfassungsgericht zu unseren Gunsten entschieden hat,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wird es nicht!)

werden uns die übrigen Bundesländer und auch viele Kommunen die Türen einrennen, weil sie wissen wollen, wie hervorragend wir das gemacht haben.

(Holger Astrup [SPD]: Alle werden es nachmachen! Sehr richtig! Wie macht man das? Sehr gut!)

Nun zu den politischen **Alternativen der CDU!** Dazu ist schon einiges gesagt worden.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hast du denn noch was zu erzählen?)

- Das wollte ich gerade sagen: Eigentlich sind sie ja nicht erkennbar. Jedenfalls haben wir selbst bei Benutzung einer großen Lupe nichts erkennen können.

(Thomas Stritzl [CDU]: Weshalb reden wir dann so lange darüber?)

Nur selten, Herr Kollege Stritzl, hat eine so große Oppositionsfraktion bei der Entwicklung haushaltspolitischer Alternativen so kläglich versagt wie in diesem Jahr die CDU.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ich habe das Glück, dass ich diesem hohen Hause schon 21 Jahre angehöre. Manche sagen ja, das sei zu wenig, einige meinen, das sei zu viel. Aber das hat einen Vorteil, Kollege Stritzl: Ich habe eine gute Erinnerung, was in 20 Jahren von einem Oppositionsführer hier im Rahmen einer Haushaltsdebatte ausgeführt wurde. Das kann man ja nachlesen. Ich sage Ihnen: Ich habe noch nie eine so schlechte Rede eines Oppositionsführers bei der Einbringung oder Verabschiedung eines Haushalts gehört. Wo - das frage ich Sie - war der große Wurf zur Gestaltung von Alternativen für die Landespolitik in den nächsten fünf Jahren? Wir haben das nicht gehört.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss man ja anerkennen - Respekt, Kollege Kubicki! - Selbst die kleine Oppositionsfraktion F.D.P. war in der Lage, Alternativen vorzulegen.

(Zuruf von der SPD: Bravo!)

Wir haben sie nur bedingt in Form von zwei Anträgen übernehmen können, weil uns ja vieles unterscheidet. Aber wir wollen Ihnen den Respekt vor dieser schwierigen, anstrengenden Arbeit einer kleinen Fraktion nicht vorenthalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben immer auf die späte Berufung des Finanzpolitikers Stritzl in die Mannschaft des Exgeneralsekretärs gewartet. Das ist dann wohl auch nicht so sehr als Lob, sondern mehr als Hilferuf eines Ertrinkenden zu verstehen. Wenigstens ist das, was Sie hier vorgelegt haben, als ein Bewerbungsschreiben für höhere Ämter nicht geeignet.

(Lachen bei CDU und SPD - Zurufe von der CDU)

Weil Sie sich eben auf 134 Anfragen berufen haben, die Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen an die Regierung gerichtet haben: Ja, was nützen denn die Anfragen, Kollege Stritzl, wenn Sie sich die Antworten nicht zunutze machen?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegensatz zu anderen habe ich einmal die Entschließungsanträge der Jahre 1999 und 2000 verglichen. Sie haben sich nicht einmal gescheut - von wenigen Ausnahmen abgesehen -, den **Entschließungsantrag** des Vorjahres abzuschreiben und diesem Hause wieder vorzulegen.

(Zuruf von der CDU: Dann habt ihr ihn wenigstens gelesen, das sieht man!)

- Ich habe das gelesen, natürlich, das ist ja auch meine Aufgabe, dafür werde ich bezahlt.

Aber - und das meine ich jetzt ganz ernst - wenn dieser Entschließungsantrag die Grundlage Ihrer künftigen Regierungspolitik sein soll - darin stimme ich wahrscheinlich mit dem Kollegen Kubicki überein -, dann sind Sie auf die Regierungsaufgabe nicht vorbereitet. Wer solche Konzepte vorlegt, der muss doch heute schon wissen, dass er nicht in die Lage versetzt wird, sie umzusetzen. Anders ist das nicht zu verstehen.

Wir erleben es in den letzten Tagen und Wochen in diesem Hause und außerhalb des Hauses: Das, was CDU-Abgeordnete an Versprechungen machen - ich könnte Ihnen das, weil ich es regelmäßig sammle, katalogweise vortragen -, steht in keiner Weise im Einklang mit dem, was Sie als Tenor Ihres Entschließungsantrages sagen, nämlich: Es muss weiter stringent gekürzt werden. Seien Sie doch so ehrlich darzulegen, wem Sie Opfer zumuten wollen! Und seien Sie

so ehrlich zuzugeben, die Versprechungen, die Sie im Lande machen, sind nicht haltbar, wenn Sie es ernst meinen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn der Exgeneralsekretär vor wenigen Tagen festgestellt hat - und ich zitiere wörtlich -, „Im Regierungsprogramm sind keine Versprechungen enthalten, die die CDU nicht halten kann, meine Damen und Herren“, dann sagt er - auch wenn es mir schwer fällt das zu sagen - die Unwahrheit oder er kann sich auch diesmal wieder an nichts erinnern.

Die uns von der CDU in dem Entschließungsantrag vorgelegten Anträge sind fast ausnahmslos Luftbuchungen. Es ist dazu schon einiges gesagt worden. Lassen Sie mich ganz wenige Beispiele, die so noch nicht angesprochen worden sind, anführen. Nehmen wir die **Beauftragten**. Die CDU will die Beauftragten abschaffen. Das ist schon gesagt worden. Das halten wir für schlimm genug, weil wir meinen, dass insbesondere die Beauftragten für soziale Angelegenheiten und für Menschen mit Behinderung hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall bei der SPD)

Selbst wenn Sie Ihre politischen Ziele umsetzen könnten, könnten Sie dann die unkündbaren Beamten beziehungsweise Angestellten samt ihrer Lebenspartner in die Kieler Förde werfen, weil ja keine weiteren Kosten mehr anfallen sollen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Sie kürzen in Ihrem Haushaltsentwurf den Gesamtbeitrag der Kosten, die für Beauftragte anfallen, als wären sie kündbar und als gäbe es künftig für sie keine Verwendung geben müssen. Aber Sie haben auch noch schlecht gerechnet, weil Sie nämlich 3 Millionen DM in Ihrem Haushaltsentwurf vorgesehen haben, während es in Wirklichkeit nur 2 Millionen DM sind, die - selbst wenn wir sie in die Kieler Förde werfen sollten, was wir nicht wollen - einzusparen wären.

Nehmen wir ein anderes Beispiel. Sie wollen die **sächlichen Verwaltungskosten** um 10 % kürzen. Sie kommen auf 70 Millionen DM. Warum sagen Sie nicht einfach, wir wollen 30 % oder 40 % kürzen? Sie können sich jede Zahl ausdenken. So macht man doch keine seriöse Haushaltspolitik!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Über die **freiwilligen Leistungen** und die Kürzungsabsichten der CDU ist schon viel gesagt worden. Mir fällt es schwer, aber ich muss den Kollegen Hay ein-

mal korrigieren. Kollege Hay hat vorgerechnet, was es tatsächlich für die einzelnen **Verbände** bedeuten würde, würde man dem CDU-Antrag folgen. Er sprach von 20 % Kürzung bei den Verbänden. Ich habe noch einmal mit dem Taschenrechner nachgerechnet. Wenn man tatsächlich die zur Verfügung stehenden Mittel bei freiwilligen Zuschüssen um 65 Millionen DM kürzt, bedeutet das konkret im Einzelfall für jeden Verband und für jede Vereinigung eine Kürzung um 26 %. Das wollen wir nicht. Seien Sie so mutig, nicht nur abstrakt zu kürzen, sondern sagen Sie den Verbänden, was sie konkret an Kürzungen im Falle einer Regierungsübernahme durch die CDU zu erwarten haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der CDU-GAU, der „größte anzunehmende Unsinn“, ist heute Morgen schon häufig angesprochen worden: die von Ihnen vorgesehenen 500 Millionen DM aus dem beabsichtigten Verkauf der WOBÄU. Der Kollege Kubicki hat - so habe ich in einer Zeitung gelesen - das als blanken Unsinn bezeichnet. Ich will mir weitere Ausführungen ersparen. Wo der Kollege Kubicki Recht hat, hat er Recht.

Der Redebeitrag des Oppositionsführers von heute Morgen hat gezeigt, dass er immer noch nicht erkannt hat, dass sich die CDU mit diesem Einsparungsvorschlag verrannt hat. Ich habe wenigstens meinem Kollegen Kayenburg ökonomischen Sachverstand unterstellt. Ich glaube, er ist Ökonom. Wie man trotz dieser Vorerfahrung eine solche Rede wie die von heute Morgen mit einer solcher Begründung zum **WOBÄU-Verkauf** halten kann - das ist nicht einmal das Niveau des Gemeinderates von Bönebüttel!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss feststellen: In der Schule, Kollege Stritzl, würden Sie für diese Hausaufgaben die Note sechs bekommen. Der ehemalige Lehrer Hay nickt.

(Lothar Hay [SPD]: Ich habe nie Hausaufgaben benotet, weil ich nie weiß, wer die gemacht hat!)

- Ach so! Aber in diesem Fall haben die Hausaufgaben ja zwei Unterzeichner, den Kollegen Stritzl und den Kollegen Kayenburg.

Deswegen kann man wohl getrost feststellen, dass das Urteil der Wählerinnen und Wähler am 27. Februar so ausfallen wird: Sitzen bleiben - Opposition wiederholen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einige von Ihnen sind ja tatsächlich noch da; das freut mich.

Was kann ein Parlament von einer Oppositionspartei erwarten? Das ist eine der Fragen, die wir uns heute hier stellen, eine der entscheidenden Fragen. Deshalb möchte ich auch zuerst auf die F.D.P. eingehen, die sich - wir können es nicht oft genug loben - parlamentarisch einwandfrei an der Diskussion um den Landeshaushalt beteiligt hat.

(Lothar Hay [SPD]: Das ist schon langsam verdächtig! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Man will mich fertig machen!)

Also keine generelle Kritik! Ich nehme einmal das Motiv von heute Morgen auf, das in die Debatte kam: Man muss die Schwachen vor den Faulen schützen.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Insofern möchte ich gern differenzieren. Es gab eigene detaillierte Anträge vonseiten der F.D.P. Sie wurden pünktlich abgegeben. Da traut man sich ja kaum noch, am Inhalt herumzumäkeln.

(Lachen bei der SPD)

Unter den Blinden ist der Einäugige König, heißt es dann manchmal. Und so verzeihen wir der F.D.P., dass sie ihre eigene programmatische Forderung, wiederzufinden im neuen Landtagswahlprogramm, nämlich den **Verkauf der Liegenschaften** sofort rückgängig zu machen, nicht in die Haushaltsanträge eingebaut hat.

Es wäre auch kleinmütig, Herr Kubicki, zu erwähnen, dass Ihr Haushaltseinsparungsvorschlag, den **Kinder- und Jugendbeauftragten** nur noch ehrenamtlich zu beschäftigen, gar kein Einsparungsvorschlag ist, weil er bereits ehrenamtlich tätig ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo steht das?)

Also, Schwamm drüber! Schauen wir nicht so genau hin. - Es steht drin, dass Sie diese Tätigkeit auf eine ehrenamtliche Beschäftigung umstellen wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo? In den Haushaltsanträgen?)

- In Ihren Haushaltsanträgen! Schauen Sie hinein!

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Schwamm drüber! Schauen wir nicht so genau hin; schließlich haben wir ja auch zwei Anregungen der F.D.P. übernommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auch Anregungen des SSW übernommen; auch er hat ja vernünftig mitgearbeitet.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Ich danke!)

Nun zur CDU! Der **Entschließungsantrag** liegt auf dem Tisch - endlich! Die dazu gehörigen Fragen unsererseits liegen ebenfalls auf dem Tisch. Ich hatte gestern ja extra noch einmal per Pressemitteilung die CDU öffentlich darum gebeten und daran erinnert, heute doch eine Aufschlüsselung der Vorstellungen zu bringen, und ich hatte gehofft, dass es dazu etwas gibt. Ein bisschen hat es der Herr Oppositionsführer ja versucht, aber mir ist nach seinem Beitrag noch nicht ganz klar, ob er uns denn verraten wollte - wie er andeutete -, wohin die Reise gehen soll, denn er hatte ja anscheinend Unterlagen bei sich, oder ob die CDU uns das tatsächlich nicht erklären kann und sich vorgenommen hat, uns, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern, den Wählerinnen und Wählern schlicht nicht zu verraten, wo genau sie in Zukunft sparen will.

Es kommt nicht gut an, wenn Politiker den Bürgern ihr Zahlenwerk nicht erklären können; das sollte doch in diesen Tagen eigentlich kein Geheimnis mehr sein.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allgemeinplätze ersetzen keine Haushaltsanträge, Verweigerung ist unparlamentarisch. 500 Millionen DM für den Verkauf der **WOBAU-Wohnungen** einzuplanen ist - dabei bleibe ich - unredlich.

Zuschussempfängerinnen und -empfänger, Verbände, Vereine, Kommunen, aber auch die LEG haben einen Anspruch darauf, von der CDU zu erfahren, wie es denn nach ihrer Meinung weitergehen soll. Wenn nun der verehrte Herr Oppositionsführer Kayenburg, der ja nicht hier ist, uns als rote und als grüne Fraktion auffordert, doch einmal ein bisschen Opposition zu spielen und diesen Haushalt unserer eigenen Regierung dramatisch zu verändern,

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Und wo ist Frau Fröhlich? - Thorsten Geißler [CDU]: Gucken Sie doch einmal in Ihre eigenen Reihen!)

dann weiß er nicht, wer eigentlich im Parlament welche Aufgaben hat. Es ist Aufgabe der Opposition, Änderungsanträge zu einem Regierungsentwurf zu stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich kann auch das Parlament mit der Mehrheit von Rot-Grün eigene Änderungsanträge einbringen, aber es wäre doch absurd, wenn wir deshalb in Konkurrenz zur Regierung treten müssten, weil Sie es nicht schaffen, diese Konkurrenz überhaupt zu eröffnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Fragen von gestern sind bisher nicht beantwortet und ich hoffe immer noch auf einen Beitrag - zumindest einen Drei-Minuten-Beitrag - von Herrn Stritzl, damit er uns das mit den **Altschulden** noch einmal erklärt. Wie wollen Sie die Altschulden in Höhe von 200 Millionen DM senken? Darauf muss es doch eine Antwort geben. Das steht in Ihrer Erklärung nicht drin.

Wie ist es mit dem **kommunalen Finanzausgleich**? Sie wollen nur 50 Millionen DM zurückgeben; haben Sie die anderen 50 Millionen als - wie Sie es immer nennen - „Griff in die Taschen der Kommunen“ akzeptiert oder soll das nach Ihren Plänen irgendwann später folgen?

Auf welchen Betrag wollen Sie denn die **Besoldung der Staatssekretäre** senken? Auch dazu hätte ich gern einmal, um mich überhaupt orientieren zu können, eine Zahl gehört.

Wie ist es - das wird oft genug aufgeführt - mit der Präzisierung der 75 Millionen DM, um die Sie die **sächlichen Verwaltungsausgaben** kürzen wollen, aber auch mit der Kürzung um 65 Millionen DM im Zuschussbereich?

Wie ist es mit dem **NordwestLotto**? Machen Sie es so wie Niedersachsen und senken Sie die Zweckerträge von 25 % auf 20 %? Auch diese Frage haben Sie nicht beantwortet.

Was ist denn mit den **Gesamtschulen**, denen Sie 100 Stellen für Lehrer und Lehrerinnen wegnehmen wollen? Wollen Sie dort weniger Unterricht, wollen Sie dort keine integrativen Maßnahmen? Führen Sie das doch einmal ein bisschen aus.

Was ist denn mit dem **Erlebnispark Trappenkamp**? Im Sommer war er in Ihrem Papier als Streichungsvorschlag enthalten, jetzt ist er es nicht mehr. Das muss ich wissen. Das ist meine Region. Ich möchte doch, wenn ich dort gefragt werde, auch ehrlich sagen kön-

nen, was die anderen Fraktionen im Landtag wollen. Also, verraten Sie uns einmal, was auf dem Zettel von Herrn Kayenburg stand. Er hatte ja heute Morgen einen Zettel bei sich, von dem er ein wenig zitierte. Das wäre doch gewissermaßen ein Mindestmaß an Parlamentarismus, uns einmal zu verraten, was Sie sich da zusammengebastelt haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf die 500 Millionen DM aus dem **Verkauf der WOB**AU will ich nicht weiter eingehen. Mir ist nicht ganz begreiflich, warum Sie die 100 Millionen DM für die Verkäufe der LEG-Anteile nicht wenigsten gegengerechnet haben; die haben Sie ebenfalls noch in Ihrem Konzept stehen lassen und sie mit verbraten. Sie haben auch unsere globale Minderausgabe akzeptiert.

Insgesamt kommen Sie dann - ich habe Ihnen das in der Pressemitteilung ausgerechnet - zur „Stützung des Landeshaushalts“ - wie Sie es so schön nennen - nicht auf 500 Millionen DM - die hatten Sie ja für unsere Maßnahmen errechnet -, sondern auf 860 Millionen DM. Daran wird dann auch schon deutlich,

(Ursula Kähler [SPD]: Wundersame Vermehrung!)

wohin die Reise gehen würde, wenn die CDU mitbestimmen könnte.

Nun hatten wir ja im Finanzausschuss die Abstimmung über unsere Anträge. Die CDU war Meister der Enthaltung. Sie hat sich ja nicht einmal den F.D.P.-Anträgen angeschlossen. Sie hat sich auch heute nicht den F.D.P.-Anträgen angeschlossen, aber sie hat uns aufgefordert, die F.D.P.-Anträge zu übernehmen. Da sage ich nun, Herr Stritzl: So geht es nicht! Vielleicht entscheiden Sie sich an einer Stelle auch einmal; vielleicht holen Sie dann auch die Entscheidung nach, die Sie im Finanzausschuss nicht geliefert haben, und sagen uns, was Sie von unseren Änderungsanträgen übernehmen wollen.

Sie haben keinen Antrag auf Erhöhung der Mittel für die Arbeit der **Verbraucherzentrale** gestellt; also, bitte, sagen Sie: Rot-Grün stimme ich zu!

Sie haben sich noch nicht zum **Freiwilligen Ökologischen Jahr** oder zum **Freiwilligen Sozialen Jahr** geäußert. Herr Kubicki hat das getan; Sie haben sich nicht geäußert. Sagen Sie etwas dazu, damit wir Ihre Arbeit auch beurteilen können. Holen Sie also nach, was unser Musterschüler F.D.P. geleistet hat, damit wir miteinander in die Diskussion kommen können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fühlen sich für Ausgaben und Einnahmen in diesem Lande zuständig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aha!)

Deshalb muten wir den Zuschussempfängern und Zuschussempfängerinnen zu, trotz eigener Personalkostensteigerungen ohne Erhöhung von Landeszuschüssen auszukommen. Deshalb begrenzen wir das Budget der Hochschulen und deshalb haben wir viele Wünsche von Betroffenen nicht erfüllen können - trotz des bevorstehenden Wahljahres.

Deshalb stehen wir aber auch zu dem **Sparpaket der Bundesregierung** und zu dem Konsolidierungskurs der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Sogar der Bund der Steuerzahler bestätigt uns, dass das **Schuldenwachstum** seit 1988 begrenzt werden konnte. Das ist doch einmal eine erfreuliche Botschaft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Und in dem Gutachten, das der Bund der Steuerzahler in Auftrag gegeben hat, wird bestätigt, dass Schleswig-Holstein unter den Flächenländern auf eine - ich zitiere - „um Innovation bemühte Verwaltungspolitik und zahlreiche Ansätze zu einer Strukturreform“ verweisen kann. Als Beispiele werden die nachhaltige Straffung von nachgeordneten Verwaltungseinheiten, unbestreitbare Erfolge bei der Funktionalreform sowie erkennbare Bereitschaft, neue Organisationsformen der Aufgabenerledigung zu erproben, genannt. Erfreulich! Na bitte, und wenn dies der Steuerzahlerbund sagt, könnten Sie - da Sie sich doch sonst oft auf den Steuerzahlerbund berufen - dies ebenfalls einmal lobend erwähnen.

Weil wir eben für Einnahmen und Ausgaben zuständig sind, ist die grüne Fraktion über die Berliner Beschlüsse froh, denn sie sind Grundlage für die mittelfristige Senkung der Neuverschuldung im Bund, für eine bessere Unterstützung von Familien und für eine Entwicklung hin zu mehr Arbeitsplätzen und weniger Energieverbrauch.

Ich gehe davon aus, dass sich die **Steuereinnahmen** im Land und im Bund in den nächsten Jahren weiter stabilisieren und dass die mittelfristige Finanzplanung wieder kalkulierbar wird. Allerdings führt die gestern Nacht beschlossene Steuergesetzgebung insgesamt dazu, dass es im Jahre 2001 sehr knapp werden wird. Wir werden die Steuerausfälle prüfen müssen, zumal die Gegenfinanzierung wohl erst später greift. Aber diese Steuersenkung ist ja letztlich von allen Parteien gewollt worden - in der Hoffnung auf mehr Arbeitsplätze, auf eine Stabilisierung der Wirtschaft, vor allem auch der kleinen und mittleren Betriebe. Das haben wir hier ja bereits diskutiert.

Steuerreform, Funktional- und Verwaltungsstrukturreform sowie stetiger Personalabbau innerhalb der Verwaltung werden in den nächsten Jahren zu weite-

ren **strukturellen Veränderungen** führen. Ich bin optimistisch, dass sich dadurch die Haushaltsperspektiven für Schleswig-Holstein insgesamt verbessern. Es ist mittelfristig nach wie vor unser Ziel, die Nettoneuverschuldung nicht nur zu reduzieren, sondern sie wie im Bund auf Null zu setzen. Wann wir das erreichen, ist offen; Ziel bleibt es.

Dies kann gelingen - allerdings nur, wenn die CDU weder im Land noch im Bund ans Regierungsruder kommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn die Erfahrung im Bund und in den Ländern zeigt, dass die CDU, wo immer sie regiert, die Verschuldung gnadenlos in die Höhe treibt. Die Zahlen brauche ich nicht zu nennen, sie sind genannt worden.

Schauen wir nach **Hessen**, wo die CDU ihre Wahlversprechen mit einer dramatischen Erhöhung der Schulden bezahlt

(Günter Neugebauer [SPD]: Hört, hört! -  
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stimmt überhaupt nicht!)

und den von Rot-Grün begonnenen Konsolidierungskurs wieder rückgängig macht. Die dadurch für die zukünftigen Generationen entstehenden Probleme scheinen die CDU nicht weiter zu beeindrucken.

Nach dem heutigen Tag, an dem die CDU predigt, wir sollten sparen, den Haushalt konsolidieren, spätestens aber ab Januar 2000 wird die CDU wieder durch das Land ziehen und ihre Wahlversprechungen ankündigen. Aufgrund der fehlenden Anträge ist ja nicht überprüfbar, ob Sie es wirklich machen wollen oder nicht.

„Ruhe für zweite Hundertschaft“ ist eine beliebte Schlagzeile in Eutin. „Kein Unterrichtsausfall an Schulen.“ Diese Versprechungen kommen bei Podiumsdiskussionen immer wieder gut an. - „Mehr Geld für Werften und Küstenschutz.“ Anträge dazu haben Sie nicht; aber das ist ja auch egal. Solche Parolen machen sich in den entsprechenden Regionen nicht schlecht. - „Mittelerhöhung für den Bau und die Erhaltung von Landesstraßen“ - so ein Zitat aus Ihrem Regierungsprogramm.

Fairplay - man sollte es der CDU gönnen, wenn sie ihre Geschenke verbal verteilt, dass sie dazu die richtige Ausstattung hat. Verehrter Kollege Stritzl, es ist leider rot und nicht schwarz, anders ging es nicht. Damit Sie Ihre Geschenke verteilen können, habe ich Ihnen ein kleines Mützchen mitgebracht. Ich hoffe, dass Sie es immer aufsetzen, damit man erkennt: Jetzt kommt der Weihnachtsmann.

Ansonsten sind natürlich unsere Konzepte die, die real sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Die Abgeordnete Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] übergibt dem Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] eine Weihnachtsmannmütze)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Heinold, ich hoffe, Sie haben das Preisgeld von der Mütze abgemacht.

(Lothar Hay [SPD]: Vielleicht kriegst du auch noch eine! Warte mal ab!)

- Ich würde sie gern nehmen, weil Weihnachten vor der Tür steht. Ich bin für Geschenke dieser Art immer zu haben, auch wenn ich nicht bestechlich bin.

Zu den groben haushaltspolitischen Fragestellungen habe ich heute Vormittag Stellung genommen; ich möchte mich jetzt auf einige wenige Ausführungen beschränken.

Frau Kollegin Heinold, ich höre Sie nicht nur im Ausschuss, sondern auch hier immer besonders gern, weil es sich lohnt, Ihnen zuzuhören.

(Beifall der Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Ich bin dankbar für das große Lob, das ich eigentlich zurückgeben will - mit einer kleinen Einschränkung. Ich sehe, wie intensiv Sie und der Kollege Neugebauer sich mit den Haushaltsanträgen der F.D.P. beschäftigt haben, allein daran, dass Sie uns vorgeworfen haben, wir hätten beim **Kinder- und Jugendbeauftragten** eine Reduzierung vorgenommen, indem der Jugendbeauftragte auf ehrenamtlicher Basis tätig werden sollte, und das sei bei Ihnen bereits so. Bedauerlicherweise stimmt dies nicht. Denn wie Sie der Antwort der Landesregierung auf eine Frage der CDU-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2000 entnehmen können, gibt es für zwei Mitarbeiterinnen 1,5 Stellen mit 131.500 DM an Personalkosten und für Sachausgaben zusätzlich 59.000 DM. Diese beiden Zahlen haben wir herausgenommen. Denn für uns ist es weder zu rechtfertigen, dass der ehrenamtlich tätige Kinderbeauftragte Mitarbeiter hat, noch sind die zusätzlichen Sachausgaben zu rechtfertigen. Sie können auf Seite 2 unserer Ände-

rungsanträge sehen, dass die Zahlen identisch sind. Auch wir wussten, was wir tun.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Begründungstext, der darauf steht!)

- Ich wollte Ihnen nur mitteilen, dass auch wir uns etwas dabei gedacht haben

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoenit-Lücke [F.D.P.], Heinz-Werner Arens [SPD], Sabine Schröder [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und dass mich die Gründlichkeit Ihrer Beratung hoffnungsfroh stimmt.

Nun zur Frage des vor sich hin geisternden **Transrapids**! Ich finde Angriffe auf die Opposition immer traumhaft, vor allem deshalb, weil Sie in gleicher Weise, in der Sie den Kollegen Stritzl, den Kollegen Kayenburg oder mich angreifen, was die Frage der Transrapidverbindung von Hamburg nach Berlin angeht, auch andere angreifen müssen. Ich stehe nicht an, hier zu sagen, dass auch mir die Wirtschaftlichkeit immer ein gewisses Rätsel gewesen ist. Frau Kollegin Heinold, diese Frage war aber nicht durch mich zu entscheiden, sondern durch die Mehrheit des Deutschen Bundestages und die Mehrheit der Bundesländer, und selbiges ist von beiden getan worden, übrigens auch von sozialdemokratisch geführten Bundesländern. Die Angriffe, die Sie gegen uns richten, können Sie in gleicher Weise gegen den amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder richten, der noch vor wenigen Wochen gesagt hat, der Transrapid werde gebaut, gegen Herrn Klimmt richten, der gesagt hat, der Transrapid werde nach seiner Vorstellung gebaut,

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber der sitzt ja nicht hier!)

gegen Herrn Eichel richten oder gegen den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, der ebenfalls gesagt hat, der Transrapid müsse gebaut werden. Sie können nicht immer sagen: Da sitzen bornierte Technikfreaks, die - egal, was es kostet - Spielzeug ins Land stellen wollen. Auch die Vertreter der SPD, die ja beachtliche Namen haben, werden sich etwas dabei gedacht haben, wenn sie dafür eintreten, dass der Transrapid von Hamburg nach Berlin fahren soll, möglicherweise auch weiter, möglicherweise auch als Exportschlager für China oder andere Dinge mehr. Lassen Sie es uns einfach etwas entkrampfter diskutieren, nachdem die Entscheidungen gefallen sind!

(Beifall bei der F.D.P.)

Warten wir doch einmal ab, ob sich Herr Mehdorn mit seinen Vorstellungen zur **Eisenbahnverbindung**

**Hamburg - Berlin** durchsetzen wird, welche Entscheidung im Januar fallen wird. Das ist ja noch vor der Landtagswahl.

Das Schlimmste, was passieren würde, wäre, wenn ganz zum Schluss als Belämmerte die Ministerpräsidentin unseres Landes als die Einzige dastehen würde, die als Ruferin in der Wüste sagen würde: Ich will das nicht.

Frau Ministerpräsidentin, die Chuzpe, mit der diese Regierung mittlerweile Niederlagen oder Beeinträchtigungen, zu siegen, vermarkten will, ist wirklich beachtlich. Ich fange einmal mit dem Herrn Finanzminister an. Nichts, nichts von dem ursprünglichen **Konzept der Immobilienveräußerung** steht noch, weder die Übertragungsart noch die Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die angestellt worden sind, noch die Tatsache, dass Sie diese Einnahmen als normale Verkaufserlöse im schleswig-holsteinischen Landeshaushalt verwenden wollten. Die Tatsache, dass das **Bundesverfassungsgericht** das Land - die Ministerpräsidentin hat es ja angesprochen, deswegen möchte ich es betonen - noch einmal aufgefordert hat, seine Rechtsauffassung klarzustellen, hat einen ganz einfachen Grund. Die Landesregierung Schleswig-Holstein - was wir bis zum 15. Februar erwarten - erklärt, sie hält an ihrer Rechtsauffassung nicht mehr fest, dass diese Veräußerungserlöse bei dieser Form der Konstruktion nicht wie Kredite zu behandeln sind. Sie hält daran nicht mehr fest. Dann gibt es keine Entscheidungsinteresse mehr.

Herr Finanzminister, sagen Sie dies nicht, sind Sie in meinen Augen ein politischer Feigling. Ich möchte hier und heute von Ihnen wissen, ob Sie an Ihrer Rechtsauffassung festhalten, dass die Veräußerungserlöse nicht wie Kredite nach Artikel 53 der Landesverfassung zu behandeln sind, dass sie nach Ihrer Auffassung wie sonstige Einnahmen zu behandeln wären. Wenn Sie diese Erklärung heute abgeben, bin ich sehr zufrieden. Wenn Sie sie nicht abgeben, bezeichne ich Sie künftig auch außerhalb dieses Parlaments als politischen Feigling.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] - Minister Claus Möller: Pfui!)

Wir werden sehen, wozu Sie den Mut haben, ob Sie an Ihrer bisherigen Rechtsauffassung festhalten, ja oder nein.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Frau Ministerpräsidentin Simonis, **Strukturhilfe** - das sagt schon der Begriff - bekommt man, weil man Hilfe braucht, um die Struktur zu verbessern. Wenn man die

Struktur verbessern muss, ist das der Beweis dafür, dass die Struktur bisher nicht stimmt oder jedenfalls nicht ausreichend stimmt.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmo-  
neit-Lücke [F.D.P.]

Mehr Strukturhilfe kann nur bedeuten, dass die Auf-  
fassung Platz gegriffen hat, die Struktur stimmt weni-  
ger als noch vor einiger Zeit. Sie können doch nicht die  
Tatsache, dass wir nun so viel Strukturhilfe bekommen  
wie noch nie zuvor in der Geschichte des Landes, als  
Erfolg Ihrer zwölfjährigen Politik ausweisen! Das  
wäre ja komisch.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der  
CDU)

Dann wäre es auch ein Erfolg, wenn die Anzahl der  
Sozialhilfeempfänger zunähme. Dann gäben Sie mehr  
Sozialhilfe aus und würden eine sozial gerechtere  
Regierung sein. Das kann man ja sagen: Wenn alle  
Sozialhilfe kriegen, ist das eine so soziale Regierung,  
wie man sie sich besser gar nicht vorstellen kann. Das  
kann doch nicht Ihr Ernst sein!

Die gleiche Geschichte ist es mit dem **Länderfinanz-  
ausgleich**. Ich finde es in Ordnung, dass der Finanz-  
ausgleich stattfindet. Aber es muss uns zu denken  
geben, dass wir nach der Klage der Südländer jeden-  
falls nicht damit rechnen können, dass sich unsere  
Position gegenüber dem Ist-Zustand verbessern wird.  
Herr Finanzminister, wenn ich mir Ihre mittelfristige  
Finanzplanung angucke, die ich wie Sie einigermaßen  
ernst nehme, dann nimmt die Dotierung der Länder aus  
dem Länderfinanzausgleich zugunsten von Schleswig-  
Holstein zu und nicht ab. Doch dies ist kein Ausweis  
von gewachsener Wirtschaftskraft oder Finanzstärke,  
sondern eher das Gegenteil.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Niemand bestreitet - nehmen Sie das doch hin -, dass  
die Position 1999 oder 2000 in Schleswig-Holstein  
nicht besser ist als die Position 1989. Es wäre auch  
schlimm, wenn das so wäre, wenn wir in zwölf Jahren  
Ihrer Regierung nicht einen Fortschritt erzielt hätten.  
Wir müssen aber feststellen, dass sich die relative  
Position nicht verbessert, sondern sich in vielen Fragen  
sogar verschlechtert hat. Die relative Position hat sich  
verschlechtert.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der  
CDU)

Unser aller Aufgabe muss darin bestehen, Schleswig-  
Holstein mit seiner eigenen **wirtschaftlichen Lei-  
stungsfähigkeit** so stark zu machen, dass wir auf die  
Hilfe anderer möglicherweise nicht mehr angewiesen  
sind. Hier sage ich in allem Ernst: In den letzten acht

Jahren, die ich überblicken kann, ist durch eine ganze  
Reihe unsäglicher Diskussionen viel Zeit verloren  
gegangen. Jeder von uns weiß, was Zeit bedeutet.  
Früher sagte man: Zeit ist Geld. Heute weiß man:  
Wenn bestimmte Entscheidungen an einem vorbeige-  
laufen sind, bekommt man bestimmte Entwicklungen  
gar nicht mehr hin. Wir wissen, dass wir Unterneh-  
men, die sich nicht hier ansiedeln, sondern anderswo,  
nicht wiederkriegen. Wir haben Zeit vergeudet - das  
ist ja in gewisser Weise auch eingestanden worden,  
Frau Heinold -, weil es Lernerfahrungen geben musste  
bei den Grünen, weil unendlich lange Diskussionen  
geführt werden mussten, um politische Entscheidungs-  
träger des Landes auf ein Niveau zu heben, auf dem  
jedenfalls die F.D.P. und CDU in weiten Teilen seit  
geraumer Zeit waren.

Die entscheidende Frage wird sein - das werden die  
Wählerinnen und Wähler dieses Landes am  
27. Februar entscheiden -: Von wem erwarten sie in  
den nächsten fünf Jahren eine Verstärkung des Prozes-  
ses der Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungs-  
fähigkeit, von Rot-Grün oder von Schwarz-Gelb?

Wenn Sie die Sympathiewerte, die Sie haben, zu Hilfe  
nehmen - auch ich finde Sie sympathisch; wenn ich  
gefragt werde, sage ich, ich finde Heide Simonis sehr  
sympathisch, aber ich will sie nicht als Ministerpräsi-  
dentin -: 49 % der Schleswig-Holsteinerinnen und  
Schleswig-Holsteiner wollen den Regierungswechsel,  
eine deutliche Mehrheit will einen Regierungswechsel.  
Das können Sie bei allen Umfragen feststellen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Und ich sage Ihnen: Warten wir es einmal ab. Das  
Wetter an der Küste wird rau; darauf habe ich Sie  
schon hingewiesen. Warten wir es einmal ab. Die  
Wählerinnen und Wähler werden am 27. Februar 2000  
diesen Regierungswechsel auch „herbeiwählen“.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

(Zurufe von der SPD - Wolfgang Kubicki  
[F.D.P.]: Vor vier Wochen waren Sie noch  
am Heulen! Wenn Kohl nicht gewesen wäre!  
- Zuruf von der SPD: Wenn das Wörtchen  
wenn nicht wär! - Unruhe)

### Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich  
möchte zwei Bemerkungen vorweg machen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete Spoorendonk hat das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Vielen Dank! Ich möchte zwei Bemerkungen vorweg machen. Erstens kann ich mir zum **Transrapid** natürlich auch nicht die Bemerkung verkneifen, dass ich zwar im Grunde genommen dazu alles schon gesagt habe, ich aber dennoch der Meinung bin, dass man - wenn man schon subventionieren will - direkt subventionieren sollte und nicht erst über den Transrapid.

(Roswitha Strauß [CDU]: Das wäre ja noch schöner!)

Man will anscheinend so eine Subvention. Darüber kann man immer diskutieren, aber man sollte nicht so tun, als sei der Transrapid der große Wurf. Es hat sich doch hinlänglich erwiesen, dass er das nicht ist.

Eine zweite Bemerkung etwas zur Strukturhilfe: Ich sprach vorhin an und bleibe dabei, dass Strukturhilfe und die Verhandlungen über die EU-Förderung auch etwas mit Verhandlungsgeschick zu tun haben. Vom Grundgedanken her stimme ich dem natürlich zu, was Herr Kollege Kubicki gesagt hat. Die Förderung hat aber etwas mit Verhandlungsstrategie und Verhandlungsgeschick zu tun.

Ich möchte daran erinnern, dass wir in diesem Haus, als es um die Förderkulisse ging, darüber schon einmal diskutiert haben. Der Europaminister hat hier dazu eindeutig gesagt, dass wir uns für eine übereinstimmende Förderkulisse einsetzen müssen, das heißt die **EU-Förderung** und die **GA-Förderung** müssen übereinstimmen. Die Bayern hatten ein anderes Konzept, sind damit aber auch auf die Nase gefallen. Ich möchte daran erinnern, dass auch die Landwirtschaftspolitik in der EU etwas mit Verhandlungsgeschick zu tun hat. Sonst wäre die französische Landwirtschaft nicht so gut weggekommen. Ich kann hinzufügen, dass ich in einer schwedischen Zeitung gelesen habe, dass man die Regierung dafür kritisierte, dass sie nicht gut genug verhandelt habe. Ich denke, wir sollten auch hier auf dem Teppich bleiben.

Die von mir heute morgen schon geschilderte Finanzlage des Landes macht deutlich, dass der Handlungsspielraum jedweder Landesregierung nach dem 27. Februar 2000 nicht sehr groß sein wird. Die großen Linien der Finanzpolitik sind festgelegt, nur im Detail gibt es Unterschiede zwischen den Parteien. Das sieht man auch, wenn man sich die Programme anschaut. Aber auch diese Details sind natürlich wichtig, gerade für den SSW. Grund genug, dass wir uns mit den Änderungsanträgen der verschiedenen Land-

tagsfraktionen zum Haushalt 2000 hier im Haus auch ernsthaft beschäftigen.

Ich bedanke mich bei der Kollegin Heinold für die freundlichen Worte zu unseren Änderungsanträgen. Der SSW wertet den Beschluss der Regierungsfraktionen, die Zuschüsse für den dänischen Schulverein im Haushalt 2000 um 290.000 DM und für das nordische Informationskontor um 10.000 DM zu erhöhen, als positiv.

Auch freue ich mich darüber, dass das Nordfriisk Institut zumindest 10.000 DM zusätzlich zur Deckung ihres Unterschusses bekommt. Vor allem wenn man bedenkt, dass es uns im letzten Jahr nur gelungen war, die Kürzung für die Organisationen der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen wieder zurückzunehmen, ist die Erhöhung des Zuschusses für das Jahr 2000 ein Schritt in die richtige Richtung. Ich weiß, dass diese 300.000 DM auch als Entlastung des Haushaltes des dänischen Schulvereins gedacht sind. Das ist so auch rübergekommen.

Aus der Sicht des SSW ist es natürlich auch positiv, dass sowohl die CDU als auch die F.D.P. zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode unseren Anträgen zugestimmt haben. Ich hoffe, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird. Auch wenn der Ausschuss nicht allen unseren Änderungsanträgen gefolgt ist, hat sich wieder gezeigt, dass der SSW unentbehrlich ist, wenn es um die Interessen der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen geht.

Die Änderungsanträge von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann der SSW im Großen und Ganzen mittragen. Auch das habe ich schon im Finanzausschuss deutlich gemacht.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insbesondere begrüßen wir, dass die Kürzung der Zuschüsse für den **Verbraucherschutz** wieder rückgängig gemacht und für den Landesverband der Sinti und Roma zusätzliche Mittel bereitgestellt worden sind. Auch die Erhöhung für die Hochschulen unterstützt der SSW.

Der SSW wird auch einige Punkte des Änderungsantrages der F.D.P. mittragen können. So werden wir unterstützen, dass die Leistungen für stundenweise zu erteilenden Unterricht auch zum Ausgleich zeitweiliger Unterrichtsentpässe im Schuldienst befindlicher Lehrkräfte zur Mehrarbeitsvergütung beziehungsweise zu befristeter Aufstockung von Teilzeitarbeitsverhältnissen verwendet werden können. Das war ein indi-

rektes Zitat aus dem Haushaltsplan und als solches nur schwer verständlich.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wir haben das verstanden!)

Aber diejenigen, die damit gearbeitet haben, wissen, was gemeint ist.

Den Antrag, die Mittel für den **Tourismusverband** bis zur Vorlage eines tragfähigen Marketingkonzeptes zu sperren, befürwortet der SSW ebenfalls. Beim Tourismusverband scheint sich jetzt eine Lösung anzubahnen, was nur in unser aller Interesse sein kann.

Darüber hinaus unterstützen wir den F.D.P.-Antrag, 150.000 DM für die Wiedereinrichtung der Professur für friesische Philologie einzusetzen. Aber so ein Antrag hätte - so denke ich - eher im Zusammenhang mit den Zielvereinbarungen für die Hochschulen eingebracht werden müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich unterstütze diesen Antrag, aber man könnte sagen, er hat eher einen symbolischen Charakter. Ich möchte deshalb noch einmal daran erinnern, dass wir uns parteiübergreifend im Friesengremium mit dem Problem befasst haben und dass wir uns auch vorgenommen haben, uns noch einmal mit den Prüfungsanforderungen für das Fach Friesisch zu beschäftigen. Der Kollege Klug war dabei und weiß genau, worum es geht. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns nach Weihnachten noch einmal mit diesem Problem beschäftigen müssen.

Der SSW fordert seit Jahren die für die Entwicklung der friesischen Sprache und Kultur so wichtige Professur an der BU Flensburg.

Nicht zuletzt werden wir dem Antrag der F.D.P. zustimmen, dass die Gelder für die Informationsstelle zu Gefahren der Atomenergie gestrichen werden. Unsere Haltung zur Abschaffung der Atomenergie ist bekannt. Damit hat das nichts zu tun. Wir meinen aber, dass es die Aufgabe der Landesregierung ist, in ihrer allgemeinen Pressearbeit auf die Problematik hinzuweisen. Dieses Geld sollte nach Ansicht des SSW lieber der Energiestiftung Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt werden, damit wir bei der notwendigen Umstellung auf neue Energieformen weiter vorankommen. Das ist ein alter Antrag der F.D.P. und auch wir haben uns bei früheren Haushaltsberatungen in diesem Sinne geäußert.

Die übrigen Punkte des F.D.P.-Antrages - das muss ich hinzufügen - lehnen wir ab. Mit uns ist beispielsweise eine Abschaffung der Beauftragten oder eine Kürzung der Mittel für die Umweltverbände nicht zu

machen. Da die CDU-Haushaltsanträge in einem Entschließungsantrag untergebracht sind, worin die gesamte Finanzpolitik des Landes verurteilt wird, kann der SSW diesem Antrag so nicht zustimmen. Der SSW sieht Haushaltsberatungen - ich habe das mehrfach deutlich gemacht - als ein Geben und ein Nehmen. Wir wissen, dass wir nicht alles bekommen können, sind aber auf Kompromisse eingestellt. Ich denke, das ist der richtige und der konstruktive Weg.

Ein Wort aus der Sicht des SSW zum Verhalten der CDU-Fraktion bei den **Haushaltsberatungen**: Ich kann zwar verstehen, wenn der Kollege Kayenburg sagt, er möchte nicht für die „Tonne“ arbeiten. Ich finde, das ist ein drastisches Bild,

(Thomas Stritzl [CDU]: Recht hat er aber!)

dennoch überzeugt das Argument vom mangelnden parlamentarischen Verständnis.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch hierzu kann ich wieder einmal ein dänisches Beispiel nennen. Man sagt, dass die Sozialdemokraten in Dänemark nie so großen Einfluss hatten wie in ihrer Oppositionszeit in den achtziger Jahren. Denn damals waren sie darauf eingestellt, konstruktiv an dem Haushalt mitzuarbeiten. Vielleicht sollten wir davon einmal etwas lernen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau wie bei der SPD hätte der SSW gern einige Anträge der CDU mitgetragen. Das haben wir in der Vergangenheit auch schon gemacht. Durch diesen Entschließungsantrag bleibt uns nur die gesamte Ablehnung und die Kommentierung der Grundzüge des Antrags.

Mit diesem Entschließungsantrag hat es sich die CDU sehr leicht gemacht. Besonders seriös wirken die einzelnen Vorschläge nicht. Das gilt aus Sicht des SSW natürlich insbesondere für den CDU Vorschlag, 65 Millionen DM bei den Zuweisungen und Zuschüssen an Verbände und Vereine zu sparen. Aus Sicht des SSW bringen kurzfristige **Einsparungen** beispielsweise bei den vielen Verbänden und Vereinen im sozialen oder kulturellen Bereich für die Strukturverbesserung des Haushalts rein gar nichts. Wenn schon von „Peanuts“ die Rede sein sollte, dann trifft der Begriff hier zu.

Aber sie zerstören viele vernünftige Strukturen hier im Lande, die eine hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Es ist gegenüber den Betroffenen unredlich, nicht anzugeben, wer von diesen Kürzungen nach einer möglichen Regierungsübernahme der CDU betroffen sein wird. Man hält die Karten so dicht an sich, dass man sich als Verband oder als Verein wirklich fragen muss, woran man ist.

Zu dem geplanten Verkauf der WOBÄU ist schon das Notwendige gesagt worden; das will ich jetzt nicht weiter aufgreifen. Auch die von der CDU vorgeschlagenen Kürzungen für Grundstücksankäufe für den Naturschutz und für abfallwirtschaftliche Maßnahmen lehnt der SSW ab.

Dagegen hätten wir gern die Forderung unterstützt, dass die Kommunen wieder 50 Millionen DM im Finanzausgleich mehr bekommen. Diese Forderung hat der SSW schon beim Haushalt 1999 unterstützt. Bereits damals haben wir darauf hingewiesen, dass auch die Kommunen in Schleswig-Holstein große finanzielle Probleme haben. Insbesondere die Landkreise sind nach einer jahrelangen **Konsolidierungspolitik** und einem rigorosen Sparkurs am Ende ihrer Handlungsmöglichkeiten angekommen. Eine Änderung der Nivellierungssätze über das Finanzausgleichsgesetz, wie vom Landkreistag vorgeschlagen, ist ein richtiger Schritt, um die Landkreise aus ihrer fatalen finanziellen Lage herauszubekommen. Ich freue mich deshalb, dass es hier auch gelungen ist, eine interfraktionelle Einigung im Sinne der Landkreise zu finden.

Durch das „Zukunftsprogramm 2000“ der Bundesregierung wurden weitere Belastungen für Land und Kommunen in Schleswig-Holstein befürchtet. Mit dem jetzt vorliegenden Ergebnis des Vermittlungsausschusses können wir leben. Von befürchteten zusätzlichen Belastungen für Schleswig-Holstein von 240 Millionen DM sind nur 120 Millionen DM übrig geblieben. Die 60 Millionen DM, die das Land davon tragen muss, waren vom Finanzminister in der Nachschiebeliste schon fast völlig berücksichtigt worden. Hinzu kommt, dass das Land wegen geringerer Sozialhilfekosten noch einmal 36 Millionen DM spart. Dennoch verbleiben zusätzliche Belastungen für Schleswig-Holsteins Kommunen von fast 60 Millionen DM. Daher ist es positiv, dass die Landesregierung den Kommunen durch die vorgezogene Abrechnung des kommunalen Finanzausgleichs entgegenkommt. So soll im Vorgriff auf diese Abrechnung den Kommunen bereits im Jahre 2000 ein Teilbetrag des Abrechnungsbetrages in Höhe von 10 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden.

Trotz dieser positiven Ansätze ist es aber klar, dass auch der Haushalt 2000 erhebliche Probleme aufwirft. Im Jahr 2000 werden wir über 31 Milliarden DM Schulden haben. Die Schulden des Landes pro Ein-

wohner werden auf über 11.000 DM steigen. Damit beträgt der Schuldendienst pro Jahr zwischen 600 Millionen und 700 Millionen DM. Somit hat das Land einen überproportional hohen Schuldendienst.

Auch die Finanzkraft des Landes ist nach einem Anstieg auf über 100 % des Steuereinkommens wieder auf dem Weg nach unten. 1999 wird die Finanzkraft des Landes erstmals wieder zurückgehen und Schleswig-Holstein wird 1999 wieder Empfängerland im **Länderfinanzausgleich**. Noch schwerer wiegt, dass durch die ungünstige Struktur der Landesausgaben sowie die verhältnismäßig geringen Einflussmöglichkeiten der Landesregierung auf bestehende Landesausgaben der Anteil der nicht gebundenen Ausgaben unter 5 % liegt. Neben den Personalkosten, die zirka 40 % ausmachen, und dem Schuldendienst, der zirka 12 % ausmacht, sind insbesondere die Zuwendungen für nichtinvestive Ausgaben stark angestiegen. Sie machen fast 40 % der Ausgaben des Landes aus. Das sind die Strukturen des Haushalts. Damit muss man sich beschäftigen. Man kann nicht so tun, als gäbe es diese Eckpunkte im Haushalt nicht.

Bei diesen Ausgaben handelt es sich hauptsächlich um laufende Ausgaben des Landes an Gemeinden und Gemeindeverbände, beispielsweise Schlüsselzuweisungen, Sozialhilfe und Wohngeld. Schon im Finanzplan weist die Landesregierung darauf hin, dass - ich zitiere - „die Erstattungen des Landes für die Sozialhilfe und die Schlüsselzuweisungen im Finanzplanungszeitraum überproportional steigen“.

In diesem Zusammenhang kann es natürlich nicht verwundern, wenn die Investitionsquote auch im Haushaltsentwurf 2000 auf einem historischen Tiefstand stehen bleibt. Dabei will ich jetzt diese Diskussion bezüglich der Investitionsquote in den siebziger Jahren und heute nicht aufgreifen. Aber vielleicht ist es einmal ganz gut, dass man uns diese historische Darstellung, die uns der Kollege Neugebauer gegeben hat, vor Augen führt.

Obwohl sich laut Landesregierung der Trend rückläufiger Investitionsquoten vor allem deshalb fortsetzt, weil das Land ab 2000 seine Hochbauvorhaben nicht mehr selbst durchführt, sondern im Rahmen des Liegenschaftsmodells durch die Investitionsbank finanzieren lässt, können wir von den Investitionen vergangener Jahre nur träumen.

Es gibt auch einige positive finanzpolitische Entwicklungen, die im Finanzplan aufgezeigt sind. So sind die Steuereinnahmen nach einem Rückgang 1996 in den folgenden Jahren wieder angestiegen. Doch leider sind seit 1993 die durchschnittlichen Ausgaben mit 2,1 % pro Jahr schneller gestiegen als die Steuereinnahmen mit etwa 1,7 % pro Jahr.

Nach den Eckdaten des Finanzplans 1999 bis 2003 wird mit einem bescheidenen **Zuwachs an Steuereinnahmen** gerechnet. Allerdings werden diese von dem Zuwachs der Ausgaben wieder aufgezehrt, sodass auch bis zum Jahre 2003 jedes Jahr die Neuverschuldung um mindestens dreistellige Millionenbeträge steigen wird.

Wer diese Entwicklung ernsthaft ändern will, der muss entweder die Personalkosten entscheidend senken oder muss die Zuwendungen für nichtinvestive Ausgaben – also für die Sozialhilfekosten - entscheidend senken.

Die Zinsausgaben sind mittelfristig überhaupt nicht zu beeinflussen. Wenn man sich nicht für Masseneutlastungen im Landesdienst entscheidet - ich möchte gern hören, ob man das denn will; ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Landesregierung das vernünftigerweise veranlassen würde -, dann sind die Möglichkeiten, aus eigener Kraft kurz- oder mittelfristig aus der Schuldenfalle herauszukommen, sehr begrenzt.

Wir dagegen sind der Auffassung, dass der entscheidende Faktor für eine Haushaltssanierung des Landes darin liegt, mehr Beschäftigung für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zu schaffen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier handelt es sich langfristig um Milliardenbeträge, die alle öffentlichen Haushalte sparen können.

Ein letztes Wort. Ich sprach vorhin wieder einmal das **dänische Modell** an, aber ich hätte auch das niederländische Modell oder ein sonstiges Modell ansprechen können, denn noch nie so oft wie in den letzten Jahren haben wir uns doch mit Modellen, die woanders praktiziert werden, befasst. Aber ein Blick über die Grenze nach Dänemark zeigt, dass genau diese Strategie, die die dänische Regierung seit 1993 verfolgt hat, nämlich mehr Beschäftigung zu schaffen, heute zu einem bemerkenswerten Ergebnis geführt hat. Die Arbeitslosenquote liegt bei zirka 6 % und als Folge hat der Staatshaushalt 1999 einen Überschuss von 35 Milliarden Kronen zu verzeichnen.

In den nächsten Jahren rechnet man mit weiteren Überschüssen in den öffentlichen Haushalten. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine solche Politik wünscht sich der SSW für die Bundesrepublik im Allgemeinen und natürlich speziell für Schleswig-Holstein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Minister Möller.

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluss der generellen Aussprache noch zu sechs Punkten etwas sagen - zum Thema Schulden, dann zum Personal, zur LEG, zu den Ergebnissen des Vermittlungsausschusses, zur Unternehmenssteuer und dann - als Ausblick - zur mittelfristigen Finanzplanung.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist das einzige Parlament, das das Ergebnis des Vermittlungsausschusses bereits beim Haushalt 2000 berücksichtigt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich freue mich, dass wir heute trotz der Verschlechterungen aufgrund der im Vermittlungsausschuss erzielten Ergebnisse alle Eckwerte, die wir uns bereits im März vorgenommen hatten, eingehalten haben. Die Steigerungsrate liegt bei 1 %, die Investitionsquote liegt bei über 10 % und die Personalkosten bleiben unter 40 %. Auch die Kreditfinanzierungsquote ist erfreulich.

Nun haben Sie vorhin zu Recht gefragt: Herr Möller, warum haben Sie das Koalitionsergebnis nicht erreicht? Wir hatten uns in der Tat im Koalitionsvertrag vorgenommen, im Jahre 2000 eine **Nettokreditaufnahme** von 800 Millionen DM einzuhalten. Das haben wir verfehlt, es sind 973 Millionen DM.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Glocke des Präsidenten)

- Herr Kubicki, dazu komme ich gleich. Das sind die Kredite, die für die Pro-Kopf-Verschuldung - das heißt für die Maastricht-Kriterien - zählen. Das sind die Kredite, die wir aufgenommen haben. Herr Kubicki, was die Verfassungsgrenze angeht, so behandeln wir die Einnahmen aus der Veräußerung der Liegenschaften wie einen Kredit. Das ist aber kein Kredit. Da stimmen wir mit dem Bundesverfassungsgericht völlig überein. Das wird sich in den nächsten Wochen auch herausstellen.

(Zurufe von der CDU)

Wenn wir uns die Haushalte des Bundes für die letzten vier Jahre ansehen und mit dem Ist-Zustand vergleichen, dann kommen wir auf eine Steigerung von mehreren Hundert Millionen DM. Ich kenne Koalitions-

verhandlungen, in denen für das Jahr 2000 eine Nullverschuldung angestrebt wurde und man heute noch bei 7 Milliarden DM liegt. Vor diesem Hintergrund ist dieses Ergebnis beachtlich.

Wenn man bedenkt, dass wir für das Jahr 2000 - als wir die Koalitionsvereinbarungen ausgehandelt haben - von **Steuereinnahmen** in Höhe von 12.166 Millionen DM ausgegangen sind und uns die Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres nur 10,5 Milliarden DM gebracht hat - das sind 1,7 Milliarden DM weniger an Steuereinnahmen -, dann ist das beachtlich. Ich sage nicht, dass die Steuern nicht gestiegen seien. Vom Zeitpunkt der Koalitionsvereinbarung - dem Zeitpunkt der Basis der Steuerschätzung - haben wir im Vergleich zu heute 1,7 Milliarden DM weniger Steuereinnahmen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich denke, unter dieser Prämisse ist das ein gutes Ergebnis. Die Steigerung von 350 Millionen DM auf 1,5 Billionen DM beim Bund will ich hier nicht weiter strapazieren.

Sie führen hier die Ära Stoltenberg an. Zum Beispiel hatten Sie bereits 1983 eine Kreditaufnahme von 1,3 Milliarden DM. Das entspräche inflationsbereinigt einem heutigen Wert von 1,8 Milliarden DM. Das ist Ihre solide Finanzpolitik gewesen. Wir tragen an den 18 Milliarden DM, die Sie uns aufgebuckelt haben, schwer. Leider haben wir uns im Ranking der Länder noch nicht verbessert.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist sehr freundlich umschrieben! Nichts haben Sie geschafft!)

Bereits damals lagen wir sehr schlecht hinter dem Saarland.

Aus der Steuerquote wird ersichtlich, dass wir uns verbessert haben. 1988 lagen wir bei 87 % und pendeln seit 1995 zwischen 102 % und 99 %. Nun wird immer gesagt: Das liegt vielleicht an der deutschen Einheit. Dann muss man allerdings sagen, dass die Frau Ministerpräsidentin bei dem Solidarpakt sehr gut verhandelt hat. Das hat sich für uns positiv ausgewirkt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher ist es richtig, dass der **Solidarpakt** zu Ende geführt wird. Das hat das Verfassungsgericht bestätigt. Jetzt muss man an die Folgen denken und da sehe ich nicht schwarz.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da sehen Sie rot!)

Wir als Land an der Schwelle zwischen Geber- und Nehmerland werden uns nicht so sehr verschlechtern. Die BEZ für die politische Führung ist nicht infrage gestellt. Es besteht endlich die Aussicht - ebenso wie andere Länder -, eine besondere Entlastung für unsere Häfen zugestanden zu bekommen. Es ist gar nicht einzusehen, dass andere sie haben und wir nicht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollten nicht so schwarz malen. Wir werden uns in den Verhandlungen sicherlich gut positionieren.

Ein Wort noch: Wir wollten doch eigentlich eine stärkere Steuersenkung. Herr Stritzl, ich komme später bei den Vorschlägen zur Unternehmenssteuer darauf zurück. Sie gockeln sich hier auf und sagen, Sie seien die Steuersenkungspartei.

(Heiterkeit der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] - Meinhard Füllner [CDU]: Das hat er gut gemacht!)

Im Laufe der CDU-Regierung haben Sie 23 Steuererhöhungen durchgeführt. Allein die Mineralölsteuererhöhungen kumulierten zu 120 Milliarden DM.

(Günter Neugebauer [SPD]: Unglaublich!)

Sie haben wirklich allen Grund, endlich einmal an Steuersenkungen zu denken. Wir haben die **Mineralölsteuererhöhung** kostenneutral zur Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt. Sie hingegen haben daraus den Golfkrieg finanziert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie hätten lieber Soldaten geschickt? - Deutschland an die Front! - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Kubicki, ich würde gern auch noch den Redner verstehen.

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Was die **Personalkosten** angeht, so sind hier - so meine ich - falsche Zahlen genannt worden. Natürlich sind 5,9 Milliarden DM und ein Anteil von fast 40 % ein gewaltiger Brocken. Zugegebenermaßen muss man jedoch Millionen DM Personalkosten der GMSH herausrechnen. Für die Pensionen müssen wir allein 50 Millionen DM mehr rechnen. Somit haben wir erstmalig Personalkosten, die unter denen des Vorjahres liegen, obwohl wir eine Gehaltsrunde von 3,1 % hatten.

Das ist möglich geworden, weil wir von den geplanten 1.600 Stellenreduzierungen bis 1999 1.103 realisiert haben. Im Haushalt 2000 werden 235 realisiert und

der Rest danach. Diese müssen erst in 2000 erbracht werden und werden dann im Haushalt 2001 ausgewiesen. Wir haben dieses Personaleinsparkonzept mit 1.600 Stellen durchgehalten.

(Beifall bei der SPD)

Nur so sind wir zu einer Kostenstabilisierung gekommen.

Heute war einer „dpa“-Meldung zu entnehmen, wir hätten den höchsten Personalbestand im öffentlichen Dienst pro 1.000 Einwohner. Dazu kann ich nur sagen, das ist falsch. Ich weiß nicht, woher das kommt und was da alles hineingerechnet wurde. Es kommt nicht so sehr auf die Anzahl der Mitarbeiter an, es kommt auf die Personalkosten an. Was die Personalkosten pro Einwohner angeht, also die Landespersonalkosten, sind wir nach Nordrhein-Westfalen inzwischen auf dem zweitletzten Platz angelangt.

(Beifall bei der SPD)

Es war sicherlich auch ein Erfolg der Budgetierung und der Personalabbauprogramme, dass wir die Personalkosten jetzt überrollt haben.

Nun zum Thema **LEG** - es wird immer von der WOBABU gesprochen, die es gar nicht mehr gibt. Es ist besonders Besorgnis erregend, dass Sie, Herr Kayenburg, Mitglied des Beirats sind. Sie sollten eigentlich wissen, dass das Land nur durch die Gewinnausschüttung an der LEG partizipiert. Sie wissen auch, dass wir nicht alleiniger Gesellschafter sind. Als Mann der Wirtschaft wissen Sie auch, dass auf diese Gewinnausschüttung 48 % Körperschaftsteuer entfallen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die kriegen Sie doch wieder!)

Ihre Bemühungen, die 1.000 vorgesehenen Wohnungen auf dieses Ergebnis hochzurechnen oder etwa das Ergebnis auf die Eisenbahnerwohnungen hochzurechnen, ist in der Tat eine Milchmädchenrechnung. Die 1.000 Wohnungen wurden gezielt ausgesucht, weil da sehr viele stille Reserven vorhanden waren.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben beim Addieren, Subtrahieren, Dividieren oder Multiplizieren mit dem, was Sie uns heute vorgeführt haben, offensichtlich neue Grundrechenarten eingeführt. Ich nenne das das „Stritzlisieren“.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbst wenn Sie Recht hätten und wir diese Einnahmen erzielen könnten, ist es nicht unsere Politik, die Wohnungen zu verkaufen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Wir haben die LEG hervorragend positioniert. Zugegebenermaßen haben wir auch stille Reserven aufgedeckt. Ich denke, als Anteilseigner ist das auch legal. Wir haben den LEG-Konzern gestrafft. Wir haben zwischenzeitlich die Anteile der SHL des Bundes aufgekauft.

Ich sage Ihnen: Diese LEG ist hoch leistungsfähig.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn Sie ihr alle Wohnungen entziehen würden - wie Sie es wollen -, könnte sie die Maßnahmen nicht im ganzen Land durchführen. Das ist nicht unsere Politik. Ich betone nochmals: Wir haben die LEG zu einer leistungsfähigen Einrichtung des Landes entwickelt,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

die Braut ist hübsch gemacht und sie steht jetzt für eine Teilprivatisierung an.

(Unruhe)

Es gibt Interessenten. Sie werden sehen, dass wir das im Jahr 2000 realisieren werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dazu werden Sie keine Gelegenheit mehr haben!)

Das haben wir immer gesagt. Aber es ist nicht unsere Politik, einen Ausverkauf von Wohnungen zu betreiben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Vermittlungsausschuss ist alles gesagt worden. Ich denke, es ist richtig. Es war ein fairer Ausgleich, dass die - so sage ich einmal - plumpe Lastenverschiebung zumindest halbiert worden ist. Es war ebenfalls fair, dass sich die Gemeinden am **Unterhaltungsvorschussgesetz** beteiligen - wenn es das Gesetz vorsieht - und dass wir den Gemeinden jedenfalls für das Jahr 2000 einen fairen Ausgleich angeboten haben, weil die Kommunalhaushalte alle schon beraten worden sind.

Wir haben die Gemeinden an den Mehreinnahmen der Umsatzsteuer nicht nur mit 19 % beteiligt, wie es der KFA vorsieht, sondern mit 40 %, weil wir sagen: Wir haben das als Ausgleich fürs Kindergeld bekommen und daher steht den Gemeinden mehr zu. Ich erinnere mich noch sehr wohl daran, dass die Gemeinden in Jahren, in denen wir dramatische Steuereintrüche im November zu verzeichnen hatten, bereit waren, uns die Beträge teilweise ein Jahr vorher aus der Erstattung zu zahlen. Darum ist es nicht mehr als recht und billig,

dass wir jetzt einen Abschlag auf die Steuermehreinnahmen 1999 zahlen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe darüber hinaus den Kommunen in den Gesprächen angeboten - ich hoffe, dass das Parlament das mitträgt -, die Gemeinden an den Mehreinnahmen aus einem Unterhaltsvorschussgesetz, die - wie wir hoffen - erzielt werden, mit 50 % und nicht nur mit einem Drittel zu beteiligen. Das stellt dann auch einen Anreiz dar.

Last, but not least ist der Vorschlag der Sozialministerin richtig, dass wir 9 Millionen DM an **Krankenhaussinvestitionen** vom Jahr 2001 auf das Jahr 2000 vorgezogen haben. Das begünstigt immerhin kommunale Krankenhäuser in Heide, Eutin, Pinneberg und Rendsburg.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben hier in der vergangenen Woche über die **Unternehmenssteuerreform** diskutiert. Alle Fraktionen waren sich einig, es solle eine Unternehmenssteuerreform mit einer Mittelstandskomponente geben. Die Bundesregierung hat die Eckwerte heute vorgelegt. Es bleibt bei der Senkung der Körperschaftsteuer auf 25 %. Es bleibt bei dem Angebot, dass Personengesellschaften umwandeln können. Das trifft nicht auf alle zu. Es bleibt dabei, dass die Gewerbesteuer gegen die Einkommensteuer gegengerechnet wird. Das ist eine erhebliche Entlastung.

Wir waren uns auch darüber einig, Herr Kubicki, was wir mit den kleinen und mittleren Unternehmen machen, die gar keine Gewerbesteuer zahlen. Da ist der Ansatz der Bundesregierung politisch richtig, die gesagt hat, wir ziehen die Senkung des Eingangsteuersatzes, die erst für 2002 geplant war, auf 2001 vor und senken den Spitzensteuersatz zum gleichen Zeitpunkt. Das hat natürlich gewaltige Folgen und ist wahrscheinlich auch nur vertretbar, weil wir jetzt wieder mit einem Wirtschaftswachstum auf der Einnahmeseite und daher mit gewissen Verbesserungen rechnen können. Ich halte es auch für richtig, dass die Wirtschaft Planungssicherheit hat und dass wir 2005 einen Eingangsteuersatz von 15 % und einen Spitzensteuersatz von 45 % haben werden. Das ist bis 2005 ein gewaltiges Steuerentlastungspaket.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Lothar Hay [SPD] - Unruhe)

Natürlich geht es um die Frage, wie es zu finanzieren ist. Es muss gegenfinanziert werden. Ich freue mich jedenfalls, dass man nicht nur eine Lösung gefunden

hat, wie wir kleineren Unternehmen helfen, die keine Gewerbesteuer zahlen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Minister! - Ich darf das Plenum einmal darauf hinweisen, dass das Palaver etwas gedämpfter sein könnte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Ich freue mich ebenfalls, dass man den Eingangsteuersatz für alle Arbeitnehmer mit geringem Einkommen senkt und den Grundfreibetrag anhebt. Ich habe heute eine Zahl aus Bonn bekommen

(Lothar Hay [SPD]: Berlin!)

- aus Berlin -, die besagt, dass das gesamte Paket die privaten Haushalte 2005 in Höhe von 54 Millionen DM entlasten wird

(Zurufe: Milliarden!)

- Milliarden -, die Mittelstandskomponente 17,1 Milliarden DM betragen wird und die Großunternehmen in der Tat nur mit 1,6 Milliarden DM entlastet werden. Herr Kubicki, das war genau Ihr Ansatz in der letzten Diskussion.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Dass die Allianzversicherungen, die Energiekonzerne, die Großbanken die große Entlastung haben sollten, war gar nicht unser Ansatz.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wenn sich diese Zahlen erhärten, ist es der richtige politische Ansatz. Aber wir werden angesichts des Anspruchs, einerseits die Haushalte zu konsolidieren - und jeder sagt, wir wollen die Kredite senken und die Verschuldung auf Null bringen - und andererseits wichtige Wachstumsimpulse für mehr Arbeitsplätze zu geben, einen Spagat vollbringen müssen. Wir werden über die Gegenfinanzierung zu reden haben.

Ich kann Ihnen nur sagen, nach einer überschlägigen Rechnung war es bisher so, dass die Steueränderungsgesetze 2001 den Landeshaushalt nach KFA mit 180 Millionen DM treffen. Wenn dieses Entlastungspaket vorgezogen wird, werden es rund 500 Millionen DM sein. Das ist für den neuen Landtag eine große Herausforderung. Wenn wir das im Grundsatz begrüßen -

wie es alle Fraktionen getan haben -, müssen wir den Konsolidierungskurs sehr sorgfältig fortsetzen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Wir müssen aber - was die berühmten starken Schultern angeht - jedenfalls auch die Steuerhinterziehung und alle diese Dinge im Auge haben. Hier muss es Verbesserungen geben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sehen mich hier dennoch nicht in Schutt und Asche stehen.

(Ursula Kähler [SPD]: Warum auch?)

Es ist eine gewaltige Herausforderung, diese Steuer-senkung 2001 und 2002 wegzustecken und verfas-sungskonforme Haushalte vorzulegen. Was wir uns aber immer vorgenommen haben und was auch funk-tioniert hat, ist, dass wir bereits vor einigen Jahren einige gewichtige strukturelle Veränderungen einge-leitet haben und wussten, dass sie nicht sofort, aber mittelfristig greifen. Sie müssen fortgesetzt werden. Ich gehe davon aus, dass wir nach den 1.600 Stellen, die wir im nächsten Jahr erwirtschaftet haben werden, das Ziel, bei den Personalkosten möglichst auf 38 % zu kommen, möglichst schnell erreichen müssen. Wir müssen die Ämterreform, die wir im Landesbereich durchgeführt haben, konsequent fortsetzen. Wir müs-sen bei der Funktionalreform auch etwas mehr Mut gegenüber den Kommunen in der einen oder anderen Sache beweisen

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und diese Funktionalreform konsequent fortführen. Wir müssen die Ergebnisse der **Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik**, die wir in der ganzen Landesver-waltung in hervorragender Weise und vorbildlich durchgeführt haben, wirklich zu Ende bringen, um die Ernte einzufahren. Es gibt eine Reihe von Projekten, die noch nicht realisiert worden sind. Ich bin davon überzeugt, dass mittelfristig - nicht im ersten Jahr - die Synergien aus der Liegenschaftsübertragung, Gebäu-debewirtschaftung, Neuorganisation der Bauverwal-tung und Beschaffung Früchte tragen werden.

Es wird Früchte tragen, dass wir unsere Landesver-waltung auch technisch gewaltig vorangebracht haben. Wir haben die Landesverwaltung 1988 wirklich mit einer Steinzeittechnologie übernommen. Projekte wie COMPASS, VERBIS, MEGA, MESTA und jetzt die ersten FISCUS-Anwendungen sind mittelfristig Bei-träge, mit denen wir zu Personaleinsparungen kommen

und mit denen wir die Verwaltung leistungsfähiger machen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist vorhin gesagt worden: „Ihr macht mal hier und macht mal dort etwas.“ Wenn Sie durchs Land reisen und die Bundesländer abfragen, wer in der Budgetie-rung so weit ist wie Schleswig-Holstein, wer die de-zentrale Mittelbewirtschaftung in Angriff genommen hat, wer Grundsatzbeschlüsse zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung getroffen hat, werden Sie ehrlicherweise feststellen: Es sind die Länder der Südschiene, die erst jetzt dazu kommen, sich unserem System anzuschließen.

Was Technologien angeht: Das, was wir vereinbart haben, nämlich die Kooperation des Sprach- und Da-tennetzes mit der Telekommunikation, ist ein Meilen-stein zur **Modernisierung unserer Verwaltung** und wird sich mittelfristig auch finanziell für uns auswir-ken.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN])

Aber - das ist gleich eine Zielansprache an meine Kolleginnen und Kollegen im Kabinett; ich werde morgen den Haushaltsaufstellungserlass unterschrei-ben - selbstverständlich müssen wir im konsumtiven Bereich nach wie vor sehr sparsam wirtschaften.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

Es ist ausgesprochen erfreulich, dass wir in der Sozi-alhilfe mit einem Bündel von Maßnahmen, sei es, dass sich die Bedingungen - mehr Beschäftigung - verbes-tert haben, sei es, dass wir ein besseres Controlling, ein Benchmarking haben, bei diesem großen gesetzli-chen Ausgabenblock zu merklichen Einsparungen gekommen sind. Das müssen wir auch beim Wohn-geld, beim Unterhaltsvorschuss und bei anderen gro-ßen Blöcken erreichen.

Ich freue mich, dass die Kommunen im Zusammen-hang mit dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses ihre Bereitschaft erklärt haben, einmal umfassend über Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe und die Vernetzung dieser Systeme zu diskutieren. Wir haben hier Schief-lagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist vorhin gesagt worden, es sei in Ordnung, dass

die 20 DM Kindergeld nicht auf die Sozialhilfe angerechnet werden.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Das halte ich politisch für gut. Systematisch aber ist es der falsche Ansatz gewesen. Wenn irgendwo in der Sozialhilfe Einsparmöglichkeiten bestehen, dann nicht bei den Alleinstehenden, bei den Haushaltsvorständen, sondern bei den großen Bedarfsgemeinschaften. Das muss man sehen. Ich denke, da muss man ran. Wir als Land werden das unterstützen.

Wenn wir diese Steuerreform bejahen, wird vermutlich gelten, dass auch in der Zukunft im Zuwendungsbe- reich nicht sehr viel zu holen ist.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie:

Ich bin nicht der Auffassung, dass wir es schaffen können, pauschal 65 Millionen DM einzusparen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Insbesondere links!

(Reinhard Sager [CDU]: Die SPD!)

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie:

Ich denke, das müssen die Zuwendungsempfänger auch wissen. Wir sagen auch vor der Wahl, dass hier nichts zu verteilen ist,

(Beifall bei der SPD)

dass wir diesen Konsolidierungskurs weiter fahren müssen. Dazu gibt es keine Alternative.

Ich komme zum Schluss. Ich habe schon im Rahmen der ersten Lesung bedauert, dass ich weit und breit keinen Schattenfinanzminister sehen kann. Ich hoffe, dass Herr Rühle nicht auf mich zurückkommt. - Nein, das wird er wohl nicht machen!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie werfen einen langen Schatten!)

Die Lautstärke allein macht es offensichtlich nicht, Herr Stritzl!

Wenn ich die heutigen Reden und Debatten Revue passieren lasse, stelle ich Folgendes fest. Die Zahl 13 ist eine Unglückszahl, sagt man.

(Widerspruch des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Herr Kayenburg, Ihr Konzept hatte 13 Seiten. Es war heute jedenfalls nicht der Tag der CDU-Opposition.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Meinhard Füllner [CDU]: Ihrer auch nicht!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, wir sind noch nicht ganz in der Zielgeraden. Mir liegen noch zwei Wortmeldungen vor. Ich frage, ob sie noch in Anspruch genommen werden. Herr Abgeordneter Nabel? - Herr Abgeordneter Matthiessen? - Keine Rede mehr! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Feigling!)

Damit sind wir auf der Zielgeraden, das heißt im Abstimmungsverfahren. Lassen Sie mich, wenn Sie einigermassen zur Ruhe gekommen sind, eine geschäftsleitende Bemerkung machen. Wir werden uns im Abstimmungsverfahren an dem Verfahren der Vorjahre orientieren, das heißt Aufrufen der Einzelpläne und Abstimmen über die dazugehörigen Änderungsanträge en bloc. Sollten - wie hier bereits zu Protokoll gegeben - einzelne Sympathiebekundungen für Änderungsanträge bestehen und über diese gesondert abgestimmt werden, bitte ich um namentliche Benennung bei der jeweiligen Haushaltsstelle. Okay? - Dann ward wi so verfohren.

Ich lasse zunächst über den Antrag des Ministers für Finanzen und Energie betreffend **Einwilligung in die Grundstücksveräußerung**, Drucksache 14/1241, in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dieser Einwilligung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu den **Abstimmungen** über den **Haushalt 2000**.

Da der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/2599, den gesamten Haushalt betrifft, lasse ich zunächst über diesen Antrag insgesamt abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nibelungentreue! - Lothar Hay [SPD]: Treu bis in den Untergang!)

Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag nicht angenommen. Er hat nicht die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, aber die Stimmen von CDU und F.D.P. gefunden.

Ich rufe jetzt - das kann allns 'n beten länger duern, dat kann ober allns ok 'n beten zügiger gohn - den Einzelplan 01 auf. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P. aus der Drucksache 14/2631, Titel 0101-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, bis Kapitel 0104, Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, abstimmen.

Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Wer demzufolge dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit haben wir den Einzelplan 01 einstimmig angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 02 auf. Änderungsanträge liegen nicht vor. Wer dem Einzelplan 02 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit haben wir den Einzelplan 02 einstimmig angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 03 auf und lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P. aus der Drucksache 14/2631, Titel 425 01, Vergütungen der Angestellten, bis Titel 535 02, Zukunftsentwicklung des Landes Schleswig-Holstein, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind auch diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Also lasse ich über den Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist Einzelplan 03 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 04 auf. Auch hier lasse ich zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P. aus der Drucksache 14/2631, Titel 0410-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, und Titel 0410-422 02, Anwärterbezüge der

Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst, abstimmen. Wer den Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Der Einzelplan 04 wird also in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zur Abstimmung gestellt. Wer dem Einzelplan 04 so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. so angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 05 auf. Hier lasse ich zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P. aus der Drucksache 14/2631 abstimmen, Titel 0505-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, und Titel 0509-531 12, Informationsstelle zu Gefahren der Atomenergie. Wer den Änderungsanträgen der F.D.P. zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer diesem Einzelplan zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch der Einzelplan 05 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 06 auf und lasse hier zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus der Drucksache 14/2629, Titel 0602-892 05, Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften zur Sicherung von Arbeitsplätzen, abstimmen. - Ein Geschäftsordnungsantrag, bevor ich zur Abstimmung komme?

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Wie von Ihnen erwähnt, eine Erklärung zur Abstimmung: F.D.P. und CDU werden diesem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen, obwohl wir gleichzeitig bedauern, dass Schleswig-Holstein bei dieser Maßnahme nicht die volle Quote der Bundesmittel in Anspruch nehmen kann.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Diese Erklärung war zulässig.

(Lachen bei SPD und CDU)

Das ist etwas ungewöhnlich im Abstimmungsverfahren, aber das ist in Ordnung.

Dann lasse ich über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit haben wir diesen Änderungsantrag einstimmig angenommen.

Dann lasse ich jetzt über den Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit der soeben beschlossenen Änderung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 06 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den **E i n z e l p l a n 07** auf und lasse hier zunächst über die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus der Drucksache 14/2629, Titel 0711-425 01, Grund- und Hauptschulen, bis Titel 0729-422 01, Fachhochschule Westküste in Heide, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind die Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P. aus der Drucksache 14/2631, Kapitel 0701, Titelgruppe 62, neue Titelgruppe, Sonderprogramm I und K - Technik an Schulen und Universitäten, bis Titel 0728-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den soeben beschlossenen Änderungen abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 07 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den **E i n z e l p l a n 08** auf. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus der

Drucksache 14/2629, Titel 0801-972 01, Globale Minderausgaben, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. aus der Drucksache 14/2631, Titel 0802-683 01, Zuschüsse für Kontroll-, Beratungs- und Vermarktungskosten im ökologischen Landbau, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich will jetzt über den Einzelplan 08 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit der soeben beschlossenen Änderung abstimmen lassen. - Zur Geschäftsordnung?

**Meinhard Füllner [CDU]:**

Ich möchte für die CDU-Fraktion zu Protokoll geben, dass wir der Erhöhung des Ansatzes bei Titel 0802-684 07, Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, um 124.600 DM zustimmen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich habe das aber nicht als Antrag auf Einzelabstimmung verstanden. War das ein Antrag auf Einzelabstimmung? - Dann müssen Sie bitte noch einmal den genauen Titel benennen.

**Meinhard Füllner [CDU]:**

Das ist der Titel 0802-684 07, Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Füllner, zweckmäßigerweise kommen Sie mit dem Antrag zu mir. - Der Titel 0802-684 07, Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein. Dieser Titel ist es.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist die Ausschussfassung! Das geht nicht, Herr Präsident! - Weiterer Zuruf: Das ist in der Beschlusslage des Finanzausschusses enthalten!)

- Okay. Die CDU-Fraktion hat ihre Zustimmung zu Protokoll gegeben.

Dann bin ich jetzt wieder in der Abstimmung, und zwar in der Schlussabstimmung über den Einzelplan 08. Ich lasse über den Einzelplan 08 in der vom

Ausschuss empfohlenen Fassung mit der beschlossenen Änderung aus der Drucksache 14/2629 abstimmen. Wer diesem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 08 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe jetzt den Einzelplan 09 auf. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P. aus der Drucksache 14/2631, Titel 0901-686 03, Zuschüsse für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit, und Titel 0902-681 03, Zuschüsse an Einrichtungen, abstimmen. Wer diesen beiden Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung über den Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung. Wer dem Einzelplan 09 so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 09 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 10 auf und lasse hier zunächst über die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus der Drucksache 14/2629, Titel 1003-241 03, Erstattungen des Bundes, bis Titel 1013-899 02, An öffentliche Trägerinnen und Träger von Krankenhäusern, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind die Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P. aus der Drucksache 14/2631, Kapitel 1004-MG 06, Zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, bis Titel 1005-883 01, Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung über den Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den soeben beschlossenen Änderungen. Wer dem Einzelplan 10 in dieser Form seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? -

Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 10 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe Einzelplan 11, Allgemeine Finanzverwaltung, auf. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus der Drucksache 14/2629, Titel 1101-011 01, Lohnsteuer, bis Titel 1112-325 01, Kredite vom inländischen Kreditmarkt, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sind diese Änderungen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. so beschlossen!

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. aus der Drucksache 14/2631, Titel 1111-123 05, Einnahmen aus dem Spiel 77, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den beschlossenen Änderungen abstimmen.

(Unruhe und Widerspruch)

Wer so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Ursula Kähler [SPD]: Einzelplan 11!)

- Ich lasse die Abstimmung gern wiederholen. Um welchen Geschäftsordnungsantrag geht es?

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sie haben von „Änderungsantrag 11“ gesprochen; gemeint war der Einzelplan 11!)

- Ich wollte damit sagen: Ich lasse über den Einzelplan 11 mit den beschlossenen Änderungen in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen.

(Lothar Hay [SPD]: Genauso haben wir es auch verstanden!)

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den beschlossenen Änderungen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Zum Einzelplan 12, Hochbaumaßnahmen des Landes, gibt es keine Änderungsanträge; also lasse ich über diesen Einzelplan in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 12 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 13, Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten, auf. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus der Drucksache 14/2629, Titel 1302-286 03, Erstattungen aus den EAGFL für ökologische Stabilisierung der Wälder im Rahmen des Programms „Zukunft auf dem Lande“, bis Titel 1308-533 63, Werkverträge Muschelmonitoring, und zwar in der Ihnen vorliegenden Neufassung, die auf den Tischen liegt, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der F.D.P.-Fraktion aus der Drucksache 14/2631, Titel 1301-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, bis Titel 1309-422 03, Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Dann lasse ich über den Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den eben beschlossenen Änderungen abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist auch der Einzelplan 13 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe jetzt den Einzelplan 16 auf und lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus der Drucksache 14/2629, Titel 1606-241 01, Erstattungen des Bundes im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes, bis Titel 1616-241 02, Wohngeldleistungen des Bundes an das Land gemäß § 34 Abs. 2 WoGG, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit sind diese Änderungs-

anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Stimmenthaltung von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P. aus der Drucksache 14/2631, Titel 1603-684 07, Zuschuss an Frauennetzwerk zur Arbeitssituation, bis Titel 1616-526 08, Kosten der Fachkommission „Frauen planen Wohnen“, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über den Einzelplan 16 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den soeben beschlossenen Änderungen abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit stelle ich fest, dass auch der Einzelplan 16 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen worden ist.

Ich rufe jetzt das Haushaltsgesetz 2000 auf. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus der Drucksache 14/2629 auf Einfügung eines neuen § 35 und Änderung der §§ 13 und 17 des Entwurfs sowie eine neue Reihenfolge der Paragraphen abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich weise darauf hin, dass nach der Annahme der Änderungsanträge das Haushaltsvolumen in § 1 18.184.442.100 DM, die Verpflichtungsermächtigung in § 1 1.726.835.000 DM und die Kreditermächtigung in § 2 4.053.197.800 DM beträgt. Ferner ermäßigt sich bei Titel 1112-325 01, Kreditaufnahmen, der Haushaltsansatz auf 973.021.500 DM.

Wer dem Gesetz in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit stelle ich fest: Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW ist das Haushaltsgesetz 2000 gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung. Wer dem Haushaltsgesetz 2000, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuss empfohlenen

Fassung mit den heute beschlossenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit stelle ich fest: Der Haushalt 2000 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Plenartagung und am Ende des Parlamentsjahres

1999 angelangt. Es bleibt mir eigentlich nur noch, darauf hinzuweisen, dass wir uns zu unserer nächsten Plenarsitzung am 26. Januar 2000 um 10:00 Uhr wiedersehen werden. Bis dahin möchte ich Ihnen gern auf jeden Fall besinnliche Ferien, Weihnachten und Erholung sowie einen guten Rutsch ins nächste Jahr wünschen - Ihnen, Ihren Angehörigen, Ihren Freundinnen, Ihren Freunden und Lieben. Alles Gute!

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 16:55 Uhr**